

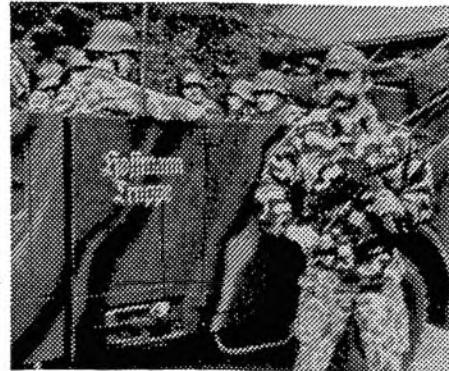
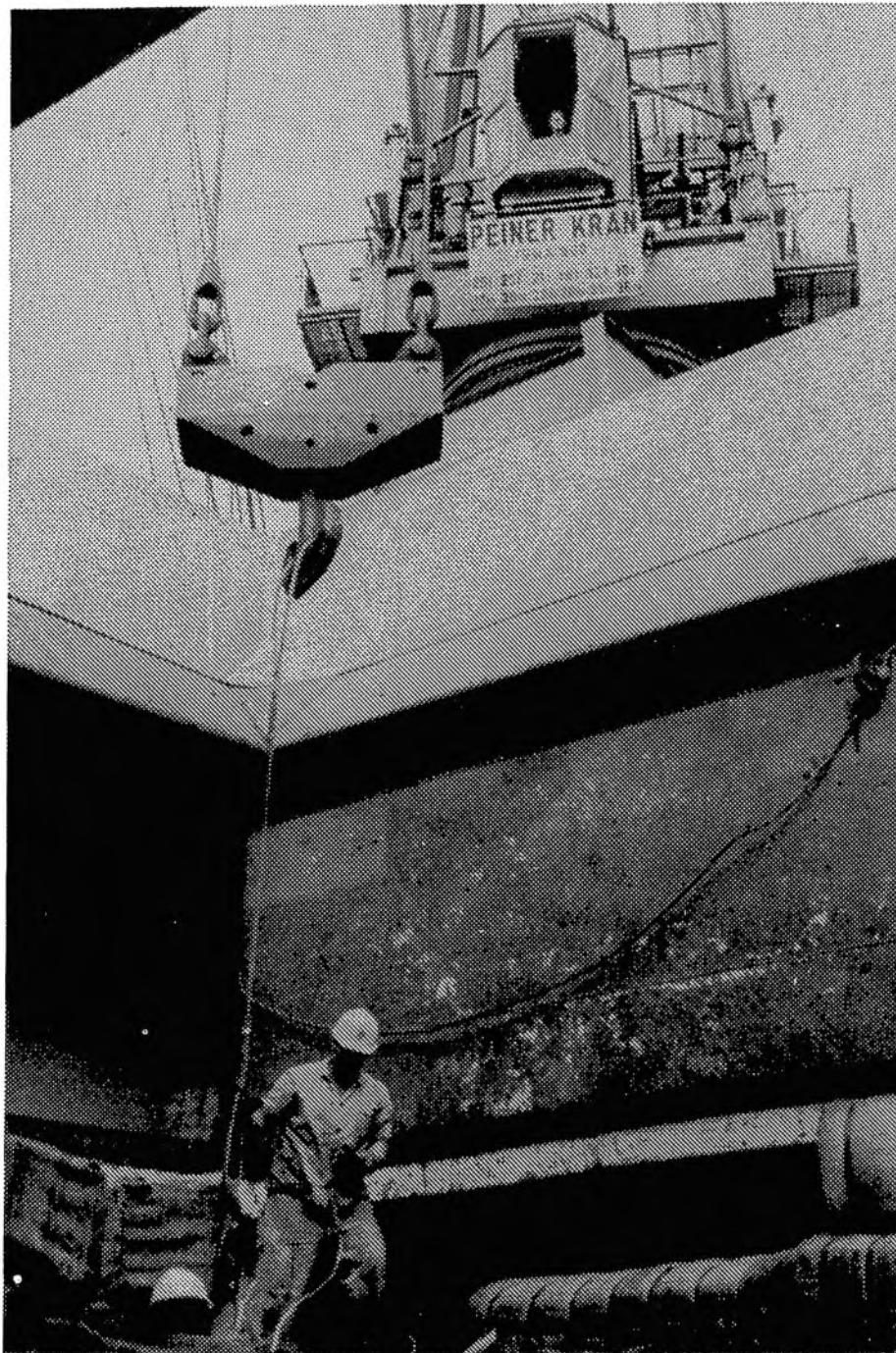
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



1. Juni 1985
Jg. 6 Nr. 11

G 7756 D Preis:
2,50



Hoffmann-Prozeß: Bereitet die bayerische Justiz einen Freispruch von der Mordanklage vor? Seite 8



Wahlen in Italien: Der Rückschlag der PCI ist eine Niederlage für die Arbeiterbewegung Seite 15



Wirtschaftspolitik Späths: Mobilmachung des Staats für imperialistische Expansion Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/517376
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/517457. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- "Weltraumwaffen:** Kohl, Genscher und andere haben ein klares Ziel: westdeutsche Weltraum- und Raketenwaffen! 4
- Getreidepreise:** Senkung von Brüsseler Beschlüssen unabhängig. 7
- Mikrozensus:** Gesetz bis 1990 beschlossen 7
- Hoffmann-Prozeß:** Bereitet die bayerische Justiz einen Freispruch von der Mordanklage vor? 8
- NRW-Wahlergebnisse:** Revolutionäre und Friedensliste: Kurs gegen Reaktion unklar 10
- Stellungnahmen Revolutionäre Sozialisten, Friedensliste, DKP 11

Auslandsberichterstattung

- Spanien:** Gewerkschaftliche Aktionseinheit gegen die EG-Politik der Regierung 12
- Gewerkschaften gegen Rentenreform der Regierung 13
- Brasilien:** Größte Streikbewegung seit 1964 13
- ANZUS-Pakt:** Nach Neuseelands Weigerung: Manöver geplatzt 14
- Wahlen in Italien:** Der Rückschlag der PCI ist eine Niederlage für die Arbeiterbewegung 15
- Internationale Meldungen 16

Aus Parteien und Verbänden

- Veröffentlichungen:**
- DGB zur Steuerreform 18
- Kern/Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung 18
- DGB, Umweltschutz und qualitatives Wachstum 18
- "Vertriebene", Materialien zu Deutschlandfragen 18
- VVN-Broschüren über den Faschismus 19

- SPD-Programmdebatte:** Rappé und Steinkühler legen ihre Positionen für die Wahlen 1987 fest ... 19

Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten 21

- Asylpolitik:** Bayerische Staatsregierung verschärft Asylrecht... 22

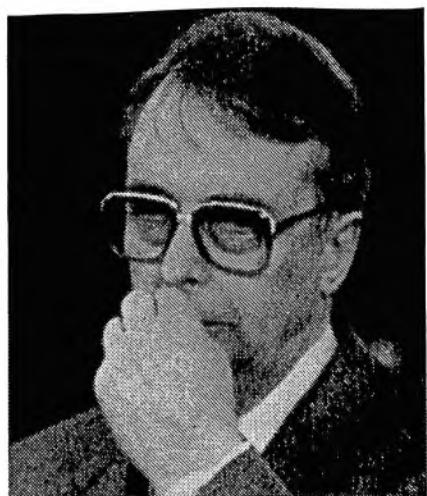
ÖTV-Forderungsrahmen lässt weiteren Lohnabbau zu

Die Große Tarifkommission (GTK) der ÖTV hat Anfang Mai den Forderungsrahmen für den Tarifkampf 1986 auf 5 bis 6 % festgelegt, je nach wirtschaftlicher Entwicklung im 2. Halbjahr 1985. Eine besondere Anhebung der untersten Einkommensgruppen soll sich darauf beschränken, die sogenannte allgemeine Zulage von derzeit 40 DM auf 67 DM anzuheben und für die übrigen Lohn- und Gehaltsgruppen von 67 DM auf 85 DM zu erhöhen. Damit fordert die ÖTV nichts anderes als die schäbige Reform der Besoldungsstruktur auf den Tarifbereich zu übertragen, eine Reform, die selbst von Verbänden wie dem Deutschen Beamtenbund als zu niedrig kritisiert wird. Mit diesem Beschuß der Großen Tarifkommission wird deutlich, daß die Kritik auf dem 10. Gewerkschaftstag an den zurückliegenden Tarifabschlüssen keineswegs eine Änderung der Politik des Geschäftsführenden Hauptvorstandes bewirkt hat und die Kritiker innerhalb der GTK sich weiterhin in der Minderheit befinden. Bekannt ist, daß die hannoverschen Mitglieder der GTK den Forderungsrahmen als unzureichend kritisierten und darauf hingewiesen haben, daß in den meisten Betrieben ihrer Kreisverwaltung seit Jahren Festgeldbeträge gefordert würden. Was jetzt aber als "soziale Komponente" anvisiert wird, ist eine Verhöhnung der Überarbeit in den unteren Einkommensgruppen. — (kar)

DGB-Vorsitzender Breit stärkt EG-Politik der BRD

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit wurde zum Präsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) gewählt. Er löst den Belgier Georges Debonne ab. 35 Gewerkschaften aus 21 Ländern beteiligten sich am 5. Kongreß des EGB in Mailand. In der DGB-Wochenzeitung "Welt der Arbeit" (WdA) sprach sich Breit zuvor für die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und für die Stärkung des Europa-Parlaments aus. Streiks auf europäischer Ebene sind nach Breits Auffassung nicht möglich. H.-O. Vetter, ehemaliger DGB-Vorsitzender und jetzt Abgeordneter im Europa-Parlament, ficht in derselben Zeitung dafür, eine europäische Verfassung durchzusetzen und das Veto-Recht abzuschaffen. Auf die Frage, wie bei dem geringen Interesse an Europa-Wahlen die Arbeiter für den Europäischen Gewerkschaftsbund interessiert werden könnten, antwortete Breit: "Wir müssen stärker deutlich machen, daß die Probleme nicht von einem Land zu lösen sind, daß das ... nur europaweit möglich ist." Daß ein Streik auf europäischer Ebene generell kein realistisches Ziel für den EGB sein könne, begründete der DGB-

Vorsitzende mit Unterschieden im Tarifrecht. "WdA: Aber dann müßte doch zumindest mehr Streikhilfe möglich sein ..." Ernst Breit: "So einfach ist das nicht. Es gibt unterschiedliche politische Situationen ... Wir sind ganz klar gebunden an die Rechte, die sich aus dem Tarifvertragsgesetz und der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte ergeben ... Wir streiken und kämpfen zur Durchsetzung eines Tarifvertrages. Es gibt aber keinen Tarifvertrag, der gleichzeitig in anderen Ländern



DGB-Vorsitzender E. Breit

gilt ..." Als Ansatzpunkte für eine Politik des EGB nannte er u.a. das Europa-Parlament. "Effektiver wäre es natürlich wenn das Europäische Parlament bindende Beschlüsse fassen könnte." Damit unterstützt der DGB die Interessen der BRD-Imperialisten, die mit Einführung einer EG-Verfassung Entscheidungsrechte der nationalen Parlamente beseitigen wollen. Die westdeutschen Konzerne werden begeistert sein, daß der neue EGB-Präsident nicht darauf hinwirken will, die internationale Unterstützung bei Streiks zu verbessern. — (düb)

"Frankfurter Appell" für ausländerpolitische Konferenz

Am 18. Mai tagte der Koordinationsausschuß "Frankfurter Appell". Er einigte sich auf einen "Vorschlag zu einer ausländerpolitischen Konferenz im Herbst 1985", den wir in Auszügen dokumentieren. Der vollständige Text wird in den "Antifaschistischen Nachrichten" Nr. 8/85 der Volksfront veröffentlicht. — (uld)

· "Im Spätherbst 1985, unserem Vorschlag nach am 23./24. November 1985, soll in Frankfurt eine große ausländerpolitische Konferenz durchgeführt werden. Getragen werden soll diese Konferenz von allen in der ausländerpolitischen Arbeit Aktiven. In ihrem Mittelpunkt sollte die gemeinsame Auseinandersetzung über ein Konzept zu einer ab Frühjahr 1986 bis zu den Bundestagswahlen stattfindenden, also sehr langfristig angelegten Kampagne stehen. Unserer Mei-

nung nach sollte diese Kampagne unter dem Motto "Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer" (Arbeitstitel) entwickelt werden. Wir müssen über alle konkreten Schritte, insbesondere entsprechende gemeinsame Durchsetzungsstrategien, diskutieren, die in diese Richtung führen. Eine besondere Rolle muß dabei das Niederlassungsrecht spielen, aber auch die Fragen der kommunalen Wahlen, Ausländerbeiräte und die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft.

Die Forderung "Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche!" hat ... mit der Aktion des "Frankfurter Appells" im letzten Herbst ... breite Zustimmung gefunden. Es gilt, diese Forderung zu konkretisieren und über systematische öffentliche Diskussion und Aktivitäten eine aktive und bewußtseinsbildende Gegenöffentlichkeit zur bisherigen Ausländerpolitik aufzubauen...

Wir schlagen vor, am Samstag, den 23. November, abends eine internationale Veranstaltung gegen die Verschärfung des Asylrechts gemeinsam mit CEDRI, Basel, zu organisieren."

VDS-Demonstration gegen HRG-Novelle

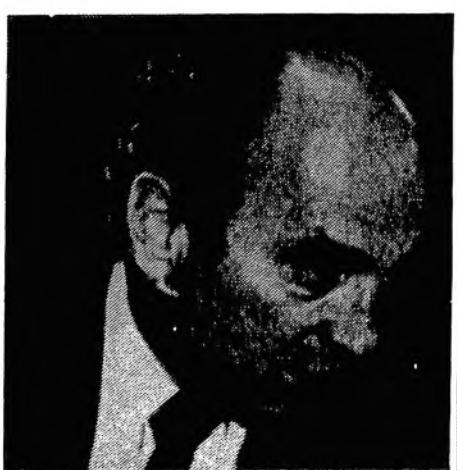
Zu einer bundesweiten Demonstration am 15. Juni in Bonn "gegen HRG-Novelle und Hochschulformierung" rufen die VDS (und bisher 117 ASten sowie MSB und Jusos) auf. Die Bundesregierung will die geplante Verschärfung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) so schnell wie möglich durchpauken. Anfang September soll die Novelle im Bundestag durchgesetzt werden.

In einem einstimmig vom VDS-Zentralrat verabschiedeten Demonstrationsaufruf wird dagegen festgehalten, daß der Gesetzentwurf abgelehnt wird. Mit der Einführung von "Steilkursen" und Sonderstudiengängen soll-

le ein "Zwei-Klassen-Studium" etabliert werden: "menschenwürdige Studienbedingungen nur noch für eine kleine Elite". Die vorgesehene Freigabe der Drittmittelforschung führt dazu, daß Forschung "noch stärker als bisher entlang den Interessen der Industrie" ausgeübt werde. Weiter wird die in der Novelle enthaltene stärkere Differenzierung, besonders die "Abqualifizierung der FH-Studiengänge" und die angestrebte "Professorenalehnerrschaft" angegriffen. Die HRG-Novelle stelle auch einen Ausdruck materieller wie ideologischer Restauration dar. Dabei sollten die Hochschulen im Sinne "exportorientierter Kapitalverwertungsinteressen" ausgerichtet werden.

Hervorgehoben werden muß, daß der Aufruf sich gegen die Absicht der Bourgeoisie wendet, "große Teile der Intelligenz an die herrschende Gesellschaftsordnung" anzubinden: "Es geht um die Herausbildung einer unternehmerhöriegen Elite." Daß allerdings der "Angriff auf elementare Ansprüche der arbeitenden Bevölkerung", den die Novelle darstellt, darin gesehen wird, daß sie gegen "Chancengleichheit" und die "soziale Öffnung der Hochschule" gerichtet ist, greift zu kurz. Was für einen umfassenden Angriff die "Herausbildung einer unternehmerhöriegen Elite" unter der Intelligenz für die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse darstellt, liegt doch eigentlich auf der Hand.

Trotzdem sind Aufruf und Demonstration unterstützenswert: eine einheitliche Aktion, die große Teile der politischen Opposition auf Grundlage grundsätzlicher Ablehnung von Elitebildung und Ausrichtung auf BRD-Kapitalinteressen zusammenfaßt. Daraum müßten eigentlich auch die Grünen Interesse zeigen, die sich in dieser Sache bislang nicht äußerten. — (jüg)



Der FDP-Bundesvorstand hat am 13.5. eine Kommission "Liberalismus und Kirche" eingesetzt zwecks "Dialog mit den Kirchen stärken". Für den Schwerpunkt Sozialpolitik bestimmte er: "Subsidiaritätsprinzip als gemeinsame Grundlage kirchlicher und liberaler Sozialpolitik; Modelle der Alterssicherung und der Reform des Gesundheitswesens". Ziel ist, gemeinsame Bemühungen zu verstärken, den Versicherungsschutz der Lohnabhängigen zu unterhöhlen. Bild: Kommissionsmitglied Lambsdorff links, Kardinal Höffner rechts. — (gba)

Gefängniswesen: Absichtsvolle Überfüllung der Gefängnisse 22

Schlesiertreffen/NPD: Keine Gemeinsamkeiten? 23

Ostpreußen: "Deutschlandtreffen" der Landsmannschaft. ... 23

Samstagsarbeit: Pflichtsamstag für Dreischichter bei Bosch ist endlich untersagt worden! 24

Öffentlicher Dienst: Säuberungswelle im Lehrpersonal 25

ABM: Personalrat setzt Forderungen durch 25

Unständige: Hafenkapitalisten wollen aus billigeren Arbeitern mehr Tonnage herauspressen 26
Bestimmungen über Aushilfsarbeit 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Medizinstudenten: Streik und Aktionen gegen Physikumsnoten und AO-Novelle 29

Sozialstatistik

Unternehmen: (III) Typische "Multis" 30

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kino- und Fernsehfilme:
"Reise nach Indien" 32
"Oberst Redl" 32
"Die Dritte Generation" 32
Der Bundespräsident im Fernsehen 33

Arbeitsdienst vor 1933: "Sozialpädagogisches" zur Wiederherstellung der Kriegsfähigkeit. 33

Wirtschaftspolitik Späths: Mobilmachung des Staates für die imperialistische Expansion. 34

Spezialberichte

Lehrplanrevision: Die Kapitalisten betreiben eine Verschlechterung der Ausbildung 36
CDU-Kommission für kapitalistische Arbeitsteilung 36
Mathematikunterricht: unzureichende Rechnerei 38
Englisch für Hauptschüler? 39
Grüne Bildungspolitik 39

Titelbild: Unständige Arbeiter im Hamburger Hafen, Foto – güv

In dieser Ausgabe:
Gemeinsame Beilage Nr. 2/1985

Westdeutsche "Weltraumwaffen"

Kohl, Genscher und andere haben ein klares Ziel: Westdeutsche Weltraum- und Raketenwaffen!

Betreibt die Bundesregierung in der Frage einer Beteiligung am US-Weltraumwaffenprogramm SDI einen "verworrenen Kurs", wie die SPD ihr vorwirft? Ist sie gar, so der SPD-Abgeordnete Prof. Ehmke am 18.4. im Bundestag, "rumkriegerisch" gegenüber den USA? Ist sie, wie die "FAZ" am 21.5. bemerkte, in einen "Genscher-Flügel" und einen "Kohl-Flügel" gespalten, wobei der "Genscher-Flügel" eher kritisch gegenüber einer Beteiligung an SDI ist und der "Kohl-Flügel" eher zustimmend?

Unser Eindruck ist: Hinter der scheinbaren "Verworrenheit" der Bundesregierung in der Frage einer "SDI-Beteiligung" verbirgt sich ein Rüstungsvorhaben, das die Bundesregierung äußerst zielstrebig, aber unter komplizierten

Die US-Imperialisten wollen sich mit dem SDI-Programm instandsetzen, sowjetische Interkontinentalraketen schon im Anflug zu vernichten. Dabei wollen sie für die verschiedenen Flugphasen jeweils verschiedene Waffensysteme entwickeln. Alle diese Waffensysteme sollen die Interkontinentalraketen der UdSSR ausschalten helfen und so zum Gelingen eines atomaren "Erstschlag" gegen die UdSSR beitragen. So, sehr grob, das US-Programm für SDI. Unübersehbar ist SDI also ein Programm zur Entwicklung von Raketen und Geschossen gegen Interkontinentalraketen, und unübersehbar ist der Zweck dieses Programms der Schutz von US-Territorium bei einem angestrebten Waffengang gegen die Staaten des Warschauer Pakts. Welches Interesse sollten die BRD-Imperialisten daran haben? Was nützt ihnen das für einen Raubkrieg nach Osten? Zumal sie befürchten müssen, daß damit auch Kräfte in der US-Finanzbourgeoisie an Gewicht gewinnen, die bestrebt

sind, sich im Schutz der SDI-Waffen mit den konventionellen Truppen der USA aus einem Waffengang nach Osten so lange herauszuhalten, bis die Verbündeten schwer zerrüttet sind, so daß die USA am Ende allein den Sieg, sprich: die Inbesitznahme von Land und Leuten im Osten, davontragen?

Ganz anders stellt sich dagegen den westdeutschen Raubkriegswünschen das von der französischen Regierung propagierte Projekt Eureka dar. Welche Absichten die BRD mit diesem Projekt verfolgt, hat kürzlich der CSU-Vorsitzende Strauß unter Verzicht auf alle "friedliche Hochtechnologie"-Floskeln offen ausgesprochen. Am 23.4. meldete die "FAZ": "Strauß fordert europäische SDI. Der CSU-Vorsitzende Strauß hat eine 'europäische strategische Verteidigungsinitiative' gefordert. Er habe dabei, sagte Strauß nach einer Sitzung des CSU-Vorstands, 'kein Konkurrenzunternehmen' zur amerikanischen 'SDI' im Sinn, sondern nur deren 'Ergänzung'. Das amerikanische Weltraumprojekt

Bündnisverhältnissen verfolgt, und mit dem sich die BRD nach der Aufhebung der letzten konventionellen Rüstungsschranken in den Besitz umfangreicher Raketen- und Weltraumwaffenarsenale setzen will. Die folgenden Ausführungen erheben nicht den Anspruch, alle in der gegenwärtigen SDI-Debatte wichtigen Interessenpunkte der Kapitalisten zu umschreiben. Auf einige Interessen der BRD, die von der Bundesregierung und anderen Leuten als "europäische Interessen" bezeichnet werden, wollen wir aber doch hinweisen. Denn das ist auch unser Eindruck: So manch einer aus Kreisen der SPD-Bundestagsfraktion gibt sich als "SDI-Gegner" und ist doch in Wahrheit ein großdeutscher Raketenliebhaber wie schon Helmut Schmidt.

'schafft nicht unsere Probleme aus der Welt', sagte Strauß. So habe zum Beispiel die 'Ausschaltung der SS 20' in den amerikanischen Plänen 'nicht Priorität', weil die SS 20 die Vereinigten Staaten nicht unmittelbar bedrohten. Es komme deshalb den Europäern zu, sich der Bedrohung durch sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen zu erwehren." Strauß weiter zu SDI: "Man müsse jetzt nicht 'Ja – aber' sagen, sondern 'Ja – und!'."

Genau das soll "Eureka" werden: ein westeuropäisches Rüstungsprogramm zwecks Entwicklung und Bau von "europäischen" Kurz- und Mittelstreckenraketen, sowie zwecks Entwicklung und Bau von militärischen Satelliten, um so die sowjetischen atomaren Kurz- und Mittelstreckenwaffen in Osteuropa "auszuschalten", die eigenen Mittelstreckenraketen umso gründlicher einsetzen zu können und sodann mit der geballten Kraft vor allem westdeutscher konventioneller Truppen nach Osten vorzustoßen.

Dieses Projekt betreibt die BRD mit

Steuersenkung trotz Streitpunkten beschlossen

Am 24. Mai hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalition in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Steuersenkung beschlossen. Über dem Streit zwischen CSU/FDP – Steuersenkung "konjunkturwirksam" in einer Stufe 1986 – und CDU/Regierung – Steuersenkung in zwei Schritten 1986 und 1988 – geriet die Absicht dieser Reform in Vergessenheit. Die bleibt, ob die vorgesehenen Gelder nun in einem Schlag vor den Bundestagswahlen oder verteilt um diesen Termin dem Zielpublikum zufließen. Der Zweck: "Leistung muß sich wieder lohnen", deshalb sinkt die Steuer beim "gewerblichen und Arbeitnehmer-Mittelstand" um einige Hundert Mark je Monat und fördert dort Vermögensbildung. Deshalb sinkt die Steuer deutlich auch bei den Reichen (z.B. um über 700 DM/mtl. bei zwei Kindern). Dagegen ist

die Entlastung in Arbeiterhaushalten nur spürbar im Falle von Familie (mit 45 DM je Kind). Die Demagogie, die Steuerreform müsse "auch beschäftigungsfördernd" sein, endet bei Maßnahmen wie von Häfele (Finanzministerium) am 23.5. vorgeschlagen: Spitzensteuersatz senken und Gewerbesteuer abschaffen. – (alk)

Koalition zieht jetzt Änderung der Betriebsverfassung durch
CDU/CSU und FDP haben jetzt ihren lang angekündigten Gesetzentwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes vorgelegt. Darin werden unter anderem den christlichen Spaltgewerkschaften Sitze in den Betriebsräten gesichert durch die Erleichterung des Wahlvorschlags. Bei mehreren Wahlvorschlägen werden die Sitze nach dem Verhältniswahlrecht verteilt. Nach dem Verhältniswahlrecht wird dann auch zum Betriebsausschuß gewählt. Das Vor-

schlagsrecht zur Wahl des Betriebsratsvorsitzenden bzw. der Freigestellten hat nicht mehr die Mehrheit, sondern wer mindestens ein Drittel Sitze im Betriebsrat hat. Die Befürchtung der Kapitalisten, die Betriebsräte würden dadurch "zersplittet" und durch die Konkurrenz der Fraktionen Kompromisse erschwert, kann die Koalition sicher ausräumen durch die stärkere Verpflichtung der Betriebsräte auf die "Betriebsgemeinschaft". – (ulk)

Mehr Militär- und Polizeiausrüstung in die Dritte Welt

Das Auswärtige Amt hat ein "Ausrüstungshilfe-Programm" beschlossen. 29 afrikanische, asiatische und südamerikanische Länder (bisher 27) erhalten von 1985–1987 Militär- und Polizeiausrüstung in Höhe von 165 Mio. DM (1982–1984: 145 Mio. DM). Neu sind Lieferungen nach Jordanien (Fahrzeuge, Fernmeldegeräte), Gui-



Heereskriegsrat. V.r.: Generalinspekteur a.D. Glanz, Kommandeur III. Korps Diederichs, II. Korps Lange, Generalinspekteur v. Sandrart, I. Korps Wachter

äußerster Energie, und schon jetzt haben westdeutsche Experten die ersten "technischen Möglichkeiten" zu seiner Verwirklichung ausgemacht. So wies die "Europäische Wehrkunde" schon im vergangenen Herbst nach dem Abschluß des Roland-Patriot-Abkommens mit den USA darauf hin, daß "in dem Waffensystem von vornherein eine Entwicklungreserve steckt, die sich bei weiterer Leistungssteigerung zur Abwehr von Raketen nutzen läßt. Arbeiten in dieser Richtung, die bereits weit gediehen sind, haben das Ziel, die Bekämpfung von Kurzstreckenraketen ... SS 21 und SS 23" zu "ermöglichen".

Im Mai teilte Staatssekretär Timmermann vom Verteidigungsministerium mit, auch die Vorbereitungen für gemeinsame militärische Satellitenprojekte mit Frankreich – die z.B. der sicheren Fernsteuerung solcher "weiterentwickelter Patriot-Raketen" dienen können – seien weit gediehen. Man habe Studien über Kommunika-

tions-, Navigations- und Aufklärungssatelliten fertiggestellt: "Die Zahlen, die in den ersten Kosten-Schätzungen genannt würden, beliefen sich auf acht bis 40 Mrd. DM für den Aufklärungssatelliten. Gleichwohl werde man dieses Projekt, wie mit Frankreich vereinbart, weiter verfolgen, aber in der Federführung des Kanzleramtes und zusammen mit anderen Stellen wie dem Bundesnachrichtendienst".

Auch industriell laufen die Vorbereitung für ein solches Raketen- und Satellitenrüstungsprogramm auf Hochtouren. Am 13.5. trafen sich Vertreter fast aller westdeutschen Rüstungsunternehmen im Kanzleramt zur Beratung über SDI und Eureka. Anwesend waren u.a. Dr. Siegfried Mann vom BDI-Vorstand, Vorstandsmitglieder von BBC, Dornier, Rohde & Schwarz, Diehl, AEG-Telefunken, Dynamit Nobel, Ernst Leitz, Carl Zeiss, Rheinmetall, Siemens, SEL, Nixdorf, Bosch, MBB, MAN; die "deutsche For-

schung" war vertreten durch Leitungsmitglieder mehrerer Fraunhofer-Institute, der Max-Planck-Gesellschaft, des Kernforschungszentrums Jülich, der Deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt, des Deutschen Elektronen Synchroton Hamburg; von Regierungsseite schließlich waren anwesend Kanzleramtsminister Schäuble, Wirtschaftsminister Bangemann, Forschungsminister Riesenhuber, Außenminister Genscher, Verteidigungsminister Wörner und Finanzminister Stoltenberg. Über das Ergebnis der Beratungen ist lediglich bekannt, daß noch im Juni eine "Sondierungsgruppe" in die USA reisen soll, um die Bedingungen für eine SDI-Beteiligung "zu prüfen".

Wenige Tage später war dann auch der "FAZ" zu entnehmen, daß die BRD vor allem an Eureka interessiert ist. Am 22.5. meldete die FAZ, Genscher sei in Paris mit dem französischen Außenminister Dumas wegen "SDI und Eureka" zusammengetroffen. "Erläuternd" habe das Auswärtige Amt erklärt, so die FAZ, "Frankreichs Atomkraft bedeute für die übrigen europäischen Länder und damit für die Bundesrepublik, daß 'Europa' den Fuß in der Diskussion" auch über Amerikas SDI-Pläne und über Fragen der Strategie des Bündnisses halten könne. "Die Formel von Strauß (statt "Ja – aber" besser "Ja – und") bekommt so Schützenhilfe aus dem Auswärtigen Amt, und aus der angeblich "verworren" und "uneinig" handelnden Bundesregierung wird ein zielstrebige vorgehende Meute, die auch die SPD-Opposition in Gestalt von deren "Europaexperten" wie Prof. Ehmke einschließt!

Kein Zweifel: Die BRD-Imperialisten wollen das Eureka-Projekt, weil ein solches Rüstungsprojekt ihren

nea (Infrastruktur) und Tansania (technisches Gerät zur Verbrechensbekämpfung). "Wehrdienst", Informationsbrief für die Rüstungswirtschaft, berichtet, daß auf diese "Hilfen" häufig "kommerzielle Anschlußgeschäfte deutscher Firmen" folgten. – (alk)

CDU-Bundesvorstand bringt Arbeitsdienst ins Gespräch

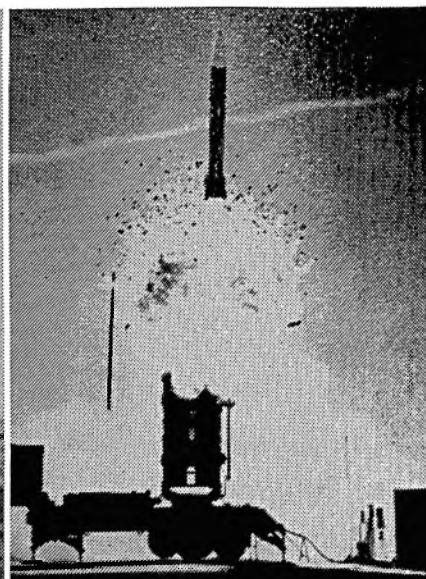
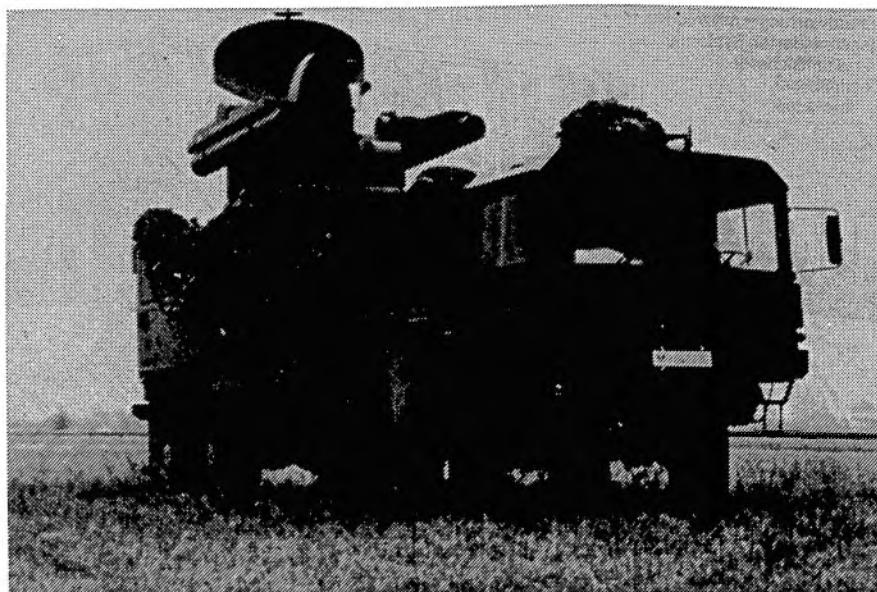
Arbeitslose sollen künftig für die Zeit, in der ihnen Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe zustehen, zu Teilzeit-Arbeitsbeschaffungmaßnahmen verpflichtet sein. CDU-Vorstandmitglied Renate Hellwig will, daß sie für diesen Betrag arbeiten müssen. Arbeitslosengeld bzw. -hilfe werden bekanntlich als Versicherungsleistung aus vorherigen Lohnabzügen gezahlt. Für die Arbeitslosen bedeutet der Vorschlag also eine kostenlose zwangsweise Nutzung ihrer Arbeitskraft. Darüberhinaus kann durch Teilzeit-ABM die Zahl der Ver-

pflichteten stark ausgedehnt werden. Teilzeitbeschäftigung in ABM und Behandlung der Vergütung als Arbeitseinkommen vermindern die weiteren Versicherungsansprüche der Arbeitslosen, und jegliche Tätigkeit wird zumutbar, da als aufgezwungene Tätigkeit bereits ausgeübt. Über die Arbeitsämter könnten nach dem CDU-Vorschlag die öffentlichen Dienste über ein riesiges Heer kostenloser Arbeitskräfte verfügen, u.U. könnten sie den Kapitalisten gegen geringe Abgeltung Arbeitskraft jeder gewünschten Qualifikation zur Verfügung stellen. – (ulk)

Neue EG-Grenzkontroll erleichterungen

Ab 15.6. 1985 sollen die Grenzkontrollen zwischen den Benelux-Staaten, der BRD und Frankreich reduziert werden. Wichtigster Punkt des noch nicht gültigen Abkommens ist die Umstellung im Personenverkehr auf

Stichprobenkontrollen. Sie sind auch bei gewerblichen Personenbeförderungen auf der Straße ab 1.1. 1986 vorgesehen. Abfertigungsstellen sollen, wo sie nebeneinander liegen, als gemeinsame eingerichtet werden. Für den Güterverkehr ist die Umstellung auf Stichprobenkontrollen geplant, so von Lenk- und Ruhezeiten, Gewichten und technischem Zustand. Der Entwurf umfaßt Empfehlungen für kürzere Grenzaufenthalte bei Bahntransporten und einheitlichere Öffnungszeiten der Kontrollstellen für die Binnenschiffahrt. Die Zusammenarbeit auf den Gebieten "Sicherheit", Drogen-, Waffenhandel, Visapolitik und Ausländereinreise soll verstärkt werden. Die Unterzeichnung ist für den 15.6. geplant. Sie scheiterte am Vorbehalt der Niederlande, die Zeitgemeinigungen für den Güterverkehr wünscht. Solche Abkommen bestehen mit Österreich; mit der Schweiz und Dänemark verhandelt Bonn. – (düb)



Mit dem Abschluß des Roland-Patriot-Abkommens mit den USA im letzten Jahr hat Wörner erste Grundlagen für westdeutsche Anti-Raketenwaffen bereits eingekauft. Links: Roland-Raketen, Marke MBB. Rechts: "Patriot" beim Start.

Raubkriegsabsichten gen Osten am ehesten entspricht. Aber sie wollen Eureka zu ihren Bedingungen und nicht etwa zu denen Frankreichs. Sie wollen zugleich die Beteiligung an SDI, um sich den Weg offenzuhalten zur "Modernisierung" der "Patriot"-Raketen, vor allem aber, um in den Besitz der Nuklear- und Interkontinentalwaffen-Technologie der USA zu kommen. Aber auch bei SDI will die BRD Beteiligung zu ihren Bedingungen und nicht zu denen der USA. Sie will drittens die schweren Widersprüche innerhalb der NATO (nicht über den gemeinsamen Gegner, wohl aber über die Art und Weise seiner Bekämpfung) dazu nutzen, um ihr eigenes Gewicht gegenüber allen "Verbündeten" weiter zu erhöhen.

Noch ein weiterer Faktor spielt schließlich in der "SDI-Debatte" eine gewichtige Rolle. SDI ist auch ein

wirtschaftliches Rüstungsvorhaben der USA gegen ihre westeuropäischen und japanischen Konkurrenten. Die US-Imperialisten lassen da keinerlei Zweifel daran. Mit dem US-Handelsbilanzdefizit müsse Schluß gemacht werden, die USA müßten sich bei der "Hochtechnologie" wieder eine führende Stellung auf dem Weltmarkt erobern, heißt es von "SDI-Experten" wie etwa Richard Perle aus dem Pentagon. Damit verbunden sind ebenso eindeutige Drohungen gegen den "Osthandel" der Westeuropäer, speziell der BRD. Angesichts solcher Drohungen hat der westdeutsche EG-Kommissar Narjes schon im April vor einer neuen "amerikanischen Herausforderung" gewarnt, auf die die EG "geschlossen reagieren" müsse. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dregger ergänzte das am 18.4. im Bundestag mit dem Hinweis auf eine weitere

"Gemeinsamkeit" der Regierungsparteien mit der SPD: "Die Amerikaner werden damit (mit SDI, d. Verf.) einen technischen Schub einleiten, der nur mit dem Schub vergleichbar ist, der sich damals ereignete, als die NASA das Mondflugprogramm entwickelte ... Da hat Herr Ehmke völlig recht: Wir stoßen da auf merkantile Interessen in den USA." Auch diesem "Problem" will die Regierung also durch ein weiteres Vorantreiben der "europäischen Einigung" begegnen. Und auch da hat ihr die SPD die Unterstützung bereits zugesagt.

Quellenhinweis: "Wehrdienst", Ausgaben seit Anfang 1985; Bundestagsprotokoll vom 18.4.85; FAZ, div. Ausgaben; Europäische Wehrkunde 8/84; Handelsblatt, 15.5., 22.5. bis 24.5.; EG-Magazin 6/85; BWK-Nachrichtenheft Schul- und Wehrpflichtige Jugend, Heft 2 und 4/85 - (rül)

Bundesregierung will "Liberalisierung" in Tansania

Die Bundesregierung hat den Besuch des tansanischen Staatspräsidenten Nyerere genutzt, um "Vermittlerdienste" anzubieten. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke will sich in die Verhandlungen zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der tansanischen Regierung einschalten. Der IWF - selbstverständlich mit Unterstützung der BRD-Banken, die zu den größten Kreditgebern im IWF gehören, verweigert Tansania seit 1980 jeden Kredit, weil die Regierung die damit verbundenen Auflagen nicht einhalten will. Die Bundesregierung knüpft ihre Fürsprache beim IWF an die Bedingung, daß die "wirtschaftspolitische Liberalisierung" in Tansania fortschreiten müsse. Insbesondere will sie die Förderung von landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften einge-

stellt wissen zugunsten der Unterstützung privater Bauern und des Aufbaus von Klein- und Mittelbetrieben in Privatbesitz und hat für diesen Zweck einen Entwicklungshilfe-Kredit über 5 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Sie fordert die Aufhebung der strengen Importbeschränkungen, d.h. freie Bahn für westdeutschen Waren- und Kapitalimport. - (uld)

CDU-Juristen: Eine Verfassung für Namibia

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltete vom 20. bis 24.5. ein Seminar über die künftige Verfassung von Namibia. Neben Vertretern der namibischen Vielparteienkonferenz (MPC) nahmen u.a. teil: Bundesverfassungsrichter Hugo Klein, der Kölner Staatsrechtler Martin Kriel, der CDU-Bundestagsabgeordnete Hornhues. Sie referierten über Verfassungsgerichtsbarkeit, Gewaltenteilung und Parlamentarismus.

Die südafrikanische Regierung will im Juni eine "Interimregierung" für Namibia aus der MPC bilden. Die BRD-Imperialisten beabsichtigen offensichtlich, Namibia eine westdeutsch-rechtsstaatliche Verfassung aufzudrücken, die ihr Eigentum und ihren Einfluß sichert. Die Vertretung der Befreiungsbewegung SWAPO, die von der UNO als einzige Vertretung des namibischen Volkes anerkannt ist, hat gegen das Seminar protestiert. (Tageszeitung v. 22.5.1985 - uld)

Türkische Konsulate verbessern Spitzeldienst

Die türkischen Konsulate in der BRD haben angefangen, Arbeitsgruppen zu bilden, die nach eigenen Angaben "die Interessen türkischer Bürger im beruflichen, sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Bereich vertreten". Zusammenkünfte zur Bildung dieser Arbeitsgruppen, in der die türkischen Betriebsräte laut Satzung automa-

Getreidepreise:**Senkung von Brüsseler
Beschlüssen unabhängig**

Wie ein Löwe kämpfe Ignaz Kiechle gegen die Getreidepreissenkungen an, die die anderen EG-Länder, vor allem Großbritannien, durchsetzen wollen. Was ist der Hintergrund dieser Ereignisse?

Seit 1978/79 wird in der EG mehr Getreide erzeugt als verbraucht. Im Dreijahresdurchschnitt 1971-1974 wurden in der EG (Griechenland schon mitgerechnet) 103,205 Mio. t Getreide produziert, was einem Selbstversorgungsgrad von 91% entsprach. 1982-1985 liegt die Erzeugung bei 134,386 Mio. t, der Selbstversorgungsgrad bei 116%; für das Jahr 1985 allein wird sogar mit 130% gerechnet. (1)

In diesem Jahr werden in der EG ca. 25 Mio. t Weizenüberschub anfallen, wozu noch ein Überhang von 8 Mio. t aus dem Jahr 1984 gerechnet werden muß. Nach dem gültigen GATT-Abkommen darf die EG aber nur Getreide entsprechend 14% des Weltgetreidehandels exportieren, das sind 15 Mio. t. Mithin bleibt ein Überhang von 18 Mio. t Getreide in der EG, für die es keine Verwendung gibt.

Im Industrieland BRD ist die Entwicklung nicht ganz so gravierend; doch bei einigen Getreidesorten, Weizen (120%) und Gerste (111%) liegt die Erzeugung ebenfalls weit über dem Verbrauch.

Die Brüsseler Vorschläge ließen darauf hinaus, die Getreideproduktion durch erzwungene Preissenkung zu drosseln und die Überschüsse abzubauen; so lautet die offizielle Argumentation.

Die Erfahrung der letzten 15 Jahre beweist, daß dieses Rezept falsch ist.

tisch Mitglieder sind, haben bereits in Hannover, Hamburg, Düsseldorf und Köln stattgefunden. In Nürnberg ist eine Zusammenkunft geplant, in Hamburg, Hannover und Bremen sind diese Arbeitsgruppen mit Verabschiedung einer Satzung bereits etabliert. Schon seit längerem versucht die Botschaft der Türkei in Bonn, über ihre Konsulate vom DGB die Adressen türkischer Betriebsräte zu erhalten. Ende April hat sich der DGB in einem Rundschreiben an die DGB-Kreise gegen die Bildung dieser Arbeitsgruppen ausgesprochen. Dort heißt es u.a.: "Dies muß man im Zusammenhang mit der Behandlung kritischer bzw. mißliebiger türkischer Staatsangehöriger durch manche Konsulate sehen. Die Ausstellung eines neuen Passes wird dort so lange herausgezögert, bis die Betroffenen wenigstens für einige Tage ohne gültigen Paß sind und damit auch die Aufenthaltserlaubnis für die BRD verlieren." - (eve)

Seit 1971/72 sind die Getreidepreise um real ca. 30% gesunken (1); mit 45 DM/dt bei Weizen lagen sie 1984 nurmehr 5 DM über dem Weltmarktpreis. Gleichzeitig ist für Getreide insgesamt die Anbaufläche zurückgegangen, nämlich in der EG um 1,6%, in der BRD um 4,6%, bei Weizen allerdings hat es eine Ausweitung gegeben von 12,6% bzw. 4,1%. In dieser Zeit sind aber die Erträge pro Fläche um 34% gestiegen.

Die Studie der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein (1) macht die Rechnung auf, daß bei den Betrieben der Größenordnung 50-120 ha (Bundesdurchschnitt: ca. 17 ha) nur die 25% mit einem überdurchschnittlichen Betriebsergebnis in der Lage sind, einen geringen Teil ihrer Erlöse zu kapitalisieren (z.B. für Erweiterungsinvestitionen); der Rest lebt von der Substanz.

Eine Getreidepreissenkung wird den Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter vorantreiben, schneller werden lassen. Kiechle kämpft für die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes.

Doch die Agrarpreisbeschlüsse in Brüssel sind für die Getreidepreisentwicklung unwichtig. Im Jahr 1984 sanken die Getreidepreise um 10% (1), obwohl in Brüssel keine gravierenden Beschlüsse gefaßt worden waren. Es gibt nämlich ein Agrarpreisinstrument, das heißt Garantieschwelle und funktioniert so: Für jede Mio. t Getreide, die über die Gesamtgarantiemenge für die EG von 121,32 Mio. t hinausgeht, kann auf alles Getreide 1% Preisabschlag, maximal aber 5% Preisabschlag gemacht werden. Diese Abschläge werden dann mit eventuellen Brüsseler Erhöhungen verrechnet.

Außerdem gelten der Richt- und Interventionspreis für die Großhandelsstufe. "Er (Interventionspreis, d.V.) ist

in keinem Fall als Erzeugermindestpreis anzusehen. Liegt der Marktpreis nämlich auf der Höhe des Interventionspreises, so erlöst der Erzeuger einen um Handelsspanne und Transportkosten verminderten Preis." (1)

Getreidepreissenkungen finden bei einer Gesamtproduktionsmenge von über 150 Mio. t 1985 automatisch statt, auch ohne Brüssel. Sinkende Preise drücken nicht die Produktion, im Gegenteil: Die Bauern können Einkommensverluste nur über steigende Produktion ausgleichen und taten das in den letzten Jahren. Spielraum dafür ist noch vorhanden: Die Durchschnittserträge für Weizen liegen in der BRD bei 71 dt/ha; es können aber bis zu 100 dt/ha geerntet werden.

Bei sinkenden Preisen wird der Strukturwandel vorangehen und weiterhin Überschuß produziert werden. Auf die nächste Festlegung der Getreidequoten im GATT darf man gespannt sein.

(1) Betriebswirtschaftl. Mitteilungen der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Nr. 360 vom März 1985 - (anp)

Mikrozensus**Gesetz bis 1990
beschlossen**

Am 14.5.1985 beschloß der Bundestag bei großer Mehrheit gegen die Stimmen der GRÜNEN das "Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz)". Jährlich sind von 1985 bis 1990 eine Viertelmillion "Erhebungseinheiten", also Personen und Haushalte mit mehreren Personen, auskunftspflichtig. Neugefaßt wurde das Gesetz, nach-



"Anpassung an die Praxis" will die EG durch Änderung der Verordnung 543/69 "Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr". Hauptpunkte: tägliche Fahrzeit für Berufskraftfahrer neun statt acht Stunden, Aufhebung des Akkordlohnverbots im Straßenverkehrsgewerbe. Wichtige Fernfahrten wie Hamburg-München gehen dann ohne Fahrerwechsel. Die Bundesregierung will zusätzlich Kürzung der Tagesruhezeit um eine Stunde und die Doppelwoche zwecks Flexibilisierung. Bild: Lkw-Fahrerstreik 1983. - (ulk)

dem das Bundesverfassungsgericht wegen der baden gegangenen Volkszählung einige Auflagen bezüglich des Datenschutzes gemacht hatte. Getrennt erhoben werden nun "Erhebungsmerkmale", z.B. Beruf, Stellung im Betrieb, Einkommen ... und "Hilfsmerkmal", Vor- und Familienname, Telefonnummer, Straße, Hausnummer, Stockwerk und Name der Arbeitsstätte.

Die beiden Sorten Merkmale sind vor der Übernahme auf Datenträger zu trennen und "gesondert aufzubewahren". Zu löschen sind sie jedoch erst "spätestens zwei Jahre nach Durchführung der jeweils nächsten Erhebung".

Jährlich erfragt werden hauptsächlich die Umstände der Erwerbstätigkeit. Fragen zu allen Fällen von unsteriger Arbeit, Arbeit zu ungünstigen Zeiten etc. werden gestellt, so daß die Regierung den Kapitalisten die Wirksamkeit ihrer Gesetze zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen laufend vorführen kann. Sie kann darüber hinaus abschätzen, bei welchen Gruppen von Arbeitslosen sie weiter ansetzen kann, um für alle Lohnabhängigen noch schlimmere Zustimmungen zu schaffen, ohne größeren Widerstand befürchten zu müssen. Gefragt wird u.a. nach Art, Anlaß und Dauer der Arbeitssuche, Art und Umfang der gesuchten Tätigkeit, Verfügbarkeit für eine neue Arbeitsstelle, Gründen für die Nichtverfügbarkeit.

Um den GRÜNEN den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat der Bundestag zusätzlich für die Jahre 1985 und 1987 "Testerhebungen mit freiwilliger Auskunftserteilung im Rahmen der Erhebungsmerkmale" beschlossen. Bisher besteht für die meisten Fragen Auskunftspflicht, die auch durch Widerspruch nicht aufgeschoben werden kann. Freiwillig sind nur die Auskünfte über Urlaubsreisen, Krankheiten und Telefonnummer.

Für die GRÜNEN hatte Anwalt Ströbele die Ablehnung des Gesetzentwurfs begründet. Er stützte sich dabei auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13.12. 1983, wonach die Zwangsmethode nicht durchgeführt werden dürfe, wenn eine "andere, weniger einschneidende Methode dasselbe Ziel erreichen" könne. Daraus seien die Testerhebungen vorher durchzuführen. Nur in einem Punkt wurde von den GRÜNEN Kritik am Erhebungsziel geäußert. Das Mißtrauen gegen die Zwecke des Staates gehe auf Erfahrungen mit der deutschen Geschichte zurück. Die Erhebung der Daten von Heiraten und Geburten stehe in der Tradition der NS-Fruchtbarkeitsstatistik. Wäre jedoch die Beantwortung aller Fragen freiwillig, so wären die GRÜNEN bereit, dem Gesetz zuzustimmen.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/2600, 10/2972; Bundestagsprotokoll 10/137 – (anl)

Hoffmann-Prozeß

Bereitet die bayerische Justiz einen Freispruch von der Mordanklage vor?

Am 12.9.1984 begann vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth der Prozeß gegen K.H. Hoffmann und F. Birkmann. Neben zahlreichen Delikten waren sie vor allem angeklagt der Mittäterschaft an der Ermordung von Frida Poeschke und Shlomo Levin, dem ehemaligen Vorsitzenden der Nürnberger israelitischen Kultusgemeinde. Die faschistischen Motive Hoffmanns werden von der Anklage kaum berührt. Ohne daß ihm entgegengetreten wurde, konnte er von Prozeßbeginn an das Verfahren zur politischen Selbstdarstellung benutzen. Eine ironische Presseberichterstattung unterstützte diesen Vorgang noch. Daß mittlerweile so gut wie keine öffentliche Erörterung mehr stattfindet, ist beunruhigend. Da Hoffmann zu den treibenden Figuren des Neofaschismus in der BRD gehört, wird das abschließende Urteil ein weiteres Zeichen setzen, in welchem Maße Faschisten auch von der Justiz mit Deckung und Förderung

1980 im Libanon ausübte.

In den mehr als 40 Seiten umfassenden Anklageschriften ist nur in der Einleitung kurz von dem faschistischen Hintergrund die Rede. Es würde das Vorgehen der Staatsanwaltschaft beschönigen, dies nur auf den Charakter der Straftatbestände des StGB zurückzuführen. Selbst dieses Gesetz enthält eine Reihe von Vorschriften, die, soweit angewandt, faschistische Hetze zum Gegenstand eines Strafprozesses machen würden.

Die Mordanklage beruht weitgehend auf sogenannte Indizien. Die Indizienlage bei Prozeßbeginn war äußerst schlecht. Ein Umstand, den die Ermittlungsbehörden mit verursacht haben. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, daß Levin und Poeschke von dem Wehrsportbandenmitglied (WSG) Behrendt im Auftrag Hoffmanns ermordet wurde. Behrendt beging – angeblich – im Libanon Selbstmord. Der Prozeß dreht sich hinsichtlich dieser Anklage darum, für wie



Vorsitzender Koob: "Wann wollen Sie über die Erlanger Sache sprechen?" Hoffmann: "Zunächst möchte ich mich allgemein zur Judenfrage äußern."

rechnen können. Die Ermittlungsbehörden scheinen einem Freispruch in der Mordanklage den Weg zu bahnen.

Die Staatsanwaltschaft verfaßte gegen beide Angeklagte insgesamt drei Anklageschriften, in denen Hoffmann neben dem Doppelmord jeweils in mehreren Fällen ein Anwerben für fremden Wehrdienst, Strafvereitelung, Freiheitsberaubung, gefährliche Körperverletzung, Geldfälschung und Verstöße gegen das Waffen-, Sprengstoff- und Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen werden. Die meisten dieser Tatbestände beziehen sich auf den Terror, den er gegen die Mitglieder der Bande nach deren Verbot

"schlüssig" das Gericht die Indizienkette gegen Hoffmann hält, bzw. für wie "glaublich" ihm die Aussagen der belastenden Zeugen – in erster Linie ehemalige WSG-Mitglieder – erscheinen. Es gilt der Grundsatz der sogenannten "freien Beweiswürdigung".

Unmittelbar nach dem Mord am 19.12.1980 ließ die Staatsanwaltschaft verbreiten, daß "persönliche Motive ausschlaggebend gewesen sein müssen". Obwohl bereits damals Hinweise auf eine Beteiligung der Hoffmann-Bande existierten (z.B. das Vorfinden der Birkmann-Brille am Tatort), wurde erst fast ein Jahr später ein Haftbefehl ausgestellt – wegen Verdacht

Wehrsportgruppe Hoffmann staatlich gefördert

1973 Gründung der Wehrsportgruppe (WSG) Hoffmann.

Bereits vorher war Karl-Heinz Hoffmann mehrmals aufgefallen, so z.B. am 10.2.1968, als er einen "Maskenball" für befreundete Jungunternehmer organisierte, bei dem zum Teil Nazi-Uniformen und Orden getragen wurden. (ppp 29.9.1980)

1959 und 1960 hat Hoffmann Waffenscheine beantragt. Im Juni 1973 hat er die Waffenbesitzkarte für vier Kurz- und 14 Langwaffen erhalten.

Anfang Mai 1974 leitete die Staatsanwaltschaft erste Ermittlungen gegen Hoffmann ein, nachdem er mit seiner WSG in einem Wald im Landkreis Neumarkt militärische Übungen abgehalten hatte.

August 1974: Die Polizei beschlagnahmt Ausrüstungsgegenstände der WSG, auch scharfe Munition.

Einen Tag später, am 24.8.1974, wurden 13 Mitglieder der WSG bei einem "Manöver" in einem Wald nahe Nürnberg festgenommen.

Anfang Juni 1975 beginnt der erste Prozeß gegen Hoffmann, die Anklage lautete: Verstoß gegen das Versammlungsgesetz (Tragen von Uniformen).

Anfang Juli 1975 wird Hoffmann freigesprochen, die Staatsanwaltschaft legt Berufung ein. Die Berufungsverhandlung findet ein Jahr später statt, Hoffmann wird zu einer Geldstrafe von 8000 DM verurteilt.

Dezember 1976: Hoffmann beteiligt sich in Tübingen mit seiner WSG an einem Treffen des rechten "Hochschulrings Tübinger Studenten", Hoffmann und seine Leute prügeln auf Gegendemonstranten ein, einige wurden schwer verletzt.

Anfang 1977: Erneute Festnahmen Hoffmanns und seiner Anhänger, nach "Großübungen" und Flugblattverteilung.

Mai 1977: Das Bayerische Innenministerium erklärt, daß die Beobachtung der Aktivitäten der WSG keinerlei Anhaltspunkte für ein Verbotsverfahren ergeben.

Oktober 1977: Wegen der Schlägerei in Tübingen wird Hoffmann zu zehn Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung und 2000 DM Geldbuße verurteilt. Er legt Berufung ein.

März 1978: Erneutes Gerichtsverfahren gegen Hoffmann. Ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung, 5000 DM Geldbuße. Er legt Berufung ein.

Juli 1978: "Keine Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stellt nach Ansicht des bayerischen Innenministers Seidl die WSG Hoffmann dar.

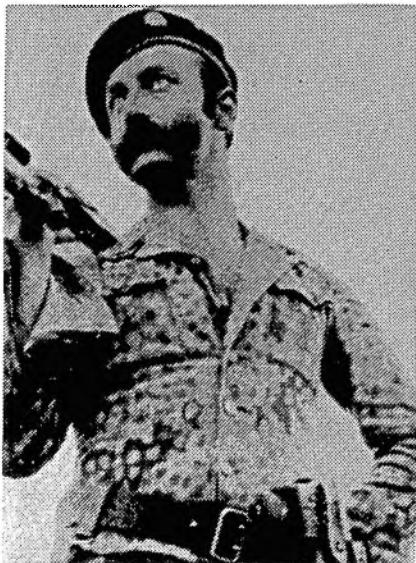
Januar 1979: Die erste Nummer der WSG-Zeitung "Kommando" erscheint. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft: "Wir beabsichtigen derzeit nicht, etwas zu unternehmen. Das Heft mag noch so provozierend sein, es wird darin gegen kein Strafgesetz verstößen."

30. Mai 1979: Der Generalbundesanwalt weist eine Anzeige der VVN gegen Hoffmann mit der Begründung zurück, es gäbe keine Anhaltspunkte dafür, daß seiner Zuständigkeit unterliegende Straftaten begangen worden seien.

Juni 1979: Gerold Tandler erklärt, daß man "gegen diese Wehrsportgruppe und deren Wehrsportübungen nichts unternehmen (könne) ... Wehrsport ist schließlich nicht strafbar".

November 1979: Die im März 1978 verhängte Geldstrafe wird von 5000 DM auf 3000 DM reduziert.

Januar 1980: Das Bundesinnen-



ministerium verbietet die WSG-Hoffmann nach § 3 Vereinsgesetz, da sich die WSG gegen die "verfassungsmäßige Ordnung" wende.

März 1980: Das Urteil wegen der Tübinger Schlägerei wird von zehn auf sieben Monate mit Bewährung reduziert.

September 1980: Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest. WSG-Mitglied Köhler wird tot am Tatort aufgefunden. Trotz gegenteiliger Beweise erklären bayerische und bundesdeutsche Behörden, daß Köhler "Alleintäter" sei.

Strauß erklärt im französischen Fernsehen: "Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem ... Kampfanzug spazierengeht, soll man ihn in Ruhe lassen."

Quellen: Verschiedene Ausgaben der "Nürnberger Nachrichten", der "tat" sowie des "Demokratischen Informationsdienstes".

auf Bildung einer terroristischen Vereinigung. Gemeint waren die Verbrechen Hoffmanns im Libanon. Der Bundesgerichtshof hob diesen Befehl wieder auf, da der § 129a StGB nicht auf Vereinigungen im Ausland anzuwenden sei. Die Justiz erklärte somit, daß der Erlanger Doppelmord nicht das Werk einer derartigen Vereinigung war. Im September 1981 wurde dann der Haftbefehl wegen Mordverdacht ausgestellt. Nun ließ die Staatsanwaltschaft verbreiten, der Sachverhalt sei geklärt: Hoffmann und Birkmann hätten den jüdischen Verleger umgebracht. Ein weiterer Täter sei flüchtig. Eine öffentliche Fahndung wurde nicht eingeleitet, da dies die "Ermittlungen erschwere". Anderthalb Jahre später, im Januar 1983 – Anklage war immer noch nicht erhoben –, vermeldete die Presse, mutmaßlicher Täter sei das Bandenmitglied Behrendt, der im Libanon Selbstmord begangen habe. Diese Version

stimmte weitgehend mit der Hoffmanns überein, der natürlich abstritt, selbst beteiligt gewesen zu sein. Jetzt schienen der Justiz die Voraussetzungen einer Anklageerhebung zu stimmen: keine terroristische Vereinigung, toter Einzeltäter ... Und in der Tat ließ das Oberlandesgericht die Anklage wegen Mittäterschaft Hoffmanns erst auf staatsanwaltliche Beschwerde zu. Das Landgericht hatte eine Eröffnung des Hauptverfahrens "mangels Tatverdacht" abgelehnt. Im Februar 1984 wurde eine Anklageschrift nachgeschoben, die sich auf die Folterungen im Libanon erstreckt. Die Mordanklage trat in den Hintergrund. Zwei Monate vor Prozeßbeginn wurde den wichtigsten Belastungszeugen die Aussageverweigerung ermöglicht, indem gegen sie gesondert Anklage erhoben wurde. Sie bezieht sich auf ihre Aussagen über Hoffmanns Verbrechen im Libanon.

Hoffmann diktirte von Beginn an

wesentliche Prozeßbedingungen. Er erhielt das Recht, seine Standpunkte zur sogenannten "Judenfrage", zur faschistischen "Sozialhierarchie" etc. fast 50 Stunden auszubreiten. Seiner Verteidigung gelang es, wichtige Belastungszeugen als unglaublich darzustellen. Aussagen über die Rolle Hoffmanns als Mordauftaggeber wurden widerrufen. Hinweisen, die auf Zeugenbedrohung schließen lassen, wurde nicht weiter nachgegangen. Im April sagten auch die Bandenmitglieder Mainka und Behle aus, Hoffmann habe den Mordauftag erteilt. Von Behle heißt es, er sei vom Verfassungsschutz in die WSG eingeschleust worden. Im Fortgang des Verfahrens wird es zu einer Gegenüberstellung mit den "umgefallenen" Zeugen kommen.

Quellenhinweis: Arbeiterkampf 253, FAZ, Nürnberger Nachrichten div. Ausgaben. – (ola, tor)

NRW-Wahlergebnisse

Revolutionäre und Friedensliste: Kurs gegen Reaktion unklar

Die Stellungnahmen der Revolutionären und der Friedensliste zum Landtagswahlergebnis in NRW lassen viele Fragen offen.

Falsche Hoffnung bei der Beurteilung der Lage der Reaktion

KPD, GIM und MLPD vermuten, nach den Stimmverlusten für die CDU würde die Reaktion jetzt nachgeben. "Die Debatte, die nun in der CDU anläuft, dreht sich im Prinzip um zwei grundlegende Möglichkeiten: entweder Fortsetzung des bisherigen Kurses ohne Einschränkung oder Veränderungen in der Sozialpolitik vorzunehmen ..." (KPD). Die GIM kennzeichnet die Lage bei der Reaktion als "aktuelle, konjunkturelle Defensive". KPD und GIM lassen die Hoffnung durchschimmern, bei Streit zwischen Kohl, Strauß und Bangemann würde für die Arbeiterklasse etwas herausspringen. Obwohl die GIM sagt, daß die CDU "u.a." ihre eigenen Wähler nicht mobilisierte, befaßt sie sich nicht mit dem Problem: Was heißt das für die Frontbildung gegen die Reaktion. Das ist gefährlich. Was soll aus Spekulationen, ob die SPD die Niedersachsenwahlen gewinnen kann, ob allein oder nur, wenn die GRÜNEN auch gewinnen, folgen, wenn dabei die Hauptfrage übersehen wird: Wie kann erreicht werden, daß die Bonner Koalition bis 1987 weiter unter Druck kommt? Welchen Beitrag können wir leisten, damit sie ihren eigenen Anhang nicht beglücken kann? Die KPD stellt fest, daß der CDU Grenzen für die Verteilung von Wohltaten gesetzt sind, weil sie für das große Kapital am Ruder ist. Aber wieso schürt die KPD Hoffnung, daß die CDU – weil sie "eine Massenbasis unter der Wählerschaft" braucht – jetzt weniger Sozialabbau betreiben werde? Als "Volkspartei" bemüht sie sich um Wähler der FDP, um solche, die Eigentum besitzen und mehrnen wollen. Sie nimmt im Bündnis mit den Kirchen darauf Einfluß, daß Alte und Arbeiter ihre Ansprüche in die Hände Gottes und der christlichen Nächstenliebe überantworten. So hat Strauß daran erinnert, daß ein neuer § 218 endlich die katholische Kirche zufrieden stellen müsse. Für die "Beschäftigung" kann sehr viel getan werden, indem z.B. viel Personal zu niedrigen Löhnen in den kirchlichen Krankenhäusern, Heimen und Wohlfahrtseinrichtungen etc. schaffen muß und die Rentner und Jugendlichen wieder zum Glauben gebracht werden. Und wer wird alles wählen gehen, wenn die "Steuerreform" den Kapitalisten, Hausbesitzern, Leitenden und Höherverdienenden beträchtliches ein-

bringt. Die Revolutionären müssen prüfen, was getan werden kann, damit CDU und FDP weitere Schwierigkeiten mit ihrer Klientel bekommen.

Falsche Kritik an den GRÜNEN und Häme nicht angebracht

MLPD und Friedensliste kritisieren die GRÜNEN vor allem, weil sie Gewerkschaftsforderungen nicht (genug) berücksichtigt hätten. Die Kritik ist daneben. Die GRÜNEN behaupten nicht, Arbeiterpartei zu sein. Wieso sollte das von ihnen verlangt werden? Nicht wegen schlechter "Arbeiterpolitik" sind die GRÜNEN "Opfer" der SPD geworden. Gegen die Verheißen von CDU und FDP für die Leistungseliten haben die GRÜNEN nicht dagelegt, warum die werktätige Mittelklasse ihre Interessen nicht nur durchsetzen kann, wenn sie sich dem Kapital andient und sich dafür hergibt, auf Arbeiterinteressen herumzutrampeln. Entschließen sich die GRÜNEN zu einem Kurs, mit dem sie Mittelklasseinteressen durchsetzen wollen, indem sie Bündnisse mit den Ar-

Koalition ihren Anhang weiter verärgert, hängt davon ab, ob die GRÜNEN in Niedersachsen über 5% kommen. Dazu muß klar sein, was sie von der SPD und FDP unterscheidet. Der Ratsschlag der GIM, die GRÜNEN sollten als Wahlhelfer für die SPD fungieren, stärkt die Reaktion.

Keine Klärung für eine Bündnispolitik zu den Bundestagswahlen 1987

KPD, GIM und MLPD werten das Projekt Friedensliste als gescheitert. Die Friedensliste hat rund ein Drittel Stimmen weniger als zu den EG-Wahlen und ca. doppelt so viele Stimmen wie die DKP bei den Landtagswahlen 1980. GIM, DKP und Friedensliste rechnen zu Unrecht, 4,6% und 0,7% ergeben als Bündiskandidatur Sitze im Landtag. Dagegen spricht, daß die Friedensliste in den DKP-starken Orten durch Einbrüche bei den GRÜNEN nichts gewonnen hat. In Bottrop, Ahlen, Gevelsberg und Wülfrath liegt die Friedensliste um, leicht über oder unter Ergebnissen der DKP bei den Landtagswahlen 1980. Die Friedensliste sollte die Abstaubversuche bei den GRÜNEN einstellen und sich deutlicher auf Arbeiter-Interessen festlegen, das nützt den GRÜNEN und der proletarischen Parteibildung.



CDU und FDP wollen verstärkt die Interessen ihrer Klientel umsetzen.

beitern suchen und die reaktionären Anforderungen des Kapitals zurückweisen, so können sie sich gegen die Schluckversuche der SPD und gegen die Versuche der Reaktion, sie platzklopfen, festigen. Die GIM lehnte in NRW ein Bündnis mit KPD, BWK und Volksfront im Wahlkampf ab, um für ein "Rot-GRÜnes Bündnis" zu werben, damit GRÜNE die SPD nach links treiben. Jetzt wirft sie den GRÜNEN ausgerechnet "schwankende Haltung in der Regierungsfrage" vor und verlangt "Tolerierung" von SPD-Regierungen. Ob die SPD Vorhaben der CDU-FDP-Regierung über eine Mehrheit im Bundesrat blockieren müßte und so die

MLPD gewann in 66 Wahlkreisen 3368 Stimmen, die KPD in acht Wahlkreisen 432 Stimmen. Dafür mußte die MLPD die ganze Partei in NRW einsetzen. Für die Bundestagswahlen 1987 können Kandidaturen wie in NRW von KPD und MLPD keine Lösung sein. Oder will die MLPD dann nur in NRW kandidieren? MLPD und KPD haben größtenteils Wahlkampf für Forderungen geführt, wie sie sich auch in kommunalen Bündnissen, in den Programmen der Friedensliste, GRÜNEN und VOLKSFRONT finden. Ihre Stimmen sind eher als Stimmen für eine proletarische Bündnispolitik zu werten. – (düb, uld)

Revolutionäre Sozialisten, Friedensliste und DKP zur Landtagswahl in NRW

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Bei den Bundestagswahlen 1983 erhielt die SPD in NRW 4,78 Millionen Stimmen (42,8%), jetzt 4,94 Millionen (52,1%). Der Gewinn war absolut gesehen nicht hoch ... Da die GRÜNEN eine Kritik der Reaktion in wichtigen Fragen nicht lieferten, hätte niemand wissen können, was sie, in passenden Stimmverhältnissen im Landtag vertreten, verhindern wollten ... Auf keinen Fall darf übersehen werden, daß die Absolutstimmen von SPD und GRÜNEN zusammengenommen mit 5,37 Millionen gegenüber 1983 (BTW) 5,36 kaum zugenommen haben. Ein Vorstoß in die Anhängerschaft der Regierungskoalition ist also nicht ernstlich gelungen ... Die Verluste des Regierungslagers ... sind hauptsächlich durch Wahlenthaltung von Regierungs-Anhängern entstanden. Daß der FDP trotzdem eine Mobilisierung von 6% gelang, mindert die Aussichten für eine Ablösung der CDU bei den Bundestagswahlen 1987 stark.

Politische Berichte Nr. 10/85 vom 18.5.85

Gruppe internationale Marxisten (GIM)

Der Wahlsieg der SPD ist überwältigend. Die CDU, Hauptpartei der Bonner Wende, hatte in Nordrhein-Westfalen noch nie ein so niedriges Ergebnis. Zweiter Gewinner jedoch ist die FDP ... Die Grünen schafften nicht die fünf Prozent ... Ihre unklare Aussage zur Regierungsfrage in einem Land, in dem grüne Stadträte auf kommunaler Ebene gelegentlich mit der CDU zusammengehen, ist der eine Grund dafür ... Die als "Friedensliste" getarnte DKP konnte zwar ... ihre Stimmenzahl in etwa verdoppeln, doch auch die 61 000 Stimmen (0,5%) stellen keinerlei Gewicht dar. Das sind genau die Stimmen, die den Grünen gefehlt haben ... Die SPD ... hat bewiesen, daß sie Wahlen gewinnen kann ... ohne die Grünen.

was tun Nr. 406 vom 23.5.85

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die SPD gewann selbst gegenüber der "Brandt-Wahl" von 1972 noch einmal fast 2 Prozent hinzu, gegenüber der letzten Bundestagswahl verlor die CDU 8,7 Prozent, die SPD gewann 9,3 Prozent. Der Konfrontation Rau gegen die Wende, die die SPD aufbauen konnte, ... fielen auch die Grünen zum Opfer ... Die Debatte, die nun in der CDU anläuft, dreht sich im Prinzip um zwei grundlegende Möglichkeiten: Entweder Fortsetzung des bisherigen Kurses ohne Einschränkung oder Veränderungen in der Sozialpolitik vorzunehmen ... Grenzen sind der CDU deutlich gesetzt: Einmal durch ... das Großkapital. Zum anderen dadurch, daß sie natürlich eine Massenbasis unter der Wählerschaft brauchen – im Gegensatz etwa zur FDP ... Ihr Zugewinn war geringer als erhofft.

*

Die Friedensliste erreichte mit über 61 000 Stimmen rund zwei Drittel der absoluten Stimmenzahl der Europawahl letztes Jahr ... insgesamt ist der Versuch der FL, die Friedensfrage zur Hauptfrage in diesem Wahlkampf zu machen, gescheitert ... Mit KPD und MLPD kandidierten zwei revolutionäre Parteien ... Die KPD erzielte dabei 432 Stimmen, die MLPD 3 368 ... Ein Ergebnis, das, wie immer es auch die Genossen der MLPD aktuell bewerten werden, danach verlangt, sich ausgesprochen ernsthaft Gedanken einer gemeinsamen Wahlkandidatur der Revolutionäre zu machen.

beide Auszüge aus: Roter Morgen Nr. 20/85 vom 17.5.85

Marxistische Gruppe (MG)

So schlicht, wie der Wählerwille nach der einen Seite hin, NRW = SPD, ausfällt, so reichhaltig ist er natürlich, was seine Unzufriedenheit mit der Regierung in Bonn betrifft

... Es sei denn, man sieht die Sache umgekehrt. Kohl: "Sachthemen sind im Wahlkampf von der SPD nicht diskutiert worden", sonst hätte der Wähler ja auch die Kohl-sche Aufschwung-Arbeitsplätze-Dialektik gefressen. MSZ, Gegen die Kosten der Freiheit, Nr. 6, Juni 1985

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Wenn man bedenkt, daß die SPD nur rund 39 Prozent der Stimmen aller Wahlberechtigten gewinnen konnte, aber allein 25 Prozent der Wahl fernblieben, so verbirgt sich hinter dieser Tatsache das eigentliche Wesen dieser Landtagswahl: Wie keine andere Wahl zuvor war sie vom Kampf zwischen ultrarechtem Antikommunismus und wissenschaftlichem Sozialismus um das Denken der Werktätigen geprägt ... In ihrer Wahlkampagne legte die MLPD unter den Werktätigen ein bisher in dieser Breite nicht erreichtes Fundament des beginnenden Vertrauens in den Sozialismus. 3 368 Stimmen für die MLPD sind deshalb 3 368 Entscheidungen, den eigenen Weg zu finden und die Sache der Arbeiterklasse, den Sozialismus und seine Partei, die MLPD, zu stärken ... die Wahlniederlage der Grünen ist die Quittung der Werktätigen Nordrhein-Westfalens für deren arbeiterfeindliche Positionen und zunehmende Anbiederung an die SPD. Das zeigt ebenso wie die Stimmenverluste der DKP-geprägten Friedensliste, daß die Werktätigen eine unzweideutige, klare Antwort auf die Frage nach der Zukunft wollen ... Deshalb bestätigt das Ergebnis der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen unseren Standpunkt: Die Arbeiterpartei der Zukunft, das ist die MLPD!

Essen, den 15. Mai 1985, Zentralkomitee der MLPD, in: Rote Fahne Nr. 20/85 vom 18. Mai 1985

Friedensliste NRW

Das Ergebnis der Friedensliste ist mit 0,7 Prozent unter den Erwartungen, aber beachtlich ... Die Verluste der CDU können alle demokratischen Kräfte nur mit Genugtuung erfüllen. Sie können auch durch die leichten ... Zugewinne der FDP bei weitem nicht ausgeglichen werden ... Verbunden mit der Absage an die Politik der Bonner Rechtskoalition gelang es der SPD, die Hoffnung der Menschen auf eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Friedenssicherung auf sich zu lenken ... gelang es der SPD ... den Spielraum sowohl für die Grünen als auch für die Friedensliste zu verengen ... Die Grünen-Partei, die auch im neuen Landtag nicht vertreten sein wird, ist mit ihrem Ergebnis hinter den Erwartungen ... zurückgeblieben ... Es zeigt sich, wie schädlich es war, daß die Grünen den Vorschlag für ein Wahlbündnis zurückgewiesen haben ... Die Friedensliste wird ihre Bemühungen um gemeinsames Handeln fortsetzen und verstärken ... Mit den unter kompliziertesten Bedingungen erzielten 0,7 Prozent ist die Friedensliste NRW allerdings ein Faktor in der Landespolitik.

Unsere Zeit vom 14. Mai 1985

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP ... teilt die Einschätzung des Ergebnisses der Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen durch die Sprecher der "Friedensliste" ... die Rechtsentwicklung kann gestoppt und zurückgedrängt werden ... Unter dem Einfluß antikommunistischer Vorbehalte haben die Grünen die Vorschläge der "Friedensliste" zur Formierung eines breiten Wahlbündnisses abgelehnt. Das hat dazu geführt, daß mehr als fünf Prozent der Wähler von NRW, die sich gegen den Bonner Rechtskurs und für mehr Druck auf die SPD ausgesprochen haben, nicht im Landtag vertreten sind ... Die "Friedensliste" hat dazu beigetragen, daß die Kräfte der Rechtskoalition in NRW ... nicht durchkommen ... Die Kommunisten werden auch künftig ihre konstruktive Mitarbeit in der "Friedensliste" fortsetzen.

Unsere Zeit vom 14. Mai 1985

Spanien:

Gewerkschaftliche Aktionseinheit gegen die EG-Politik der Regierung

Voraussichtlich am 12. Juni werden die Staatschefs der EG-Länder eine Flugzeugkarawane bilden, in Madrid und Lissabon gesammelt einfliegen und dort die Unterschriften der neuen EG-Mitgliedsstaaten einholen. Eine reichlich makabre Szene zur Demonstration des völlig "souveränen" Beitritts Spaniens und Portugals, die beiden Staaten erlauben soll, ihre Beitrittsverträge in den eigenen Hauptstädten zu unterzeichnen und nicht in Brüssel.

Zu den bis zum Schluß offenen Punkten der Beitrittsbedingungen Spaniens gehörten die Regelung der Fischereikontingente, die spanischen Landwirtschaftsexporte und die rechtliche Gleichstellung spanischer Bürger in anderen EG-Staaten. Mit weitgehenden Zugeständnissen in allen diesen Punkten hat sich die spanische Regierung den Beginn der EG-Mitgliedschaft zum 1.1.86 und die Teilnahme am nächsten EG-Gipfel Ende Juni in Milano teuer erkauft. Die spanische Fischereiflotte in EG-Fanggebieten darf nur 300 Schiffe betragen. Zur Abfindung der ruinierten Fischer wird Spanien eine geringfügige EG-Abfindung erhalten. Das zulässige Kontingent für den Export von Tafelwein wird entsprechend der französischen Forderung 23,3 Mio. Hektoliter betragen. Die Preise für Olivenöl wird Spanien in jährlichen Raten von 5% an das europäische Preisniveau anpassen. Das Kontingent für Milchprodukte beträgt 200000 Tonnen. Gegen diese Ausfuhrbeschränkung haben die nordspanischen Bauern nach Veröffentlichung der Vereinbarung Demonstrationen durchgeführt. Für die Garantie der formellen Niederlassungsfreiheit für spanische Staatsbürger in EG-Ländern ist eine Übergangszeit von sieben Jahren vorgesehen.

In den Beitrittsverhandlungen der letzten Jahre haben die imperialistischen EG-Staaten, allen voran die BRD, Frankreich, Großbritannien, alles daran gesetzt, durch vertragliche Regelungen diejenigen Bereiche der spanischen Wirtschaft zu beschränken, deren Stand der Produktion in etwa dem internationalen Durchschnitt entspricht oder darüber liegt. In diesen Wirtschaftsbereichen tritt die spanische Wirtschaft als direkter Konkurrent des einen oder anderen EG-Landes auf. Dieser Produktionsvorteil wurde durch EG-Regelungen beschnitten, wie Preisangleichung an das europäische Niveau oder Kontingentierung der Exporte. Zu diesen Wirtschaftsbereichen gehören Teile der spanischen Landwirtschaftsproduktion wie die Produktion von Zitrus-

früchten, Wein und Oliven, die Stahlindustrie und der Schiffbau.

Mit dem tatsächlichen Beitritt Spaniens zur EG, also zum europäischen EG-Markt, werden jetzt der freie Kapital- und Warenverkehr sowie die einheitlichen EG-Steuer- und Währungsbestimmungen ihre ruinöse Wirkung mit aller Wucht austoben können. Für die spanischen Kapitalisten und die spanische Regierung bedeutet das, daß sie mit allen Mitteln ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem EG-Kapital sichern wollen. Die spanischen Kapitalisten wollen weitere Rationalisierungen und Rationalisierungsinvestitionen, um der Übernahme durch ausländisches Kapital zu entgehen. Die spanische Regierung will die Sicherung der Expansion und des Profits spanischen Kapitals, die Abwehr wachsender Außenhandelsdefizite, Devisenabflüsse und Staats Schulden. Zur Finanzierung dieser Politik geht die Regierung den Weg aller sogenannten wirtschaftspolitischen Sanierungen: Steuerentlastungen für die Kapitalisten, Steuererhöhungen für die Lohnabhängigen, Entlastung

keit ca. 20%, und sie steigt weiter. Zweitens wirken eine Reihe von EG-Regelungen mit dem Beitritt direkt auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der spanischen Lohnabhängigen. Dazu gehört die Einführung der Mehrwertsteuer, die Anpassung an die sog. "europäischen Normen der Arbeitsgesetzgebung" und z.B. die Niederlassungsfreiheit für europäische Banken, die die Kleinbanken ruinieren und die Zinslast der kleinen Bauern und Selbständigen weiter steigern wird. Drittens sieht sich die spanische Arbeiterbewegung inzwischen einer nahezu einheitlichen Front von Regierung und spanischen Kapitalistenverbänden gegenüber. Kapitalistenverbände und Regierung konnten in diesem Jahr ihre Lohnleitlinienpolitik trotz heftiger Gegenwehr der Arbeiterbewegung weitgehend durchsetzen. Die Rationalisierungen und Betriebsschließungen in der Stahl- und Schiffbauindustrie konnten trotz Streiks und Betriebsbesetzungen nicht verhindert werden.

Bisher hat die Regierung Gonzales mit diesem Kurs kaum Verluste in den eigenen Reihen und bei den Wahlen hinnehmen müssen. Der letzte Parteitag der regierenden "Sozialistischen Partei Spaniens" (PSOE) hat sowohl den Marsch in die EG wie die NATO-Politik der Regierung gebilligt. Gegen die meisten dieser Maßnahmen haben



Februar 1984 – 12000 demonstrieren gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung in Valencia. Sie fordern die Weiterführung des Stahlwerkes in Sagunt.

der Kapitalisten von den Beiträgen zu den Sozialversicherungen, Umschichtung der öffentlichen Haushalte, Privatisierung und Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst.

Für die spanische Arbeiterklasse erhöht sich also mit dem EG-Beitritt Spaniens der wirtschaftliche Druck doppelt und dreifach. Erstens verschlechtern sich die Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft durch die ständig noch wachsende industrielle Reservearmee. Schon mehrere Jahre beträgt die Arbeitslosig-

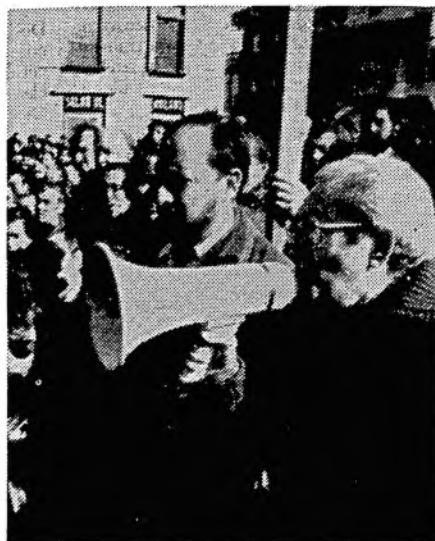
keit die Belegschaften oft langwierige und heftige Kämpfe geführt, wie z.B. die baskischen Stahlarbeiter; die Maßnahmen der Koalition von Regierung und Kapitalistenverbänden konnten aber nicht verhindert werden. Ein wesentlicher Grund für diese Niederlagen trotz heftiger Einzelkämpfe war, daß keine gewerkschaftliche Aktionseinheit aller Rangungsgewerkschaften zustandekam. Dadurch rieben sich die einzelnen Belegschaften in erbitterten Kämpfen auf, ohne daß die Gewerkschaftsbewegung einen nachhal-

tigen Einfluß auf den Kurs der Regierungspolitik durchsetzen konnte.

Im Unterschied zu dieser bisherigen Entwicklung haben in den letzten Wochen alle Gewerkschaften zu gemeinsamen Aktionen gegen die geplante Reform der Sozialversicherungen und der Renten aufgerufen. Die wichtigsten geplanten Maßnahmen der Rentenreform der Regierung sind: Veränderung der Mindestanspruchsberechtigung, berechnet nach dem Durchschnittsverdienst von zwei Jahren bisher innerhalb der letzten sieben Arbeitsjahre, jetzt innerhalb der letzten acht; Mindestanzahl der Versicherungsjahre bisher zehn, jetzt 15; Änderung des Berechnungsmodus für den auszuzahlenden Rentenbetrag, so daß sich nach Berechnungen der UGT die Jahressumme der Rentenbezüge teilweise um den Betrag von ein bis zwei Monatsrenten senken wird. Verschlechterung der Anspruchsberechtigung für Invalidenrenten.

Die Comisiones Obreras haben eine

Beratungskonferenz für 22000 ihrer Gewerkschaftsfunktionäre nach Madrid einberufen. Sie fordern eine Mindestrente bezogen auf den Durchschnittslohn. Die UGT hat einen Sozialpakt mit der Regierung abgelehnt und ruft zu Demonstrationen und Streiks gegen das Regierungsgesetz auf. Aus Protest gegen die Regierungspolitik und mit der ausdrücklichen Begründung der Unvereinbarkeit des Regierungskurses mit den Zielen der Gewerkschaften hat der PSOE-Abgeordnete und Gewerkschaftsfunktionär Rosa seinen Parlamentssitz niedergelegt. Die Empörung der Gewerkschaftsbewegung gegen die Rentenreform ist deshalb so groß, weil sie eine Potenzierung aller bisherigen Maßnahmen der spanischen "Sanierungs politik" bedeutet. Die Arbeitslosigkeit ist unter den Jugendlichen und den älteren Arbeitern besonders hoch. Der soziale Mindeststandard wird weiter gesenkt und damit die Verteidigung des Lohn-



Generalstreik 1984

niveaus schwieriger. Die von der Regierungspolitik freigesetzten Lohnabhängigen und kleinen Selbständigen aus der Landwirtschaft, der Fischerei, dem Handel werden auch noch um ein Minimum an Rentenansprüchen gebracht.

Ein Erfolg des Kampfes gegen die Rentenreform wird wesentlich davon abhängen, ob die Ansätze gemeinsamer Forderungen und Aktionen von UGT und Comisiones Obreras gefestigt und ausgebaut werden können. — (chc)

Gewerkschaften gegen Rentenreform der Regierung

Seit Wochen wächst der Protest der spanischen Gewerkschaften gegen die geplante Rentenreform der Regierung und gegen angekündigte Änderungen der Sozialgesetzgebung.

Am 23. Mai legte der Generalsekretär der UGT von Badajoz und gleichzeitige Abgeordnete der PSOE Antonio Rosa seinen Parlamentssitz mit folgender Begründung nieder:

"Substanzelle Änderungen, die wir als Minimum von der Regierung gefordert haben, sind nicht eingetreten, und es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß sie eintreten werden. Folglich werde ich am 4. an den Manifestationen (der Gewerkschaften, d.Verf.) teilnehmen. Außerdem gehe ich dorthin als Generalsekretär der UGT von Badajoz, was mich dazu veranlaßt, auf meinen Abgeordnetensitz zu verzichten, da ich glaube, an dieser Manifestation als Parlamentarier weder teilnehmen zu können noch teilnehmen zu sollen... Angesichts der beiden Möglichkeiten, die sich mir stellten — meinem Parlamentssitz oder der Zugehörigkeit zu meiner Gewerkschaft — habe ich mich mit gutem Gewissen für die UGT entschieden."

"Eine ungerechte Reform". Antonio Gutierrez Verga, Mitglied des Generalsekretariats der Comisiones Obreras (CCOO):

"Die Unternehmer verlangen eine großangelegte Kürzung der öffentlichen Ausgaben für soziale Sicherheit mit der Begründung, daß unsere Sozialversicherung die teuerste in

Europa sei und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindere.

Um zu beweisen, daß solche Argumente haltlos und die Vorschläge der Regierung ungerecht sind, reicht es aus, auf einige Daten zu verweisen. Die spanischen Ausgaben für die öffentliche Sozialversicherung liegen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, acht Prozentpunkte unter dem europäischen Durchschnitt. Der Anteil der Sozialkosten an den Lohnkosten liegt in Spanien bei etwa 37%, in den meisten Teilen Europas liegt er darüber, zwischen 42,3% in Belgien und 51,9% in Italien. Überhaupt nur in den drei Ländern Dänemark, Irland und Großbritannien liegt der Anteil der Sozialkosten an den Lohnkosten unter denen Spaniens, aber, wie CEOE (der Kapitalistenverband, d.Verf.) und Regierung selbstverständlich auch wissen, haben diese drei Länder ein anderes System der Sozialversicherung mit starker fiskalischer Charakter. In diesen drei Ausnahmefällen liegt nämlich der staatliche Beitrag zur Sozialversicherung durch den Staatshaushalt viel höher, bei 89% in Dänemark und 60,4% in Irland. Das heißt, in diesen Ländern wird der geringere Anteil der Sozialkosten an den Lohnkosten durch den größeren Anteil der Steuermittel ausgeglichen. Trotzdem ist auch in den meisten europäischen Ländern der Anteil der staatlichen Finanzierung der Sozialversicherungen höher als in Spanien. In unserem Land zahlen — bei einem ernsthaften Vergleich, der die unterschiedlichen Wege der Finanzierung berücksichtigt — die Unternehmer weniger als ihre europäischen Nachbarn." (Beitrag in *El País* vom 24.5.1985)

Brasilien

Größte Streikbewegung seit 1964

Seit acht Wochen bestreiken die Automobilarbeiter die Niederlassung der imperialistischen Automobilkonzerne. Ca. 70000 befinden sich derzeit in Schwerpunktstreiks. Ein Ergebnis war bei Redaktionsschluß nicht absehbar.

Am 1. Mai war der Termin der halbjährlichen Anpassung der gesetzlichen Mindestlöhne an die gestiegenen, regierungsoffiziell festgelegten Lebenshaltungskosten. Die Inflationsrate wird 1985 auf ca. 250% steigen. Die Kaufkraft eines gesetzlichen Mindestlohnes (April 1985 ca. 110 DM) sank von 141 kg Bohnen 1979 auf 95 kg. Die Regierung bot den lohnabhängigen Beschäftigten 10% zusätzlich zur Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Innerhalb der Regierung zeigen sich Teile der größten Oppositionspartei, der Partei der demokratischen Bewegung (PMDB), zu einem höheren Zuschlag bereit.

Anfang Mai begannen nach den Automobilarbeitern in São Bernardo die Beschäftigten der öffentlichen Dienste mit Streikaktionen. Zunächst legten die Postangestellten und die Be-

beschäftigte des städtischen Nahverkehrs in Rio de Janeiro, dann das Flug- und Bodenpersonal der brasilianischen Fluggesellschaften und schließlich die Beschäftigten der Eisenbahn die Arbeit nieder. Mitte Mai und in der letzten Maiwoche streikten die Angestellten der Postämter in São Paulo, das Personal der Krankenhäuser und Gesundheitsdienste in Rio de Janeiro, die Lehrer und Hochschulbeschäftigte im Bundesstaat Rio Grande do Sul sowie ca. 80000 Angestellte der Supermärkte im Bundesstaat São Paulo; dort streiken auch die Zuckerrohrarbeiter für höheren Lohn.

Bislang setzten die Gouverneure der Streikzentren Rio de Janeiro und São Paulo, Brizola und Montor von der demokratischen bzw. brasilianischen Arbeiterpartei keine Polizeitruppen gegen die Streikenden ein. Die streikenden Arbeiter und Angestellten fordern – von geringfügigen Unterschieden abgesehen –: Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne um bis zu 100% über den Lebenshaltungskostenausgleich; vierteljährlicher Lebenshaltungskostenausgleich statt bisher halbjährlichem; Produktivitätszulagen; Arbeitszeitverkürzungen.

Ende Mai kündigten die Beschäftigten der Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke und die Raffinerien Streikmaßnahmen an. Die Regierung droht mit einem "Notstandsplan", dessen Inhalt nicht veröffentlicht wurde. Ohnehin sind Streiks in "lebenswichtigen Bereichen" verboten. In einer öffentlichen Erklärung bekräftigte Präsident Sarney das Recht auf Arbeitsniederlegung.

Quellenhinweis: Brasilien-Ausschnittsdienst; O Estado de S. Paulo vom 14.5. 1985; BZ vom 23.5.1985; NZZ versch. Ausgaben. – (sie)

ANZUS-Pakt

Nach Neuseelands

Weigerung: Manöver geplatzt

Ende April teilte die australische Regierung dem US-Verteidigungsministerium mit, daß die australischen Streitkräfte nicht an den im Mai geplanten Luft- und Seemanövern des ANZUS-Paktes teilnehmen würden. Grund für die Absage: Nachdem die Labour-Regierung von Neuseeland Ende letzten Jahres eine der Labour-Wahlforderungen wahrgemacht und die neuseeländischen Häfen für Kriegsschiffe mit Atomwaffen wie für atomgetriebene Schiffe gesperrt hatte, hatten die USA faktisch Neuseeland aus der militärischen Kooperation im Rahmen des ANZUS-Paktes (Mitglieder: Australien, Neuseeland, USA) ausgeschlossen und die Teilnahme neuseeländischer Streitkräfte an den Manövern verweigert. Schon im März hatten die USA mit einer Provo-

kation die Ernsthaftigkeit der Ankündigungen der neuseeländischen Regierung getestet und einen US-Flottenbesuch angekündigt, ohne der Aufforderung der neuseeländischen Regierung nachzukommen und zu erklären, daß die Kriegsschiffe keine Atomwaffen mit sich führten. Daraufhin verweigerte die Regierung den US-Kriegsschiffen die Anlaufberechtigung. Seitdem ist die Operationsfähigkeit des ANZUS-Paktes, der den Südpazifik für die westlichen Imperialisten kontrolliert, teilweise lahmgelangt. Die USA haben Neuseeland inzwischen Wirtschaftssanktionen angedroht; US-Großbanken haben das Land in der Kreditwürdigkeit niedriger eingestuft.

Mit dem 1951 geschlossenen ANZUS-Pakt sicherten sich die USA nach dem Zerfall des britischen Weltreiches die militärische Kontrolle über den Südpazifik und die heute noch dem Commonwealth angehörenden Siedlerstaaten Australien und Neuseeland. Noch in den fünfziger Jahren waren neuseeländische zusammen mit britischen Truppen an der Zerschlagung der kommunistischen Guerillabewegung im heutigen Malaysia beteiligt. Im Vietnamkrieg unterstützten neuseeländische Truppen die Kriegsführung des US-Imperialismus. Noch heute hat die neuseeländische Luftwaffe einen Stützpunkt in Singapur.

Aber die Verwicklung Neuseelands in den Vietnamkrieg führte in dem Land zu einer starken Anti-Kriegs-Bewegung, die sich politisch vor allem in der Labour-Party und in den Gewerkschaften ausdrückte. Zunächst war diese Anti-Kriegs-Bewegung nur eine Randströmung in der Labour-Party, aber mit dem Anwachsen der Mitgliederzahlen von 15000 1970 auf 80000 1980 – darunter wahrscheinlich viele Eintritte von Angehörigen der neuen Mittelklasse – wurde diese Strömung zur dominierenden in der Partei.

Schon die von 1972 bis 1975 amtierende Labour-Regierung in Neuseeland hatte Besuche von atomwaffenbestückten US-Kriegsschiffen in neuseeländischen Häfen verweigert. Damals hatte die US-Regierung keine Sanktionen gegen Neuseeland verhängt, um nicht angesichts des US-Krieges gegen Vietnam die Handlungsfähigkeit des ANZUS-Paktes zu gefährden. Die damalige Labour-Regierung protestierte außerdem gegen die ständigen französischen Atomwaffentests im Mururoa-Atoll im Südpazifik und entsandte eine Fregatte mit einem Minister an Bord in die Testzone. Seitdem werden die französischen Atombomben dort nicht mehr in der Atmosphäre, sondern unterirdisch zur Explosion gebracht.

Im Herbst 1984 errang die neuseeländische Labour-Party nach neun Jahren Opposition bei den Parlamentswahlen die Mehrheit, u.a. wegen

ihrer exponierten Position gegen Atomwaffen und Atomenergie allgemein. 1983 hatte ein Labour-Parteikongreß die Neuverhandlung des ANZUS-Paktes mit Australien und den USA auf der Grundlage eines "bedingungslosen anti-nuklearen Standpunktes" gefordert und eine aktive Politik für einen atomwaffenfreien Pazifik, eine Forderung, die von mehreren kleinen Inselstaaten im Pazifik unterstützt wird. Außerdem verlangte der Parteikongreß, nicht nur atomwaffenbestückten, sondern auch atomgetriebenen Schiffen das Anlaufen neuseeländischer Häfen zu verbieten.

Die Labour-Position stellt also bislang weder den ANZUS-Pakt noch die Kriegsvorbereitungen der westlichen Imperialisten in Frage, sondern lediglich die Einbeziehung Neuseelands in die Nuklearstrategie der US-Imperialisten. So erklärte der neuseeländische Labour-Premierminister Lange



US-Kriegsschiff in Australien

in einem Interview: "Ich akzeptiere, daß die USA durch ihre Strategie, die militärische Dominanz zu erringen, die Gespräche über Waffenkontrolle vom 7. Januar in die Wege geleitet haben und daß sie aus diesem Grund auch am 7. März in Genf die Gespräche wieder aufnehmen werden ... Aber ich muß nicht Teil einer nuklearen Allianz sein, um deren Vorteile und Stärken zu begreifen und um zu sehen und zu akzeptieren, daß das überragende Engagement der USA für die militärischen Allianzen, in die die USA mit einem nuklearen Konzept verstrickt sind, sowohl eine Abschreckung vor einem Krieg wie auch ein Anreiz für Abrüstungsgespräche darstellt." Da sind Positionen in den bürgerlichen Parteien Neuseelands, die den ANZUS-Pakt gekündigt sehen und ein neutrales Neuseeland nach dem Vorbild Schwedens oder der Schweiz wollen, teilweise weitgehender.

Unübersehbar sind die Auswirkungen der neuseeländischen Position auf die politische Lage in Australien. Die dort seit 1983 amtierende Labour-Regierung unter Premierminister Hawke

hatte vorherige Parteibeschlüsse gegen Atomwaffen sowie gegen Uranexporte ignoriert sowie den weiteren Ausbau der australischen Militärmacht forciert und die US-Militäreinrichtungen in Australien nicht angetastet. 30% der nachgewiesenen Uranreserven aller nichtsozialistischen Länder liegen in Australien; australische Uranexporte gehen vorwiegend nach Japan und an Imperialisten in der EG.

Bei den Senatswahlen 1984 hatten zwei kleinere Parteien, die Demokraten und die neugegründete Nukleare Abrüstungs-Partei, mit Programmen gegen Uranexporte, gegen US-Militäreinrichtungen in Australien und für die Ächtung der Atomwaffen fast 15% der Stimmen bekommen. Das Vorgehen der Regierung von Neuseeland hat die Anti-Atomwaffen-Bewegung in Australien, die auch in den Gewerkschaften verankert ist, gestärkt. So kam es im Februar zu Demonstrationen, als die Labour-Regierung der US-Army Raketentests in der australischen Wüste gestattete. Jetzt wird u.a. aus den Gewerkschaften die Forderung erhoben, sich der Position Neuseelands anzuschließen und außerdem das 1988 auslaufende Stationierungsabkommen über die US-Militäreinrichtungen nicht zu verlängern.

In Japan hat die Bourgeoisie die Berichterstattung über die Vorgänge im ANZUS-Pakt weitgehend unterdrückt, um nicht der pazifistischen Massenbewegung weiteren Auftrieb zu geben. Nach der japanischen Verfassung ist der Besitz, die Herstellung und die Einfuhr von Atomwaffen verboten. Trotzdem laufen atomwaffenbestückte US-Kriegsschiffe ständig japanische Häfen an. Die seit dem Ende der US-Besatzung regierende rechte LDP verfährt mit den US-Kriegsschiffen bislang nach der Devise: "Wir fragen nicht, und sie erzählen es uns nicht."

Quellenhinweis: Asia Yearbook 1985; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben – (wom)

Lohnerhöhung von 3,1% ab 1. Januar 1985 zusätzlich zu der im Oktober vereinbarten Erhöhung um 5% gefordert. Das staatliche Tarifamt hatte zunächst 1,8% ab 1. Januar 1986 angeboten. Der TCO-S hat gegen das rabierte Lohnsenkungsprogramm der schwedischen Regierung einen Teilerfolg erringen können.

Die Kapitalisten rügten die Regierung für ihr Zugeständnis. Sie fürchten nun neue Lohnkämpfe in der Industrie und sehen Gefahren für das Lohnsenkungsprogramm im öffentlichen Dienst. Zwischen 1979 und 1983 mußten die schwedischen Lohnabhängigen schwere Reallohnsenkungen hinnehmen. Im Jahresdurchschnitt betrugen die tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen 7,6% und die Inflationsrate 11%. Die Industriegewerkschaften haben 1984 und 1985 mit Abschlüssen um 11% Lohnerhöhungen über der Inflationsrate von 8,6% bzw. 8,5% durchgesetzt. Das Regierungsprogramm gegen die Staatsangestellten und Beamten, etwa ein Drittel aller Beschäftigten, soll den Kapitalisten den Weg für erneute Lohnsenkungen bereiten.

Allein von 1983 bis 1984 hat die Regierung 31050 mehr Staatsangestellte in Teilzeitverträge gezwungen, vor allem im mittleren Dienst, ohne die Gesamtzahl der Beschäftigten zu erhöhen. Insgesamt arbeiten etwa 300000 Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst in Teilzeit. Die Lohnerhöhungen betragen 1984 5% und sollten 1985 ebenfalls nur 5% betragen. Bei staatlichen Baumaßnahmen wie Straßenbau und Küstenschutz setzt die Regierung Arbeitslose ein, die aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden.

Gegen das gesamte Programm haben der Gewerkschaftsbund der Industriearbeiter LO und alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes protestiert. Sie kämpfen für zusätzliche Stellen im öffentlichen Dienst, gegen weitere Teilzeitstellen, für die sofortige Einstellung der Notstandsarbeiten und treten für Lohnerhöhungen über der Inflationsrate ein. Quellenhinweis: Handelsblatt v. 21.5. 85; Aktuelle Informationen aus Schweden, Nr. 326, Oktober 1984; The Swedish Economy, Facts and Figures 1984, Stockholm 1985 – (uld)

Wahlen in Italien

Der Rückschlag der PCI ist eine Niederlage für die Arbeiterbewegung

Kein Zweifel, die Regierungskoalition unter Ministerpräsident Craxi geht aus den Wahlen am 12. Mai gestärkt hervor. Die Arbeiterbewegung hat eine herbe Niederlage einstecken müssen. Gewählt wurden die Regionalparlamente der 15 Regionen mit Normalstatut (Sonderstatut haben Sizilien, Sardinien, Friaul, Südtirol-Trentin und Aosta) und die Räte der meisten Provinzen und Gemeinden. Bei einem Vergleich

mit den Ergebnissen der Wahlen der letzten Jahre fällt vor allem folgendes ins Auge:

– Die fünf Parteien der Regierungskoalition – Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale – haben ihren Stimmenanteil gegenüber der Europawahl im letzten Jahr, wo sie nur noch auf 53,9% der Stimmen gekommen waren, auf insgesamt 58,1% steigern können.

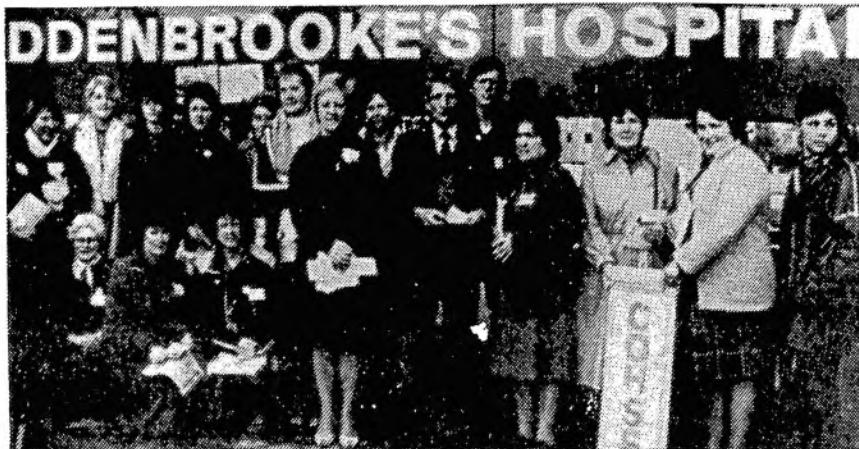
Stimmentanteile in %	Regionalw. 1985	Regionalw. 1980	Parlamentsw. 1983	Europaw. 1984
DC	35,0	36,8	32,6	33,0
PCI	30,2	31,5	31,2	34,5
PSI	13,3	12,7	11,4	11,3
MSI	6,5	5,9	6,6	6,3
PRI	4,0	3,0	5,2	–
PRI-PLI	–	–	–	6,2
PSDI	3,6	5,0	4,0	3,4
PLI	2,2	2,7	3,0	–
PR	–	–	2,2	3,2
Grüne	1,7	–	–	–
DP	1,5	0,9	1,5	1,4
PdUP	–	1,2	–	–
Andere	2,0	0,3	2,2	0,7

DC = Christdemokraten; PCI = Kommunisten; PSI = Sozialisten; MSI = Neofaschisten; PRI = Republikaner (lib.); PSDI = Sozialdemokraten; PLI = (Rechts-) Liberale (1984 gemeinsame Liste mit PRI); PR = Radikale Partei; DP = Proletarische Demokratie; PdUP = Partei der proletarischen Einheit (seit 1984 mit PCI vereinigt, 1983 und 1984 Kandidatur auf PCI-Listen). Wahlergebnisse 1983 und 1984 für die Regionen, in denen jetzt gewählt wurde.

Schweden

Gegen staatliche Lohndrückerei

Nach 18-tägigem Streik von etwa 15000 mittleren und höheren Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hat der Gewerkschaftsverband TCO-S (Zentralorganisation der besoldeten Beschäftigten) einem Vorschlag der staatlichen Schlichtungskommission zugestimmt. Die sozialdemokratische Regierung hatte für zwei Tage 100000 Beamte ausgesperrt. Von den 1,59 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen etwa 1,1 Millionen ab 1. Dezember dieses Jahres 2% mehr Lohn und Gehalt erhalten. Zu Beginn des Streiks hatte der TCO-S eine



Die Privatisierungsmaßnahmen der britischen Regierung im Gesundheitswesen zeigen Folgen. Nachdem gegen entschiedenen Widerstand der Belegschaften fast das gesamte Reinigungswesen und die Küchen an Privatbetriebe übergeben wurden und die Kapitalisten die Beschäftigtenzahlen drastisch senkten, nehmen Epidemien wegen unsauberer Räume, nicht gereinigter Abluftsysteme etc. zu. Im Krankenhaus Addenbrookes in Cambridge, dessen Arbeiter wochenlang gegen die Privatisierung streikten (Bild), weigerten sich Chirurgen zu operieren, weil die OP-Säle durch Blut und Knochenreste verschmutzt waren. In Berkshire wurde bekannt, daß ein Kapitalist Kinder zur Reinigung von Krankenhäusern einsetzt. — (hef)

USA: Pilotenstreik gegen Gehaltsspaltung

Bei der größten US-Fluggesellschaft United Airlines streiken seit dem 17.5. die 5000 Piloten. Durch den Streik mußten die Kapitalisten die Zahl der täglichen Abflüge von 1550 auf unter 200 senken. Die Kapitalisten wollen durchsetzen, daß neu eingestellten Piloten das Eingangsgehalt gekürzt und danach nur knapp die Hälfte des bisherigen Gehaltes vom zweiten Beschäftigungsjahr, das 43000 Dollar beträgt, gezahlt wird. Eine Wiederanhebung der Gehälter in den folgenden Jahren soll tariflich ausgeschlossen werden. Andere Flugkapitalisten könnten zwar ebenfalls eine Senkung der Eingangsgehälter er-

zwingen, eine solche zementierte Aufspaltung der Belegschaft aber noch nicht. — (gba)

Spanien: Proteste gegen gegen Ladenschlußgesetz

Am 20. Mai führte der Verband der Klein- und Mittelbetriebe in Madrid eine Protestaktion gegen die Gesetzesvorlage der Regierung zur Verlängerung der Ladenschlußzeiten durch. Der Verband vertritt vor allem die zahlreichen selbstarbeitenden kleinen Selbständigen im Handel. Die Verbandssprecher verurteilten das geplante Gesetz, weil es nur den großen Einkaufsmärkten nutzen würde, die kleinen Selbständigen aber ruinieren wird, die ihre eigene Arbeitszeit nicht beliebig ausdehnen könnten. — (chc)

— Der scheinbar unaufhaltsame Niedergang der Christdemokraten, die bei den Europawahlen erstmals von den Kommunisten überflügelt worden waren, ist fürs erste abgewendet. Zwar hat die DC ihr Ergebnis von 1980 nicht ganz wieder erreichen können. Gegenüber den letzten beiden Wahlen hat sie aber deutlich zugelegt und den Abstand sowohl zur PCI wie auch erst recht zu ihren Koalitionspartnern erheblich vergrößern können.

— Die Kommunisten haben das schlechteste Wahlergebnis seit 1972 zu verzeichnen. Gegenüber den letzten Regionalwahlen verlieren sie 1,3, bezieht man die inzwischen der PCI beigetretene PdUP mit ein, sogar 2,5 Prozentpunkte. Seit dem Wahlerfolg vor einem Jahr, den sie zu wiederholen hofften, haben die Kommunisten 4,3 Punkte eingebüßt.

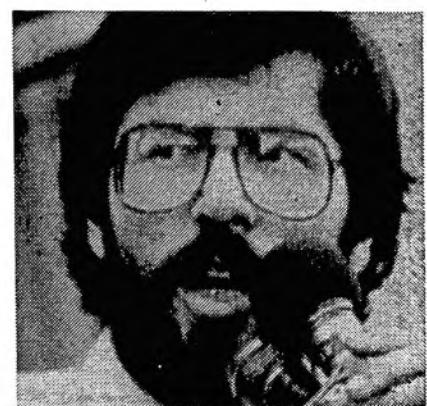
— Die Neofaschisten haben in Bologna einen lokal begrenzten Erfolg

erringen können. Sie wurden dort mit 22,6% (1980: 6,3%) stärkste Partei. In diesem Ergebnis drückt sich wohl die Unzufriedenheit vieler italienischer Südtiroler über die manchmal zu Privilegien verdrehten Rechte der deutschsprachigen Minderheit aus. So werden Stellen im öffentlichen Dienst oder Sozialwohnungen strikt nach Nationalitätenproportz vergeben.

Unmittelbare Folge der Wahl wird der Sturz der linken Magistrate aus Kommunisten und Sozialisten (manchmal zusammen mit PSDI oder PRI) in vielen wichtigen Großstädten, allen voran Rom und Mailand, sein. In Rom, wo die PCI gegenüber der letzten Kommunalwahl 5,1% verloren hat und nicht mehr stärkste Partei ist, wäre eine Linkskoalition nicht einmal rechnerisch möglich. Zudem drängt die PSI-Parteizentrale auf die Bildung von Fünferkoalitionen nach nationalem

Wahlerfolg für Sinn Fein

12% der Stimmen und 59 von 569 Gemeinderatssitzen erhielt Sinn Fein bei der Kommunalwahl am 17. Mai, der ersten, an der die Partei seit dem Krieg teilnahm. Dabei blieb die Stimmenzahl etwa gleich der der letzten Unterhauswahl, bei der Sinn-Fein-Präsident Adams (Bild) ins Unterhaus gewählt wurde. Sinn Fein unterstützt politisch die Aktionen der IRA. Die andere katholisch-irische Partei, die SDLP, erhielt 18% und 101 Sitze. In Belfast hat Sinn Fein einen Sitz mehr als die SDLP, aber beide zusammen sind in der Minderheit. Die untereinander zerstrittenen Britannientreuen Unionisten bekamen zusammen 54% und 332 Sitze. Aber in vielen Gemeinden haben SDLP und Sinn Fein ge-



meinsam die Mehrheit und werden, trotz Zögerns der SDLP, zusammenarbeiten müssen. Die Unionisten wollen dort eine "gnadenlose Obstruktionspolitik" betreiben. Sie wollen in von ihnen beherrschten Räten Sinn Fein weder in Ausschüssen noch hauptamtlichen Posten dulden. — (hef)

Muster, wo immer dies möglich ist. Schon in den letzten Jahren waren die "roten Magistrate" in Neapel und Turin an Streitigkeiten zwischen PCI und PSI zerbrochen und durch Fünferkoalitionen abgelöst worden. Voraussichtlich wird die PCI demnächst nur noch in den traditionell "roten Regionen" Mittelitaliens Mehrheiten bilden können. Sie wäre damit auf eine Basis wie vor ihren großen Wahlerfolgen Mitte der 70er Jahre zurückgeworfen. Kein Wunder, daß die Wahlergebnisse an der Mailänder Börse einen Kursanstieg wie lange nicht mehr auslösten.

Was sind die Gründe für diese Niederlage? In der Diskussion, die in der Öffentlichkeit und in der PCI eingesetzt hat, werden vor allem drei genannt: Erstens haben katholische Kirche und Laienorganisationen massiv zugunsten der DC in den Wahlkampf eingegriffen. Vor allem

Südkorea: Aktionen gegen Militärs und US-Imperialisten

75 südkoreanische Studenten hielten mehrere Tage das US-Informationszentrum in Seoul besetzt, um des fünften Jahrestages der Niederschlagung des Aufstandes von Kwangju zu gedenken und die US-Unterstützung für den Militärdiktator Chun Doo Hwan anzuprangern. In Kwangju hatten sich 1980 Arbeiter und Studenten gegen die Diktatur erhoben und der Armee tagelang Widerstand geleistet. Aus Anlaß des Jahrestages fanden in den letzten Wochen zahlreiche Aktionen statt. — (wom)

PLO-Presseerklärung zu den Kämpfen in Beirut

„... Diejenigen in AMAL, die heute unsere Lager unter Kontrolle bringen wollen, waren nie und werden nie in der Lage sein, dies ohne syrische Billigung und Unterstützung zu tun. Die neuerlichen Massaker in Sabra, Shatila und Burj al-Barajneh stehen in der Verantwortung der syrischen Regierung. Seit 1976 sucht die syrische Regierung die Kontrolle über den Libanon und die PLO zu erzwingen. Und wir erinnern uns zu gut an das Massaker von Tell al Zaatar im August 1976, das unter Aufsicht syrischer Offiziere stattgefunden hat. Der syrische Präsident will heute die PLO schwächen und die Palästinenser im Libanon entwaffnen, um Hunderttausende von Palästinensern als Faustpfad gegen die PLO einzusetzen. Er will den USA beweisen, daß er den Libanon und die PLO in der Hand hält. Seit der israelischen Invasion in den Libanon werden täglich Palästinenser entführt, ermordet und verstümmelt. Wir sind gezwungen, uns zu bewaffnen und uns zu wehren, um unsere Lager, unser Volk und unser Leben zu schützen. Wir

appellieren heute ..., nicht an die arabischen Könige und Staatsoberhäupter. Das arabische Schweigen im Sommer 1982 haben wir nicht vergessen ... Wir werden uns zu wehren wissen.“ — (bar)

Polizeigesetz in Vorbereitung

In der Türkei wird ein Gesetz vorbereitet, mit dem die Polizeikompetenzen ausgeweitet werden. Wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, können Telefone allein auf Anweisung des Gouverneurs abgehört werden. Die normale Dauer der Polizeihaft kann

von 48 Stunden, bzw. 15 Tagen bei gemeinschaftlichen Taten, bei Bedarf auf das Doppelte heraufgesetzt werden. Beamte, die wegen Mißbrauchs der Waffe angeklagt sind, werden nicht in Untersuchungshaft genommen. Die Polizei darf sich Spitzel halten und sie bezahlen, ihre Identität muß z.B. bei Prozessen nicht preisgegeben werden. Die Polizei darf „bei Gefahr im Verzuge“ die Verdächtigen sofort festnehmen und darf in Vorfälle uniformiert oder in Zivil sofort eingreifen. Im Fall von Widerstand darf die Polizei von der Waffe Gebrauch machen. — (eve)



Zum zweiten Generalstreik seit dem Amtsantritt der Regierung Alfonsin im Oktober 1983 hatte der argentinische Gewerkschaftsbund CGT am 23.5. aufgerufen. Der Streikaufruf wurde im ganzen Land befolgt, in Buenos Aires demonstrierten 200000 Arbeiter gegen die Regierung. Der Streik richtete sich gegen die Ankündigung der Regierung, die Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) künftig zu befolgen, d.h. daß die gesetzliche Inflationsanpassung der Löhne niedriger als die Inflationsrate sein wird und die staatlichen Zahlungen für Sozialversicherungen gesenkt werden. Die CGT fordert, daß die Inflationsanpassung um einige Prozent höher als die Inflationsrate sein soll, um so einen Ausgleich für die Reallohnensenkungen unter der Militärdiktatur zu erreichen. Außerdem verlangt sie die Auszahlung der Weihnachtsgelder, die 80% der Kapitalisten verweigerten. Die Inflationsrate liegt zur Zeit bei 950%. Auf den Kundgebungen am 23.5. kündigten Gewerkschaftsfunktionäre weitere Kampfmaßnahmen an. Bild: Streik im Juni 1984 — „Alfonsin, kannst Du von 6000 Pesos (105,75 DM; d. Red.) leben?“ — (uld)

der Kardinalvikar von Rom rief unverhohlen zum Sturz des linken Magistrats auf und hat nach der Wahl prompt Ansprüche auf Mitgestaltung der künftigen Kommunalpolitik angemeldet.

Zweitens haben es die linken Magistrate oft nicht gut verstanden, notwendige Maßnahmen im Interesse der arbeitenden Leute durchzusetzen. So konnte z.B. in Rom ein buntes Programm von Kulturveranstaltungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Stadt in einem unbeschreiblichen Verkehrschaos geradezu erstickt.

Schließlich hat die Aussicht eines erneuten „sorpasso“, also eines Überholens der DC durch die Kommunisten, viele Wähler offenbar nicht gereizt, sondern verschreckt. Ein „sorpasso“ hätte nämlich mit Sicherheit zu einer Regierungskrise geführt. Bei der schroffen Ablehnung jeder Koalitionsbildung mit der

PCI durch die Sozialisten hätten die Kommunisten aber vermutlich auch keine stabile Mehrheit bilden können.

In dem außerordentlich gespannten Verhältnis zur PSI, ohne die eine „demokratische Alternative“, also eine kommunistisch geführte Regierung, undenkbar ist, sieht auch PCI-Sekretär Natta einen Hauptgrund für die Niederlage: „Der Widerspruch unserer Linie ... war, seitdem die PSI immer deutlicher ihre Linie geändert hat, ... daß die demokratische Alternative unmittelbar und im Sinne einer politischen Lösung keine Konsistenz und keine konkreten Möglichkeiten zu haben schien.“

In der Tat ist die PSI unter Craxi deutlich nach rechts gerückt. Sie versucht, sich ohne Rücksicht auf die sozialen Interessen der Lohnabhängigen als „entscheidungsfreudige“ Manager der Macht zu profilieren.

Ein drastisches Beispiel ist die Kürzung der tariflich vereinbarten Inflationszuschläge zum Lohn durch Dekret 1984. Die Basis der PSI hat sich dabei von den Arbeitern zu den alten und neuen Mittelklassen verschoben. Das Verhältnis von PCI und PSI berührt damit nicht nur die Einheit der Arbeiterbewegung, sondern auch das Bündnis mit den Mittelschichten. Die PCI hat mit ihren Vorschlägen zur Aktionseinheit die Sozialisten nicht ernstlich unter Druck setzen können. Natta: „Wir haben mehr politische Spannung, aber weniger Kämpfe, weniger Einbeziehung und Druck der Arbeiter- und Volksmassen gehabt.“ Craxi fühlt sich jetzt bestärkt — wenigstens bis zum 9. Juni, wenn das Referendum über die Lohnkürzungskrekte ansteht. Quellenhinweis: *l'Unità*, *Corriere della Sera*, *Il Giornale*, *La Stampa* — (ulg)

* Veröffentlichungen *

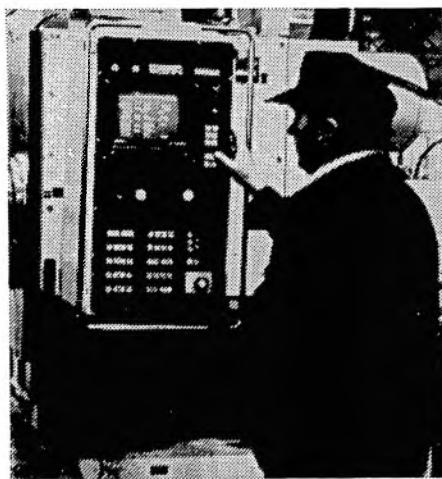
DGB-Bundesvorstand zur Steuerreform

Im Februar hat der DGB-Bundesvorstand eine ausführliche Stellungnahme zu den Steuerreformplänen der Bundesregierung veröffentlicht. Der DGB-Bundesvorstand geht von der These aus, daß die Steuerreform a) "dem Facharbeiter" nichts nütze, sondern eine weitere "Umverteilung von unten nach oben" sei, und daß sie b) keine Arbeitsplätze schaffe. Einen schlüssigen Beweis für diese Thesen bleibt er allerdings schuldig. Eine schlampige Darstellung im Detail macht es dem Leser schwer, einen exakten Zusammenhang zwischen der Höhe des jetzigen Bruttolohns und der zu erwartenden Steuerentlastung herzustellen. Abgesehen davon, daß oft nicht klar ist, ob ein Entlastungsbeitrag nun monatlich oder jährlich gemeint ist, ist der Hauptmangel des Papiers, daß die einzige ausführlichere Tabelle mit den Entlastungsbeträgen auf das "zu versteuernde Einkommen" bezogen ist, was je nach Steuerklasse und Familienzuständen recht unterschiedlichen Bruttoeinkommen entspricht. Auch das Material zum "Familienlastenausgleich" vermittelt dem Leser einen eher nur allgemeinen Eindruck, "reiche Eltern" würden begünstigt. Die enthaltene Tabelle ist in den Einkommensabstufungen viel zu grob (Arbeitsloser, 20-45 Tsd., 90 Tsd., 280 Tsd. DM Jahreseinkommen), um genau erkennen zu können, wen die Regierung nun fördern will. So bleibt an Nutzen des Materials allenfalls, daß es auch eine Zusammenstellung der Forderungen des DGB-Bundesvorstands enthält. (Wirtschaftspolitische Informationen, 12.2.85, DGB, Postfach 2601, 4000 Düsseldorf 1 - alk)

Empirisch gefunden: Rationalisierungsgewinner

Am Anfang ihrer Karriere stand die Polarisierungsthese, entwickelt vor nunmehr 15 Jahren von den Professoren Kern und Schumann aus Göttingen. In ihrer damaligen, für die Konzipierung der "Humanisierungsprogramme" nicht unbedeutenden Studie "Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein" sagen sie, daß durch Rationalisierungsprozesse eine größere Gruppe von Betroffenen eine Abqualifizierung erfahre und eine kleinere durch Aufgabenerweiterung profitiere. Mittlerweile sorgt eine Folgestudie für recht umfängliche Diskussion in Wissenschafts- und Gewerkschaftskreisen. Heutiges Fazit: Das Ende der Arbeitsteilung naht, zumindest in Branchen wie der Automobilindustrie, der Großchemie u.ä. Hier vollziehe sich ein grundlegender Wandel der Produktionskonzepte. Galt bisher die

lebendige Arbeit als Schranke der Produktion, die durch zunehmende Automatisierung zu überwinden sei, so erfordere jetzt die Kapitalverwertung selbst einen Umbruch in der Nutzung der Arbeitskraft: "Im ganzheitlicheren Aufgabenzuschnitt liegen keine Gefahren, sondern Chancen; Qualifikationen und fachliche Souveränität auch der Arbeiter sind Produktivkräfte, die es verstärkt zu nutzen gilt." Und für die Arbeiter wäre damit die "tayloristische Verknüpfung von höherem Leistungsanspruch einerseits und Dequalifizierung und Degradierung andererseits... außer Kraft gesetzt". Allerdings trete eine "Segmentierung" der Arbeiterbevölkerung ein. Es ent-



Nur 6% der An- und Ungelernten sehen "Möglichkeiten zum Mitreden bei der Arbeit".

stehen "Rationalisierungsgewinner", die vornehmlich von den Produktionsfacharbeitern und Instandsetzungsspezialisten gestellt werden. "Rationalisierungsdulder" sind in der Lage, durch soziale Absicherungsmechanismen (z.B. Abgruppierungsschutz) "mitzulaufen". Die Arbeiter in Krisenbranchen können im Kampf um Arbeit ein Kollektiv bilden. Und schließlich sind da die immer weniger in den Arbeitsprozeß einreihbaren Arbeitslosen.

Ein (nicht ganz unbekannter) Zirkel schließt sich: Das kapitalistische Management kann nur durch eine Lockerung der Arbeitsteilung größere Effizienz gewinnen; das erfordert die Wiedereinführung neuer "Produktionsintelligenz" bei den Arbeitern; deren Position wird gestärkt, ihre Interessen finden Berücksichtigung – alle haben was davon. Ein ganzer Rattenschwanz an Neuauflagen reformistischer Strategievorschläge wird diesem 360seitigem Empirieboden entspreien.

(Kern/Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung, München 1984, VSA-Verlag, 28 DM) – (gka)

DGB: "Umweltschutz und qualitatives Wachstum"

Der DGB fordert in dem jetzt als Broschüre veröffentlichten Programm von der Bundesregierung ein aus Steuern, Kapitalisten-Abgaben und Privatkapital zu finanzierendes Investitionsprogramm und führt dafür eine Mischung von chauvinistischen, ökologischen und an den Interessen der Arbeiter orientierten Begründungen an. Hauptziel des Programms sollen neue Arbeitsplätze sein. Die Umweltindustrie sei für Arbeitsbeschaffung und Vermehrung von Arbeitsplätzen besonders geeignet, weil der Markt weltweit sei und weltweit wachse, und außerdem seien durch die "Schädigung der Umwelt" "unsere Lebensgrundlagen" und die Gesundheit der Arbeiter bedroht. Der DGB wendet sich mit der Broschüre an Betriebs- und Personalaräte. Für deren Arbeit ist sie wenig nützlich. Die Schaubilder und Tabellen liefern zweifelhafte Informationen über internationale Luftverschmutzung, Wald- und Tiersterben. Die Broschüre enthält jedoch überhaupt kein Material über Krankheiten der Arbeiter und ihre Gefährdung durch Schadstoffe. (Umweltschutz und qualitatives Wachstum, DGB-Bundesvorstand, 4000 Düsseldorf 30, Hans-Böckler-Str. 39 – uld)

"Materialien zu Deutschlandfragen"

Mit diesem Titel veröffentlicht die "Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen" alle zwei Jahre eine Dokumentation zur Deutschlandpolitik. Der Band 1983/84 enthält zu folgenden Gesichtspunkten revanchistische Reden und Aufsätze: Deutschland als Ganzes – politische und rechtliche Aspekte; Menschenrechte und Selbstbestimmung; Ostdeutsche Kulturarbeit – heute und in der Zukunft. Die Reden von Weizsäcker, Kohl, Jenninger, Genscher, Strauß, Mertes, Hupka bestätigen, was Windelen so formuliert: "Die Bundesregierung hat die Überwindung der deutschen Teilung wieder zu einem realistischen Ziel ihrer Politik gemacht."

Die abgedruckten Reden sind im Vergleich zu denen aus dem Band von 1981/82 viel offener geworden. Dreh- und Angelpunkt aller Erörterungen ist die "Freiheit, als Kern der deutschen Frage". Die "Diktatur auf deutschem Boden" ist das "Friedensrisiko" in Europa. Um sie zu beseitigen, wird eine "Mitverantwortung des freien Europa" für die Entwicklung im "russischen Machtbereich" konstruiert. Leute wie Dr. O. Hennig, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, tun sich in Sachen Feindbildpropaganda besonders hervor. Revanchistische Professoren untermauern die Kriegsziele des BRD-Imperialismus mit Rechtsgut-

achten. Deren Kernaussage: "Deutschland als Ganzes muß wieder handlungsfähig gemacht werden." Zahlreiche Stellungnahmen der Kirchen sind zur "Teilung Deutschlands" abgedruckt. Die katholische Bischofskonferenz hält gegen polnische Proteste an ihrer "Vertriebenenseelsorge" fest. Anlässlich der Polenreise des Papstes und Meinungsverschiedenheiten mit der polnischen Kirche erklärte die Bischofskonferenz: "Jeder Mensch hat das Recht auf Seelsorge in seiner Muttersprache."

Die 280 Seiten sind eine beängstigende Lektüre. Auch lehrreich für Leute, die nicht recht glauben wollen, daß der Revanchismus Teil der Regierungspolitik geworden ist.

(Materialien zu Deutschlandfragen 1984/85, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, 19,80 DM – ana)

VVN-Broschüren über den Faschismus

Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hat vor einiger Zeit eine Broschürenreihe "Antifaschismus im Gespräch" herausgegeben. Die Broschüren enthalten jeweils eine kurze Einleitung, Auszüge aus Dokumenten, eine Literaturübersicht und ein Lied zum Thema. In den Einleitungen stellt die VVN-BdA jeweils ihre Positionen zu den aufgeworfenen Fragen dar. Sie wendet sich gegen in Schulbüchern oder der Öffentlichkeit verbreitete Vorurteile über den Faschismus. Heft V der Reihe ist dem Thema "Was geht uns das Grundgesetz an? Der antifaschistische Konsens 1945" gewidmet. Darin vertritt die VVN-BdA ihre These, die Verfassung sei antifaschistisch. Sie beurteilt KPD-Verbot, Notstandsgesetze usw. als Verletzungen und nicht als Konsequenzen der Verfassung.

Drei Hefte enthalten nützliche Dokumente: "War die Machtergreifung der Nazis zu verhindern" (Heft II), "Was bedeutet Faschismus, Argumente gegen die Hitler-Legenden" (Heft III) und "Konnte man wirklich nichts tun? – Der deutsche antifaschistische Widerstand (1933–1945)" (Heft IV). In Heft II wird mit Auszügen aus KPD- und SPD-Dokumenten die Auseinandersetzung um die Bildung einer Front gegen den Faschismus dargestellt. Heft III enthält wichtige Dokumente über Nazi-Propaganda, die NSdAP, das Wirken der Kapitalisten und die Lage der Arbeiter von 1933 bis 1945. Heft IV wendet sich gegen die Behauptung "Höchstens innerer Widerstand war möglich". Dokumentiert sind der Widerstand aus Arbeiterbewegung und Kirchen gegen den Faschismus und gegen den Krieg. Die drei Hefte können gut für Bildungsarbeit benutzt werden. (Bezugsadresse: Präsidium der VVN-BdA, Rossertstr. 4, 6000 Frankfurt/Main 1, Preis pro Heft: 1,00 DM – uld)

SPD-Programmdebatte

Rappe und Steinkühler legen ihre Position für die Wahlen 1987 fest

Der IG Chemie-Vorsitzende Rappe und der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler haben durch die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ein gemeinsames Positionspapier veröffentlichten lassen zu Fragen des "Wachstums, der Ökonomie, der Ökologie, der Arbeitsplätze und der Technologie". Beide sind Mitglied der Programmkommission der SPD. Das Positionspapier soll die Grundlage für den wirtschaftspolitischen Teil des neuen SPD-Programms bilden. Das neue oder revidierte Godesberger Programm der SPD soll nächstes Jahr beschlossen werden, rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen. Willy Brandt hat erklärt, die SPD könne diese Wahlen allein gewinnen. Die Gewerkschaftsführer Rappe und Steinkühler gelten innerhalb des DGB und der SPD als die großen Gegenspieler. Rappe sei ein Verfechter der Marktwirtschaft und Steinkühler ein radikaler Sozialist, heißt es in Kreisen weit über die SPD hinaus. Deshalb die besondere Aufmerksamkeit für dieses gemeinsame Werk, das wohl alle für die SPD negativen Mutmaßungen über den Verlauf der "Flügelkämpfe" in der Partei unterbinden helfen soll.

Aus dem Umstand heraus, daß uns das Papier bis heute leider erst in Auszügen vorliegt (das Büro "Programmdebatte der SPD" behauptet, es sei intern) und daß maßgebende Positionen in dem Papier zu den Bereichen "Wachstum, Umwelt, Markt und Lenkung" etc. in der öffentlichen Diskussion weithin bekannt sein dürften, wollen wir uns im wesentlichen mit den Positionen unter dem Stichwort "Arbeit" befassen.

Dazu die wesentlichen Aussagen aus dem Papier: "Arbeit ist die Lebensgrundlage für die große Mehrheit der Menschen. Einkommen begründet individuelle Unabhängigkeit und ist unverzichtbar für ein menschenwürdiges Leben. Ein erfülltes und befriedigendes Leben hängt zudem von der gesellschaftlichen Anerkennung einer beruflichen Tätigkeit ab. Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit kann deshalb auch dann nicht hingenommen werden, wenn die davon Betroffenen nicht in unmittelbarer Not leben müssen. Das Solidaritätspostulat schließt ein, daß die Gesellschaft Arbeit grundsätzlich für alle zur Verfügung stellt. Rein betriebswirtschaftliches Denken muß dahinter zurücktreten. Ein der Gesellschaft auferlegtes 'Solidaropfer' erscheint daher gerechtfertigt. Es kann verschiedene Formen wie Einkommensübertragungen, Lohnzuwachsverzichte oder Ausgleichsabgaben annehmen, sofern mit anderen Mitteln Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze nicht in der ausreichenden Zahl zu schaffen sind.

Das bedeutet: Das Recht auf Arbeit und Ausbildung hat für Sozialdemokraten – obwohl nicht gesetzlich verankert – den Rang eines Grundrechts. Die Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Technologiepolitik ist diesem Gedanken unterzuordnen ...

Neue Formen der Arbeitsorganisation, der Arbeitszeitverkürzung, der beruflichen Aus- und Weiterbildung, aber auch der Einkommens- und Vermögensumverteilung müssen unter diesem Aspekt diskussionswürdig sein ...

Ein anderer Weg der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist, aus öffentli-



Godesberger Programmparteitag der SPD: Befestigung reformistischer Programmpositionen

chen Haushalten Dienstleistungen und öffentliche Arbeiten verschiedener Art zu finanzieren, vornehmlich dort, wo man an das Selbsthilfe- und Selbstorganisationsvermögen der Bürger (z.B. Altenbetreuung) anknüpfen kann. Damit werden zugleich gesellschaftlich sinnvolle und befriedigende Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen..."

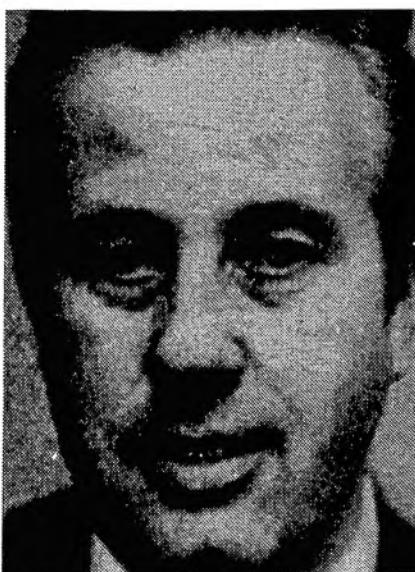
Gleichgültig, ob man der Meinung ist, durch diese Positionen komme zum Ausdruck, daß Steinkühler von Rappe untergebettet worden sei, oder ob man meint, es verhielte sich umgekehrt, die erforderlichen Positionen der Arbeit gegen das Eigentum stellen sie jedenfalls nicht dar. Das kann mit Fug und Recht behauptet werden. Das Godesberger Programm der SPD ist reformistisch und voller Hoffnung auf die Segnungen des Kapitalismus für die Lohnabhängigen, heute sagt man mancherorts wachstumsgläubig. Aber immerhin wurde davon ausgegangen, daß durch immer mehr Wachstum und durch immer mehr Mitbestimmung der Lohnabhängigen sie ihren Anteil am sogenannten Kuchen würden erwerben können. In dem Papier von Steinkühler und Rappe ist von einem Kuchen gleich gar keine Rede mehr. Es gibt nichts mehr zu erwerben, keine Lebensqualität und Lebensglück oder wie immer es man auch bezeichnen mag zu verbessern für diejenigen, die von dem Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Alles, was zur Verteilung gelangen soll, ist schlicht Arbeit oder auch Arbeitsplätze. Das ist für die Arbeiterbewegung keine sehr fortschrittliche Perspektive. Immerhin soll das Programm über die Jahrhundertwende hinaus Gültigkeit haben. Aber Befriedigung für die Lohnabhängigen stellt sich zudem her über die gesellschaftliche Anerkennung der beruflichen Tätigkeit, schreiben Steinkühler und Rappe. Wie wahr. Nur, wie sieht es aus mit der Anerkennung der schlechtbezahlten, ungelernten Arbeitskräfte, insbesondere der Frauen und Ausländer, und wie wird es zukünftig aussehen mit den Flexi-Kräften, den "nur mit Zeitvertrag" Beschäftigten, eventuell noch den unter Tarif beschäftigten Arbeitern? Wir finden kein Wort der Verteidigung, kein Wort der Schutzrechte in dem Papier Rappe/Steinkühler. Was wir finden, ist, daß dem Gedanken der Verteilung der Arbeit alles unterzuordnen sei, auch das Einkommen. Dies ist insofern nicht neu, als daß dieser Gedanke der wesentliche war, den die SPD in die 35-Stunden-Kampagne der Gewerkschaften "eingebbracht" hat. Hier in diesem Papier finden wir selbiges wieder. Hier heißt es dann "Lohnzuwachsverzichte" und "Solidaropfer".

Wie mit Lohn und Gehalt, so sehen Rappe und Steinkühler es auch mit den Fragen der Arbeitsorganisation und

der Arbeitszeit. "Neue Formen" müssen unter dem Aspekt des Grundrechts auf Arbeit diskussionswürdig sein. Und wenn das alles noch nicht reicht, gibt es noch die Möglichkeit der Bezahlung von Tätigkeiten durch den Staat, bei denen man an das Selbsthilfevermögen der Familien der Lohnabhängigen anknüpfen kann. Das Stichwort heißt hier "Altenbetreuung".

Jeder am Fortschritt der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung Interessierte weiß um die Notwendigkeit der Verteidigung gegen die vielfältigen von CDU/CSU und FDP initiierten Gesetzesmaßnahmen. Es ist ersichtlich, daß die Haltepunkte gegen die Angriffe der Reaktion gegenwärtig noch nicht klar sind. Zumal sich im Zusammenhang mit der neuen Technologie in den Betrieben die Zusammensetzung der Belegschaft deutlich verändert. Die Differenzierung des Arbeiterkörpers nach der einen

Marktwirtschaft zu entwickeln, ohne auf Arbeiterinteressen Rücksicht zu nehmen. Vielmehr wird deutlich, daß eher Rücksicht auf das grün-alternative Publikum genommen werden soll und man der grünen Partei in Hinblick auf Ökologie den Schneid abkaufen will. Beispielhaft für dieses Unterfangen ist etwa die Passage: "Quantitatives Wachstum – ausgedrückt in den Zuwachsraten des Sozialprodukts – ist allein keine hinreichende Bedingung, um eine solidarische Gesellschaft freier Bürger zu erreichen. Das Angebot immer größerer Gütermengen und Marktdienstleistungen schafft von einem bestimmten Versorgungsgrad der Bevölkerung an mehr Probleme, als es löst." Oder in dem Passus zur Umwelt, wo versucht wird, sowohl das grün-alternative Publikum zu gewinnen, als auch den Kapitalisten für deren Technologie Förderung anzubieten. Dazu heißt es: "Die Umwelt ist kein freies Gut, das kostenlos und in beliebiger



Rappe (links) und Steinkühler (rechts) wollen grün-alternative Wirtschaftskritik für die Förderung der Marktwirtschaft nutzen.

Seite hin zu Flexi-Kräften und kurzfristig Beschäftigten, auf der anderen Seite hin zu technischen Angestellten, teils hochschulmäßig vorgebildet, sowie die Differenzierung des Facharbeiters in einfache Facharbeiter und mehrfach qualifizierte Produktionsfacharbeiter macht die Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen nicht eben leichter. Gerade deshalb ist es bedeutsam, wenn zwei namhafte Gewerkschaftsführer für die SPD ein Programm vorschlagen, das in seinem wirtschaftspolitischen Teil auf ein staatlich diktiertes Arbeitsverteilungsprogramm hinausläuft und tatsächlich keinerlei Anhaltspunkte für eine Verteidigungsstellung gegen die Reaktion liefert.

Dementsprechend zeigen auch die anderen Teile des Positionspapiers Steinkühler/Rappe die Absicht der SPD, in Konkurrenz zur CDU das bessere Programm zur Förderung der

Menge verfügbar wäre. Die Erhaltung und Schonung der Umwelt ist andererseits auch kein oberstes Ziel, hinter dem alle wirtschaftlichen und sozialen Überlegungen 'per se' zurücktreten haben ... Technologie und Industrieprodukte belasten die Umwelt nicht zwangsläufig. Sie liefern auch die Mittel, um Umweltprobleme zu bewältigen..."

Solange es nicht gelingt, SPD und Grüne zur Aufnahme grundlegender gewerkschaftlicher Positionen zu bewegen, bleiben die Aussichten zur Verteidigung gegen Gesetzeswerke und Maßnahmen CDU-geführter Regierungen auf Bundes- und Landesebene trübe.

Quellenhinweis: Frankfurter Allg. Zeitung 19.4.85 und 9.5.85, Handelsblatt 17.5.85, Deutsche Volkszeitung 17.5.85, Neue Gesellschaft Nr. 3/85, Gespräch mit I. Hauchler, H. Kern, H. Rappe und M. Schumann – (btr)

Nationale Befreiungsfront Kurdistan (ERNK) gegründet

Duisburg. Am Samstag, den 18.5., fand in Duisburg eine Demonstration statt, zu der die Kommunistische Partei Kurdistan (PKK) aufgerufen hatte. Der Anlaß zu dieser Demonstration war die Gründung einer "Nationalen Befreiungsfront Kurdistan" (ERNK). Etwa 1500 Menschen sind dem Aufruf gefolgt. Auf großen Transparenten begrüßten die Kurden diesen Schritt zur Vereinheitlichung ihrer Kampfkraft gegen das türkische Kolonialregime. Sie begingen diesen Tag in festlicher Kleidung, die Frauen trugen ihre Landestrachten. Viele Transparente klagten die Todesurteile an, die die türkischen Faschisten gegen acht PKK-Kader verhängt haben. Mit diesen Todesurteilen antwortet das faschistische Regime in der Türkei auf grausame Weise auf das Erstarken des Befreiungskampfes der Kurden in der östlichen Türkei. Dort, in den Gebirgszügen des Sason-Daglari-Gebirges, sind befreite Gebiete, in denen die türkischen Militärs aufgeben mußten, mit einfacher Infanterie dem Befreiungskampf entgegenzutreten. Hier setzt das Militär nur noch die Luftwaffe zu vereinzelten Bombardements ein. — (kab)

Veranstaltung "Hände weg vom Asyl"

München. Unter diesem Thema fand am 14. Mai 1985 eine Veranstaltung mit ca. 600 Teilnehmern statt. Aufgerufen hatten die Initiative Bayerischer Strafverteidiger, Republikanischer Anwaltsverein, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Humanistische Union, Amnesty, Rechtshilfesonds für Ausländer, ESG, Komitee Cap Anamour, Terre des Hommes, GEW und Ausländerforum München. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der es heißt: "Im Bewußtsein unserer historischen Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus rufen wir dazu auf, sich den Angriffen auf Asylrecht und Menschenwürde zu widersetzen. Die Ämter und Behörden der Bundesrepublik, insbesondere des Freistaates Bayern, und die Stadt München werden aufgefordert, bestehende Gesetze unter strikter Beachtung der Menschenwürde und des Grundrechts auf Asyl zu vollziehen sowie jegliche diskriminierende, kleinliche oder schikanöse Behandlung von Asylbewerbern zu unterlassen." Die Medizinjournalistin Renate Jäckle (Referentin) appellierte an Gewerkschaften und Friedensbewegung: "Wenn es uns nicht gelingt, den Zusammenhang zwischen Kriegsvorbereitung, Sozialabbau, Ausländerfeindlichkeit und dem Angriff aufs Asyl klarzumachen, sehe ich schwarz für die Entwicklung in diesem Land." — (dil)



Kiel. 400 demonstrierten in Kiel am 18.5.85 gegen die Schau "Unser Heer", 200 anschließend auf dem Ausstellungsplatz. Transparente: "Verweigert alle Kriegsdienste" (ESG/Friedensgruppen), "BRD raus aus der NATO!" (Jugendwerk der AWO/ Arbeitskreis gegen Krieg), "Anerkennung aller Grenzen" (Volksfront), "Annulierung des Wiedervereinigungsgebotes" (BWK). — (ped)

Aktion gegen Schlageter-Feier

Lörrach. VVN, Antifa-Komitee Lörrach und Gewerkschafter (nicht, wie in Pol. Ber. 10/85 irrtümlich, die IGM-Ortsverwaltung) organisierten am 26.5. in Schönaeu einen Stand gegen die geplante Schlageter-Gedenkfeier des "Deutschen Schutzbundes". Es war zwar nicht herauszubekommen, wo die Faschisten ihre Feier abhalten wollen; in Schönaeu tauchten sie jedenfalls nicht auf. Ca. 100 beteiligten sich an dem Stand. Etliche Organisationen, unter anderem die Ortsverwaltung IG Metall Lörrach, fordern das Verbot des Schutzbundes. An dem Schlageter-Grabmal in Schönaeu war zuvor die Inschrift herausgemeißelt worden. In Freiburg wurde auf einem Vorbereitungstreffen beschlossen, zu der Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen eine Veranstaltung durchzuführen. Auf eine Anfrage der Grünen, ob der "Deutsche Schutzbund" unter das NS-Verbot aufgrund der Kontrollratsgesetze falle, antwortete die Landesregierung mit Nein — ohne nähere Begründung. — (ulb)

Bundeskongreß der katholischen Studentenkartells

Regensburg. Auf seiner 84. Vertreterversammlung bekräftigte der "Kartellverband der katholischen deutschen Studentenvereine" (KV) seine positive Stellung zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes und zur Elitebildung. Der Kongreß stand unter dem Motto: "Darf der Mensch alles, was er kann? — Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaft heute." In der Rede zu diesem Thema sprach sich der Festredner gegen die Abtreibung aus, denn hier dürfe der Mensch nicht, was er kann. Anders scheint dies bei der Kernbewaffnung zu sein, hier wollte er sich nicht dazu äußern. Zu dieser Vertreterversammlung waren

180 Burschen im Vollwuchs zum Festkommers erschienen, außerdem noch 450 Gäste; begrüßt wurde besonders die CSU-Ehrenriege: Gustl Lang, Alfons Goppel, Benno Zierer. Von Anfang an gab es Protest gegen diesen reaktionären Haufen, bei dem es am letzten Tag zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung kam. — (dax)

Volksfront-Broschüre gegen Schlesiertreffen

Hannover. Gegen das Revanchistentreffen der schlesischen Landsmannschaft in Hannover am 15./16. Juni hat sich eine breite Aktionseinheit gebildet, die sich gegen Revanchismus und Nationalismus wendet. Aus diesem Anlaß hat der Landesvorstand Niedersachsen der Volksfront eine Broschüre erstellt: "Die Ordnung von Jalta beendet die jahrhundertealte koloniale Unterdrückung Schlesiens. Das muß so bleiben!" Die Broschüre wendet sich gegen Auffassungen, daß die Umsiedlungsaktion aufgrund des Potsdamer Abkommens eine Unrechtstat gewesen sei und daß die umgesiedelten Deutschen ebenso unschuldig gewesen wären. Über die Umsiedelten heißt es: "Viele waren direkt in die faschistischen Verbrennen an den Völkern des Ostens verstrickt ... aber das war .. nur eine Minderheit. Jedoch: Die 'deutschen Ostgebiete' waren Kolonien ... und der armseeligste deutsche Bauer dort war Nutznießer an der jahrhundertealten kolonialen Unterdrückung und Teilhaber am Landraub an den slawischen Völkern." Anhand der frühmittelalterlichen Germanisierung Schlesiens wird mit Hilfe von Quellen belegt, daß es sich dabei nicht um ein friedliches Einsickern in unbewohnte und unkultivierte Gebiete handelte, sondern um gewaltsmäßen Raub eines entwickelten und reichen Landes, und daß Hitlers Ostpolitik daran nahtlos ansetzen konnte. — (kar)

Asylpolitik**Bayerische Staatsregierung verschärft Asylrecht**

München. Das "Gesetz zur Eindämmung des Asylmißbrauchs", das Anfang des Jahres von Bayern und Baden-Württemberg im Bundesrat eingebracht worden ist, wird in Bayern zum Teil schon praktiziert: Im Februar beschloß die Bayerische Staatsregierung ein generelles Arbeitsverbot für Asylbewerber. Ende März führte der Landtag auf Antrag der CSU-Fraktion eine "aktuelle Stunde" zum Thema "Aktuelle Probleme des Asylbewerberzustroms" durch, die Regierung und CSU-Fraktion zur Hetze gegen Asylbewerber nutzten. Der Abgeordnete Werkstetter (CSU): Er hätte von den Asylbewerbern in Zirndorf den Eindruck, daß es "ganz einfach auswanderungslustige Abenteurer sind". Niedermayer (CSU): Diese Leute sind aber nicht in Not. Sie kom-

die Bundesrepublik – verteilt werden, sondern etwas gleichmäßiger auf alle westeuropäischen Staaten." Staatsminister Hillermeier bestritt die Darstellung der SPD-Abgeordneten König, die das Verhältnis von anerkannten Flüchtlingen zur Gesamtbevölkerung für die BRD mit 0,15%, für Österreich mit 0,35% und für die Schweiz mit 0,75% angegeben hatte. Diese Länder würden eben die Familienangehörigen mitrechnen. Schließlich müsse man bedenken, daß die BRI ja sogenannte "Kontingentflüchtlinge" aufnehme und auch Ostblockflüchtlinge, die keinen Asylantrag brauchen.

Mehrere Abgeordnete machten sich für eine "Regionalisierung" des Flüchtlingsproblems stark. Darunter wird verstanden, daß die Flüchtlinge

Die SPD-Abgeordneten kritisierten den Gesetzentwurf Bayerns als Angriff auf das Grundrecht auf Asyl. Sie führten Zahlen über den Rückgang der Asylbewerber nach den bisherigen Gesetzesverschärfungen an. Aber es sprachen sich auch welche gegen "Mißbrauch" des Asylrechts aus. Was nützt aber das Pochen auf ein Grundrecht, bei dem die Regierung definiert und Gerichte und Polizei entscheiden, wer politisch Verfolgter ist und wer es "mißbraucht". – Auch mußte sich die SPD-Fraktion sagen lassen, daß sie hier im Landtag zwar das Maul aufreiße, aber ihre Stadträte vor Ort dasselbe "Gschora" vollführen würden, um ein Sammellager von dem Ort fernzuhalten. Was z.B. in Neutraubling vorgekommen ist, wo der Gemeinderat einhellig gegen Aufnahme von Asylanten war.

Eine Aktionseinheit von elf Organisationen führte am 14.5. 1985 in München eine Großveranstaltung mit mehreren Hundert Teilnehmern durch. Diese wandten sich in einer Schlußresolution gegen einen "Frontalangriff auf dieses Grundrecht" und forderten Abschaffung der Asylantellager und des Arbeitsverbots, Erweiterung der Freizügigkeit sowie eine Verkürzung der Verfahrensdauer. Der Gesetzentwurf von Bayern und Baden-Württemberg wurde als "verfassungs- und völkerrechtswidrig" kritisiert. Das Bundesverfassungsgericht wäre da sicher anderer Meinung. – (rew)



Streikende Asylbewerber vor dem Lager Neuburg/Donau

men gut und sportlich gekleidet mit dem Fernsehgerät in der Hand an." Der Abgeordnete Hödl (CSU) fand es ein Gebot der Menschlichkeit, die Welt darüber aufzuklären, "daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor kein Einwanderungsland ist, auch kein Vielvölkerstaat werden möchte". – Absicht dieser und ähnlicher Ausführungen ist die Schaffung einer öffentlichen Meinung für die geplante Verschärfung der Asylgesetze, für die vollständige Auslieferung der Asylbewerber an die staatliche Willkür der BRD-Imperialisten.

Gefordert wurde die "Harmonisierung" des Asylrechts "auf europäischer Ebene". MdL Häußler (CSU): "Eine Quotenregelung wäre anzustreben, so daß die Asylbewerber nicht auf wenige europäische Staaten – wie etwa Großbritannien, Frankreich und

in benachbarten Ländern unterkommen und dann die imperialistischen Länder sich in den betroffenen Aufnahmeländern um so besser als "Entwicklungsshelfer" einmischen können. Dr. Bechstein (CSU): "Es ist deshalb ganz hervorragend, daß die Staatsregierung mit anderen Regierungen zusammen im Bundesrat auf dieses Problem hinweist und versucht, daß die Bundesregierung im Konzert der internationalen Mächte eine Regionalisierung herbeiführt, wobei man ja auch sehen muß, daß die Versorgung eines politisch Verfolgten in seiner Region in der Regel mit einem Bruchteil der Kosten, die bei uns anfallen, möglich wäre. Sie ist andererseits auch menschlicher ... Hier muß mit Sicherheit auch internationale Hilfe eingreifen, um die Aufnahmestaaten zu unterstützen."

Gefängniswesen**Absichtsvolle Überbelegung der Gefängnisse**

Hannover. Folgende Fakten sind der Strafverfolgungsstatistik 1983 des niedersächsischen Justizministeriums und der im April 1985 erfolgten Landtagsdebatte über die Überbelegung niedersächsischer Gefängnisse zu entnehmen: Die Zahl der Haftplätze stieg von 1977 auf 1983 um ca. 15% (5112 auf 5888), die durchschnittliche Gefangenenzahl aber um ca. 21% im selben Zeitraum (5033 auf 6095). Dabei hat sich allein der Anteil von inhaftierten Ausländern vervierfacht. Die Zahl der Verurteilungen blieb von 1976 bis 1981 in etwa konstant (zwischen 10995 und 10039), um dann ab 1982 auf 12452 hochzuschnellen.

Die drastische Steigerung der Verurteilungen im Jahre 1982 – im Vergleich zum gesamten Zeitraum davor – erfolgte im wesentlichen über die enorme Zunahme der Urteile über genau sechs Monate Gefängnis bzw. darunter sowie über genau 24 Monate und darüber. Die Entwicklung bei den Haftstrafen ohne Bewährung führte im selben Jahr 1982 zu einer Überbelegung der niedersächsischen Gefängnisse um 257 Gefangene. Und im

Februar 1983 waren es bereits 376 über der amtlichen "durchschnittlichen Belegungsfähigkeit" = 5639 Plätze (Sept. 1982).

Das niedersächsische Justizministerium hatte 1976 "die Kubikmeterzahl des notwendigen Luftraumes bei der Einzelunterbringung in einem Haftraum" (Tag- und Nachtaufenthalt) auf 22 cbm festgelegt. Dies entspricht einer Raumhöhe von 2,75 m bzw. einer Bodenfläche von 8 qm und wird in der diesbezüglichen Fachliteratur als "gerade ausreichend" bzw. "Grenze des Vertretbaren" bezeichnet.

Um die ab 1982 systematisch betriebene Ausweitung der Verurteilungen bzw. Inhaftierungen gegenüber dieser internen "Grenze" abzusichern, wurde die längerfristige Überfüllung der Gefängnisse (z.B. durch "gemeinsame Unterbringung von mehr als acht Personen") sanktioniert: sechs Häftlinge in einer Zelle von höchstens 15 qm sind daher keine Ausnahme, sondern Absicht.

Diese atemberaubende Rechtspolitik ist nicht nur auf die Verbreitung regelrechter Todesängste unter "potentiellen Rechtsbrechern" aus. Vielmehr zielt sie tatsächlich auf indirekte Vernichtung durch Selbstmorde sowie auf Fronarbeit derer, die die Justiz nicht sofort einlochen kann: Sie müssen ihre Freiheitsstrafe in "gemeinnützigen Anstalten" abarbeiten. (Erlaß v. 11.3.83) — (bef)

Schlesiertreffen/NPD

Keine Gemeinsamkeiten?

Hannover. Der von der Friedensversammlung Hannover unterzeichnete Aufruf "Schlesien bleibt polnisch" — Gegen Revanchismus und Kriegsvorbereitungen — wurde von den Kräften der Antifa und Autonomen nicht unterzeichnet. Ebenfalls nicht die geplanten Aktionen am 14.6. gegen den Empfang der "Vertriebenen"-Funktionäre durch die Landesregierung und die Demonstration durch die hannoversche Innenstadt am 15.6.

Erst die nach den geplanten Aktionen bekanntgewordene Tatsache, daß zum gleichen Termin die NPD ihr Deutschlandtreffen in Stadthagen abhalten will, hat die Antifa und Autonomen auf den Plan gerufen. Und ebenso die Ankündigung der NPD, auf dem Schlesiertreffen mit mindestens 500 Mitgliedern zur Eröffnung anzureisen, um mit ihrer Zeitung "Die Deutsche Stimme" für ein "Deutschland bis an die Memel" die Ziele der "Vertriebenen" unterstützen zu wollen.

Mit einem Flugblattentwurf "Verhindert die NPD-Provokationen! Keinen Fußbreit den Faschisten!" rufen

sie zu Aktionen gegen die NPD sowohl auf dem Schlesiertreffen als auch für Stadthagen — wo bereits für den 15.6. u.a. von DGB, SPD, GRÜNEN, VVN, Schülervertretungen, Antifaschistischer Arbeitskreis gegen Neofaschismus Aktionen geplant sind — auf. Sie greifen in ihrem Entwurf Gebietsansprüche gegenüber "... der DDR, Österreich, der Sowjetunion und Polen" an und schlußfolgern, "dies trifft sich wiederum hervorragend mit den Vorstellungen der Schlesierverbände und ihrem Motto". Und dann scheinbar gleichgewichtig: "... unser antifaschistischer Widerstand richtet sich sowohl gegen die revanchistischen Forderungen der Schlesier als auch gegen das Auftreten der faschistischen NPD, die unter den Schlesiern eine Basis für ihre offen rechtsradikale Politik sucht." Sie fordern, "Schlesien bleibt polnisch", um dann aufzurufen: "Stört die NPD-Propaganda beim Schlesiertreffen."

Dem wurde entgegengehalten, daß damit eine Trennung von Schlesierverbänden und NPD gezogen wird, obwohl beide offen für Nationalismus und Revanchismus und damit kriegsgetzerische Ziele eintreten. Denn das Motto der Schlesier "40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem freien Europa" und die Losung der NPD "Ungeteiltes Deutschland im ungeteilten Europa" sowie die Tatsache, daß sich die Schlesierverbände nicht gegen das Auftreten der NPD verwahrt haben, belegen dies eindeutig.

Dem aufgezeigten Zusammenhang wurde als Rechtfertigung für schwerpunktmaßige Aktionen gegen die NPD entgegengehalten, schließlich hätte es das "Schicksal der Vertreibung" geben und die NPD sei durch ihr offensiveres Auftreten die gefährlichere Kraft.

Die Auseinandersetzungen waren nützlich, da die Aktion am 14.6. jetzt gemeinsam getragen wird. Ob dies für den 15.6. möglich ist, ist noch nicht von allen Kräften entschieden. Die Autonomen haben ihre Beteiligung am 15.6. beschlossen. — (bee)

Ostpreußen

"Deutschlandtreffen" der Landsmannschaft Ostpreußen

Düsseldorf. Am 26. und 27. Mai fand das "Deutschlandtreffen" der "Landsmannschaft Ostpreußen" in Düsseldorf statt. Bundesinnenminister Zimmermann war als Hauptredner angekündigt.

Im Chor der Revanchisten zeichnet sich die "LM Ostpreußen" durch ihre Geschlossenheit aus. Ihr ist es als einziger Landsmannschaft gelungen, die Beziehungen zur CDU/FDP-Regierung so eng zu knüpfen, daß ihr Vorsit-

zender Ottfried Hennig parlamentarischer Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium wurde.

Hennig übt sein Amt aus in dem Gefühl der "besonderen Verpflichtung, (sich) für ganz Deutschland in seinen rechtmäßigen Grenzen einzusetzen". "... Mir ist kein Rechtsakt bekannt, durch den meine Heimat Ostpreußen zu sowjetischem bzw. polnischem Territorium geworden sein sollte" (Deutscher Ostdienst 31.3.83). Also nicht die Revision der Grenzen ist angesagt, sondern "wir" brauchen nur hinzugehen, es ist ja "rechtmäßig" deutsch.

Daß es bei dem Treffen in Düsseldorf nicht um den Austausch von Ge-



Plakataufruf der Landsmannschaft

schichten aus der alten Heimat geht, zeigt deutlich die Erklärung der Bundesgruppe Ostpreußen in der "Deutschen Jugend des Ostens" (DJO): "Durch ihr geschlossenes Auftreten ... wird die DJO ... beweisen, daß sich nicht nur die Generation, die das ganze Deutschland aus eigenem Erleben kennt, der Gesamtdeutschen Verpflichtung stellt." (Das Ostpreußenblatt 2.3.85)

Dies zu fördern, versprach Innenminister Zimmermann für die Bundesregierung durch Betonung von vier Schwerpunkten: 1. solle die kulturelle Breitenarbeit der Verbände gestärkt werden; 2. sollten mehr ostdeutsche Landesmuseen geschaffen werden; 3. sollen "Forschung und Lehre an den deutschen Hochschulen ... sich verstärkt auch der ostdeutschen Landesforschung zuwenden" und 4. sollen die Leistungen der Ostdeutschen in der Geschichte umfassender dargestellt werden.

Die Taktik, die Zimmermann festlegte, um die verlorenen Ostgebiete wieder heim ins Reich zu holen, ist: Polen aus dem Warschauer Pakt herausbrechen, um dann, "wenn der friedliche Wandel es ihnen (den Polen) erlaubt, frei und souverän nach dauerhaften Lösungen in guter Nachbarschaft zu suchen ... Ich habe den Wunsch, daß dies die Polen verstehen werden." — (kab)

Samstagsarbeit bei Bosch

Der Pflichtsamstag für Dreischichter ist endlich untersagt worden!

Stuttgart. Am 2. Mai 1985 entschied die betriebliche Einigungsstelle bei Bosch in Feuerbach mit der Stimme des Vorsitzenden Wolfgang Albrecht, Direktor des Arbeitsgerichtes Mannheim, daß Dreischichter künftig samstags nicht mehr arbeiten müssen. Die Bosch-Kapitalisten legten dagegen sofort Einspruch beim Arbeitsgericht ein.

Solange es Dreischicht bei Bosch in Feuerbach gibt, mußten die Dreischichter samstags in der Frühschichtwoche kommen und die tägliche halbstündige Pause hereinarbeiten. Obwohl sich die Metall-Kapitalisten im Manteltarifvertrag von 1973 im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden verpflichteten, im Dreis-

1. Der zunehmende Einsatz neuer Technologie erforderte für die Bosch-Kapitalisten den Maschineneinsatz rund um die Uhr, um den Konkurrenzvorsprung in Maximalprofit umzumünzen.

2. Die Steigerung der Intensität der Arbeit erforderte eine Verkürzung der individuellen Arbeitszeit, also von vorher Zehn-Stunden-Schichten von 6 bis 17 Uhr und 18 bis 5 Uhr im Zweischichtbetrieb auf nunmehr acht Stunden im Dreischichtbetrieb.

Der Betriebsrat stimmte der Schichtumstellung zu, weil er durch Aufbau von dritten Schichtbelegschaften am ehesten gewährleistet sah, daß der Beschäftigtenabbau gebremst wurde und der hohe Über-

zung 1984 Bosch den Samstag weiterhin als regulären Arbeitstag für Dreischichter festzuschreiben wollte, wurde die Nacht- und Samstagsarbeit zum Fall Bosch. Zunächst vereinbarten Betriebsrat und Firmenleitung, daß die Arbeitszeitverkürzung von 1,5 Stunden wöchentlich mit der halbstündigen Pause mehr als abgegolten sei. Gleichzeitig ging die IG Metall vor die Schiedsstelle im Tarifgebiet, um die Anrechnung zu verhindern. Nach der Bosch-Rechnung hätten Dreischichter wöchentlich nur 37,5 Stunden Arbeitszeit ausgewiesen und mußten alle sechs Wochen samstags kommen. Freischichten hätten sie keine gehabt. Die ständige Schiedsstelle für die Metallindustrie entschied am 18.3. für die Argumente der IG Metall. Damit war die Bosch-Vereinbarung hinfällig. Einen Tag später kündigte ein Mitglied der Bosch-Geschäftsführung auf der Betriebsversammlung an, daß Bosch weiterhin die Samstagsarbeit im Dreischichtbetrieb fordere. Das Firmenangebot lautete, dafür in der Woche eine Freischicht zu nehmen. Also Fünf-Tage-Woche an sechs Werktagen. Juristisch begründete Bosch seinen Antrag mit dem Manteltarifvertrag § 7.6., wo festgeschrieben ist, daß "aus Anlaß der Neufestsetzung der Arbeitszeit die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen nicht vermindert wird". Dieses Vorgehen erlitt Schiffbruch. Der Vorsitzende der betrieblichen Einigungsstelle, ebenfalls Wolfgang Albrecht, stellte dazu am 2. Mai fest: "Die Dreischichter haben sowohl aus gesundheitlicher als auch sozialer Sicht Nachteile hinzunehmen, welche durch einen zum Ausgleich gewährten freien Tag während der Woche nicht annähernd gutgemacht werden dürfen."

Mit dem Einigungsspruch hat jedoch die Samstagsarbeit für Dreischichter kein Ende gefunden: Jetzt gilt Samstagsarbeit als Überzeit, und es gibt mehrere, die samstags "freiwillig" kommen. Im Kunststoffwerk Waiblingen bei Stuttgart haben die Bosch-Kapitalisten einen entgegengesetzten Einigungsspruch erreicht: Hier müssen Dreischichter samstags kommen. Über die Zielsetzung der IG Metall für 1986 hat sich der Vorsitzende Hans Mayr wie folgt geäußert: "Am Wochenende darf auch in Zukunft nicht gearbeitet werden." (1) Allerdings schlägt Mayr vor, "die Verteilung der Arbeitszeit jeder einzelnen Firma in Abstimmung mit ihrer Belegschaft zu überlassen". (1) Wohin solche betrieblichen Regelungen führen können, haben die betrieblichen Vereinbarungen zur Samstagsarbeit im Bosch-Werk Feuerbach gezeigt.

Quellenhinweis: (1) Presse- und Funk-Nachrichten der IG Metall vom 15.5. 1985 — (ros)



Der Bosch-Konzern wurde zum Vorreiter der Metall-Kapitalisten, um den Samstag zum regulären Arbeitstag zu machen. Bild: IGM-Nachrichten.

schichtbetrieb die halbstündige Pause mit dem Durchschnittsverdienst zu bezahlen, war das für die Bosch-Firmenleitung kein Grund, die Pause als "Arbeitszeit" anzuerkennen. Betriebsrat und Firmenleitung schlossen gegen den Protest der IG-Metall-Bezirksleitung eine Vereinbarung, daß Dreischichter in der Frühschichtwoche weiterhin samstags arbeiten und diese Samstagsarbeit zusätzlich entlohnt wird.

Die Anzahl der Dreischichter war im Bosch-Werk Feuerbach in den siebziger Jahren noch gering. Heute arbeiten von 6500 Arbeitern ca. 1000 im Dreischichtbetrieb, vor allem in der Produktion. Die Geschäftsleitung betrieb die Zunahme des Dreischichtbetriebes auf Grundlage der technischen Veränderungen, die zu Veränderungen der Schichtarbeitszeiten führten:

stundenanteil von zehn bis 16 Prozent auf vier bis sechs Prozent zurückging.

Der Anteil der regulären Samstagsarbeit stieg durch den Dreischichtbetrieb kontinuierlich an. Daneben gab es weiterhin ab und zu für rund 500 Arbeiterinnen und Arbeiter die Sonderarbeiten am Samstag, die schon immer ein beliebtes Mittel der Firmenleitung waren, Auftragsspitzen abzufangen. Der Widerstand wuchs an, als die Bosch-Kapitalisten die Werke mit EDV durch rationalisierten und die Lagerhaltung minimierten. Die Produktionsplanungen wurden so angelegt, daß auf kurzfristige Kundenabrüche sofort reagiert wurde, die Produktionshektik wurde üblich.

Das kampagnenmäßige Produzieren feiert seitdem Triumph.

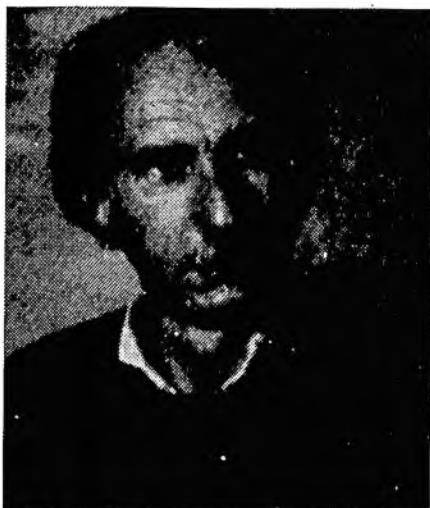
Als in der Zeit nach Abschluß des Tarifvertrages zur Arbeitszeitverkür-

Öffentlicher Dienst Säuberungswelle im Lehrpersonal

Freiburg. Das baden-württembergische Kultusministerium versucht derzeit, durch eine politische Säuberungswelle unter dem Lehrkörper eine Lage an Schulen und Universitäten zu schaffen, die auf Duldung und Unterstützung seiner Revanchismuskampagne, d.h. der Durchsetzung völkerrechtswidriger Unterrichtsziele, und auf Verhinderung jeglicher Kritik daran abzielt. Mit der endgültigen Entlassung des Ulmer Lehrers P. Langer am 30.9.83 durch den Tübinger Oberschulamtspräsidenten Mäck erlitt die Bewegung gegen die politische Entrichtung im öffentlichen Dienst bereits eine Niederlage. Langer arbeitete in der Friedensbewegung und bei den GRÜNEN mit. Vorgeworfen wurde ihm, nicht kultusministeriell genehmigte "Zettelpädagogik" im Unterricht zu verwenden, darunter Artikel zum Umweltschutz und Rechtsradikalismus aus Stern und Spiegel. Trotz Solidaritätsveranstaltungen mit 500 Teilnehmern konnte seine Entlassung nicht verhindert werden.

Anfang April wurde dem Hochschullehrer an der PH Ludwigsburg, Prof. Dr. Albrecht Schau, vom Kultusministerium Prüfungs- und damit Lehrverbot für die Erste Staatsprüfung erteilt. Anlaß sei ein Beitrag Schaus zur Friedenspädagogik 1984 in den "Ludwigsburger Hochschulschriften" "Unfrieden abbauen – Frieden stiften"; Schau würde "Unterricht mit politischer Agitation" verwechseln. Insbesondere wird folgende Passage angegriffen: "Da der Antikommunismus bzw. die Totalitarismustheorie Staatsdoktrin ist, wird es nicht wundernehmen, wenn diese Denkmuster in den Propagandabroschüren von NATO, amerikanischer Regierung, Außenministerium oder Verteidigungsministerium zugrundeliegen."

Im Dezember 1984 leitete das Oberschulamt Stuttgart gegen die Lehrer Inge Dreßler und Wolfgang Serway ein Disziplinarverfahren ein; beide sind Beamte auf Lebenszeit, seit neun bzw. zwölf Jahren im Dienst. Vorgeworfen wird ihnen die Kandidatur zu den Kommunalwahlen am 28.10.84 in Stuttgart auf der Liste der MLPD. In dem folgenden Anhörungsverfahren von I. Dreßler wurde versucht, weitere "Erkenntnisse" durch Fragen nach Mitgliedschaft und Funktionärsämttern in der MLPD zu gewinnen. Nach mehreren Protesten von Kollegen und einer Anfrage der GRÜNEN im Landtag beschloß die Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht Stuttgart am 3.4.85, daß "bei summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage derzeit keine hinreichende Aussicht auf eine Entfernung aus dem Dienst



Dr. Albrecht Schau

besteht", und hob die Dienstsuspendierung auf; das Oberschulamt Stuttgart hält das Schulverbot jedoch nach wie vor aufrecht.

Die vorliegenden Versuche, Beamte auf Lebenszeit aus dem Dienst zu entfernen ohne Nachweis eines konkreten Dienstvergehens, bedeuten eine Verschärfung der bisherigen Praxis.

Angesichts dessen ist es erfreulich, daß innerhalb der GEW Baden-Württemberg die Diskussion um Ministerpräsidentenbeschlüsse, KPD-Verbot, "Terrorismus-Bekämpfung" und die der fdGo inhärenten Entfaltungsmöglichkeiten des diktatorischen Ausnahmezustands entfaltet wird.
– (chb)

ABM

Personalrat setzt Forderungen durch

Hannover. In diesem Jahr sollen in Hannover 500 Stellen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen "geschaffen" werden. Seit November 1984 hat der Rat der Stadt dafür 3 Mio. DM bereitgestellt. Angesichts der Tatsache, daß in den vergangenen Jahren 850 reguläre Planstellen von der Stadt gestrichen wurden, machte der Gesamtpersonalrat seine Zustimmung von Anfang an von Bedingungen abhängig. Unterstützt wurde er dabei von der GABL/DKP-Gruppe im Stadtrat.

Die AG Wirtschaft und AG Soziales der GABL führten im Dezember letzten Jahres ein Hearing zu den geplanten AB-Maßnahmen durch, zu dem Vertreter des Arbeitslosenzentrums, der ÖTV, einige Personalräte und weitere Interessierte aus Arbeitslosengruppen und -projekten eingeladen waren. Vertreter des Arbeitslosenzentrums brachten gegen das ABM-Programm vor, daß eine AB-Maßnahme immer eine Zwangsmäßnahme sei, die zwangsvermittelt wird. Die Ab-

lehnung einer solchen Stelle führe in der Regel zur zeitweisen Sperrung der Arbeitslosenunterstützung. Weiter wurde eingewandt, daß sich eine AB-Maßnahme als lange Probezeit herausstelle, Beschäftigte in AB-Maßnahmen leichter erpreßbar und schlechter gewerkschaftlich organisierbar seien. Beschäftigungspolitisch seien 500 AB-Maßnahmen bei über 40000 registrierten Arbeitslosen in Hannover irrelevant, gefährdeten z.T. sogar reguläre Stellen. Im Mittelpunkt stand deshalb auch die Kritik, daß es sich im konkreten Fall nicht um zusätzliche Stellen handele, sondern um reguläre Stellen, die zum überwiegenden Teil aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert werden.

Mehrere Teilnehmer des Hearings wiesen aber auf positive Aspekte der AB-Maßnahmen aus der Sicht des Arbeitslosen hin. Neben der Berufspraxis erwirbt man meistens auch eine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung.

Diese Problematik berücksichtigend, konnte der Gesamtpersonalrat durchsetzen, daß ABM-Verträge über mindestens ein Jahr laufen, damit u.a. auch Ansprüche beim Arbeitsamt erworben werden können. Die AB-Maßnahmen sind zu beschränken auf Jugendliche, ältere Arbeitslose und Schwerbehinderte. Zugestimmt hat der Gesamtpersonalrat Maßnahmen wie dem Bau von Rad- und Wanderwegen und die Verschönerung von unbebauten Grundstücken. Abgelehnt wurden hingegen durch den Gesamtpersonalrat z.B. gärtnerische Arbeiten im Zoo, weil dort Gärtnerstellen gestrichen worden waren.

Die ÖTV wertet die Vielzahl der von den Amtsleitungen gemeldeten ABM-Möglichkeiten als Beweis für fehlende Planstellen und beabsichtigt entsprechende Stellenplananträge zu stellen und will durchsetzen, daß die AB-Maßnahmen in Dauerarbeitsplätze verwandelt werden. – (kar)



Personalrat fordert: Keine ABM-Kräfte auf reguläre Stellen.

Ausweitung der Unstädigenarbeit

Hafenkapitalisten wollen aus billigeren Arbeitern mehr Tonnage herauspressen

Hamburg. Man kann fast täglich in den Hamburger Zeitungen die Aufrufe zur Aushilfsarbeit im Hamburger Hafen lesen. Und seit knapp einem Jahr wird auch wieder über die NDR-Hamburg-Welle etwa fünfmal täglich bekanntgemacht, wenn die Hafenkapitalisten am folgenden Tag Aushilfskräfte suchen.

Nun ist es ja keinesfalls so, daß die Hafenbetriebe auf Aushilfen angewiesen sind, weil sie keine Arbeiter bekommen, die diese Arbeit mit einem Arbeitsvertrag auf unbegrenzte Dauer machen wollen. Die Hafenkapitalisten haben entlassen, und sie ersetzen einfach den Abgang von Rentnern, Frühinvaliden und durch Arbeitsunfälle hafenuntauglich Gewordenen nicht mehr. Der Bestand an festen Hafenarbeitern wurde soweit runtergefahren, daß es nur noch ganz selten Tage gibt, an denen ein Hafenarbeiter mangels Arbeitsmöglichkeiten wieder nach Hause geschickt wird und den Lohn der ersten Schicht als Garantielohn erhält.

Noch vor drei Jahren konnte man als Gesamthafenarbeiter etwa einen Tag der Woche im Durchschnitt zu Hause sein und hatte trotzdem den Lohn. Die Beschäftigungsspitzen werden durch die Unstädigen abgedeckt. Rekrutiert durch Anlaufstellen in Lübeck, Neumünster und Hamburg und unterstützt durch die Presse und den NDR und auf der Grundlage der dauernden Senkung des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe sind dann auch in aller Regel mehr als genug Arbeiter für eine Schicht zum Einsatz bereit.

Wir fragten einen Aushilfsarbeiter, der über das Büro in Neumünster eingesetzt wird, wie das alles so abläuft:

"Wer zur ersten Schicht will, muß spätestens um fünf Uhr in der Einteilungsstelle in Neumünster seine Karte abgegeben haben. Die ersten dürfen ab vier Uhr da sein. Aufstehen müssen sie dann je nach dem um drei Uhr oder wie ich um vier Uhr. Es kommen oft nicht alle mit. Es passiert, daß z.B. nur zehn Leute fahren und die restlichen 90 wieder nach Hause geschickt werden. Man wartet dann bis kurz nach sechs Uhr. Wenn du dann nicht weg bist, kannst du wieder nach Hause gehen und kannst es mittags nochmal zur zweiten Schicht versuchen. Für das Warten bekommt man keinen Pfennig. Helme und Sicherheitsschuhe bekommst du. Aber wenn du anfängst, dann bekommst du das Zeug erstmal nicht, sondern der Einteiler sagt: 'Wenn du nach zwei Wochen wieder aufhörst, dann hast du Schuhe und

Helm und bist verschwunden – frag mal in drei Monaten wieder.'

Mich haben sie am ersten Tag gleich zur 2./3. mitgenommen (Doppelschicht). Nach der Kali, da gab es für uns nur Säcke. Ein anderer war etwa einen Monat dabei. Nach der ersten halben Stunde bin ich fast zusammengebrochen, und nach der halben Schicht ist er fast zusammengebrochen. Aber wir haben weitergemacht. Wenn du nicht alles durchhältst, was gefordert wird, dann wird es nichts.

Klar, wir nehmen einen 50-kg-Sack

14 Tage nicht mit.

Ich bin eigentlich immer gut mitgekommen. Aber ich sehe halt auch kräftig aus und bin jung. Ich habe relativ oft Nachschicht gearbeitet, d.h. 2./3. Schicht. Oft in zwei verschiedenen Bereichen. Also zum Beispiel Eukokai 2. und dann 3. bei der Kali. Das wird dann gleich so vermittelt.

Auch die Fahrer machen zwei Schichten. Bei der Rückfahrt sind wir alle müde. Es war schon kritisch, aber es ist mir noch nichts passiert.

Tarife (die Tabellen; d. Verf.) haben

Arbeiter für den Hafen gesucht
 ● Für 600 Mann wartet am Montag im Hafen neue Arbeit: 300 für die erste Schicht um 5.30 Uhr, 300 für die zweite Schicht um 13.30 Uhr. Melden bitte am Sandtorkai 42 Halle 1. Nicht vergessen Arbeitsschuhe, Arbeitskleidung und Paßpapiere (Steuerkarte, Versicherungsheft).



Links: Aus Bildzeitung 4.5.85. – Oben: Schauerleute beim Löschen von Haselnüssen. Jeder Sack hat 80 Kilo. Immer 12 Säcke in einer Hieve.

alleine vorn Bauch. (Das wird z.B. von sehr vielen festen Hafenarbeitern abgelehnt, und die Kapitalisten können einen dazu nicht zwingen; d. Verf.) Aber du arbeitest nicht immer mit den gleichen Leuten zusammen. Es ist unmöglich, daß du das Pensum schaffst, wenn du den Sack zu weit nimmst. Dann nimmst du ihn halt allein, zumal wenn da einer dabeistehst und antreibt. Wenn du nicht mit reinhaust, dann kommst du schlechter mit. (D.h. er wird wird schlechter vermittelt, d. Verf.) Natürlich kannst du recht langsam arbeiten, aber dann ruft der Betrieb bei der Gesamthafengesellschaft an, und die rufen dann in Neumünster an, und dann bleibst du sitzen.

Die Einteilung macht der Einteiler, aber auch die Fahrer der PKW-Busse. Wenn die Fahrer – auch alles Unstädige – jeden Tag rauswollen, dann suchen die sich halt die Leute raus, die halt alles arbeiten können. Dann kommen sie oft raus. Bei anderen heißt es, die haben schlapp gearbeitet, die läßt mal sitzen, und die kommen dann halt

wir nicht. Aber die Erfahrenen wissen, was bezahlt werden muß. Natürlich wissen wir auch etwa, was man bei der Arbeit darf (hinsichtlich der Sicherheit) und was nicht. Einmal, da hatte es geschneit und wir durften auf Röhren rumklettern – klat durften wir das nicht –, aber wir machten es erst mal. Du weißt ja, keiner will wegen einer Beschwerde dann 14 Tage nicht mitkommen. Aber dann wollten wir doch aufhören. Wir wollten gerade aus der Luke gehen. Da kam der Viz und hat die Arbeit abgebrochen. Da war auf einem Waggon an der Kai einer von den Röhren runtergewedelt worden mit dem Kran – ein schwerer Unfall –, da haben sie sofort die ganze Arbeit abgebrochen – wahrscheinlich hatten sie Muffe.

Wer bei Unfall zahlt, weiß ich nicht. Aber bei Krankheit bekommst du Geld immer von der Krankenkasse – zehn Tage ab der letzten Schicht. Wenn ich jetzt krank werde, bekomme ich kein Geld. Ich habe die letzten zwei Wochen nicht gearbeitet. Aber diese Woche muß ich wieder hin. Ich wollte ei-

gentlich aufhören – wegen der Unfälle –, aber ich brauche das Geld.

Die Mehrheit von uns hätte nichts gegen eine Festeinstellung. Wenn überhaupt Leute eingestellt werden, dann Leute mit Führerschein und Führerschein Klasse II und Staplerschein. Dann mußt du noch unterschreiben, daß sie sich bei der Krankenkasse über die Krankzeiten der letzten drei Jahre erkundigen können. Es wird kaum einer fest eingestellt."

Die Kapitalisten müssen also keine

Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle bezahlen, müssen an Tagen, an denen nichts los ist, für diese unständigen Hafenarbeiter keinen Lohn (Garantie- lohn-Schichtlohn) zahlen und haben das Vermittlungssystem so organisiert, daß ein Teil der Unständigen – die Fahrer – den Einsatz im Sinne der Ausbeutung beeinflussen. Aus Angst, am nächsten Tag nicht mitzukommen, werden pro Gang 220 Tonnen pro Schicht in Rekordzeit weggeschmissen für Lohngruppe I = 101 DM pro

Schicht. Bei Hafenfacharbeitern vom Gesamthafenbetrieb müßte Lohngruppe V/I = 123 DM Schichtlohn bezahlt werden und, wenn der Gang sich einig ist, wird vielleicht gerade eben 150 Tonnen gemacht und nicht mehr. Allein das Einhalten der Vorschrift, nicht unter einer schwelenden Last zu arbeiten und keinen 50-kg-Sack alleine zu tragen, hilft erheblich Arbeitskraft zu sparen. Diese Standards jedoch wollen die Kapitalisten einreißen. – (obj)

Bestimmungen über Aushilfsarbeit

Gesetz über die Schaffung eines besonderen Arbeitgebers für Hafenarbeiter (Gesamthafenbetrieb), beschlossen am 3.8.1950:

"(1) Durch schriftliche Vereinbarung von zuständigen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften oder von einzelnen Arbeitgebern und Gewerkschaften kann von den Betrieben eines Hafens, in denen Hafenarbeit geleistet wird, zur Schaffung stetiger Arbeitsverhältnisse für Hafenarbeiter ein besonderer Arbeitgeber (Gesamthafenbetrieb) gebildet werden. Eine erwerbswirtschaftliche Tätigkeit des Gesamthafenbetriebs ist ausgeschlossen."

Vereinbarung zwischen dem Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe und der ÖTV über die Bildung eines Gesamthafenbetriebs, getroffen am 9.2.1951:

"§ 2 Der Gesamthafenbetrieb hat folgende Aufgaben:

1. Der GHB hat stetige Arbeitsverhältnisse für die unständig beschäftigten Hafenarbeiter zu schaffen und insbesondere eine zweckmäßige und gerechte Verteilung der Gesamthafenarbeiter auf die Arbeitsplätze vorzunehmen.

§ 3 Der Gesamthafenbetrieb wird von einem paritätisch besetzten Verwaltungsausschuß geleitet. Dieser besteht aus einem unparteiischen Vorsitzenden und je drei Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern."

Satzung für den Gesamthafenbetrieb, genehmigt durch die Arbeits- und Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg am 30.4.1969:

"§ 4 Ausübung der Hafenarbeit: (4) Der GHB ist berechtigt, bei einem vorübergehenden Mangel an Gesamthafenarbeitern auch Aushilfsarbeiter zur Hafenarbeit zuzulassen.

§ 6 Hafeneinzelbetriebsarbeiter, Gesamthafenarbeiter und Aushilfsarbeiter: (3) Aushilfsarbeiter sind diejenigen Arbeitskräfte, die von der GHB bei Bedarf bei dem zuständigen Arbeitsamt angefordert oder durch die GHB vermittelt werden.

§ 9 Beschäftigung der Aushilfsarbeiter: (1) Aushilfsarbeiter dürfen von den Hafeneinzelbetrieben nur mit Einwilligung oder aufgrund der Vermittlung der GHBG beschäftigt werden. Dies gilt auch für die Beschäftigung von Aushilfsarbeitern im Rahmen von Subkontrakten oder im Wege der Arbeitnehmerüberlassung. (3) Aushilfsarbeiter werden nur für eine Schicht vermittelt. Weiterbeschäftigung bzw. Wiedereinstellung ist nur mit Zustimmung der GHBG (Gesamthafenbetriebsgesellschaft) zulässig."

"Nach der Rechtsprechung des BAG ... ist eine Befristung mithin nur zulässig, wenn nach Auffassung verständiger und verantwortungsbewußter Vertragspartner ein sachlich gerechtfertigter Grund besteht. Ob dies der Fall ist, muß danach beurteilt werden, ob a) aus rechtlich billigwerten Gründen die Befristung branchenüblich ist; unzureichend ist eine faktische Üblichkeit; ausreichend jedoch tarifliche Anerkennung; (Schaub, Arbeitsrechtshandbuch, 5. Auflage).

Tarifvertrag zur Eingruppierung der Hafenarbeiter:

"1. Die Zuordnung der Hafenarbeiter erfolgt in die jeweilige Lohngruppe wie folgt: Lohngruppe I Aushilfsarbeiter ..." (Abgeschlossen in dieser



Diese PKW-Busse werden den Unständigen aus dem Umland für die jeweilige Schicht gestellt, damit sie zu jeder Tages- und Nachtzeit an allen Einsatzstellen pünktlich ankommen.

Form seit 1976 zwischen der ÖTV und dem Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe)

Das Beschäftigungsförderungsgesetz ist am 1.5. 1985 in Kraft getreten. Es erlaubt befristete Arbeitsverträge ohne die bisherigen Einschränkungen. Insoweit ist eine neue Rechtsgrundlage geschaffen. "Erleichterte Zulassung befristeter Arbeitsverträge

§ 1 (1) Vom 1. Mai 1985 bis zum 1. Januar 1990 ist es zulässig, die einmalige Befristung des Arbeitsvertrages bis zur Dauer von achtzehn Monaten zu vereinbaren, wenn 1. der Arbeitnehmer neu eingestellt wird oder

2. der Arbeitnehmer im unmittelbaren Anschluß an die Berufsausbildung nur vorübergehend weiterbeschäftigt werden kann ...

(2) Die Dauer bis zu der unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 ein befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden kann, verlängert sich auf zwei Jahre, wenn

1. der Arbeitgeber seit höchstens sechs Monaten eine Erwerbstätigkeit aufgenommen hat ...

2. bei dem Arbeitgeber zwanzig oder weniger Arbeitnehmer ausschließlich zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten tätig sind.

Stellungnahme der AG 4 der Alternativen Hafen- und Küstenkonferenz, die von der GAL Hamburg und den GRÜNEN am 4./5. Mai 1985 organisiert wurde:

"– einheitlicher Tariflohn für alle Hafenarbeiter, mit dem er seinen Lebensstandard ohne Mehrschichten halten kann; – daß die Unternehmer so viele Arbeiter beschäftigen (neu einstellen), wie sie für die Arbeit im Hafen gebrauchen; – und diese Arbeiter auch in festen Arbeitsverhältnissen beschäftigen. Verbot der unständigen Arbeit." (Diese Konferenz haben Betriebsräte und Vertrauensleute der Alternativen bei der HHLA mit organisiert. Die Stellungnahme wurde einstimmig angenommen. Es waren auch Vertreter von BWK und DKP aus dem Hamburger Hafen dabei.)

**70% weniger
Ausbildungsentgelt?**

Hannover. Die drastische Senkung der Entgelte für Auszubildende in der Krankenpflege, die Zimmermann im letzten Tarifkampf verwehrt wurde, will er jetzt auf gesetzlichem Wege nachholen. Mit Inkrafttreten des neuen Krankenpflegegesetzes will der Dienstherr die geltenden Tarifverträge für neue Ausbildungsvorhersagen nicht mehr anerkennen und will nur dann neue Tarifverträge abschließen, wenn die Bemessungsgrundlage auf 20% gesenkt wird, d.h. der Auszubildende in der Krankenpflege soll um 70% billiger zu haben sein. — (kar)

**Urabstimmung
Verlage beantragt**

Westberlin. Die Tarifverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband Verlage und der HBV Westberlin und Baden-Württemberg sind am 14.5. in Stuttgart ergebnislos verlaufen. Die Verlagskapitalisten setzten ihren Provokationskurs fort, indem sie erklärten, nicht verhandeln, sondern nur über die Unterschrift der HBV unter den mit der DAG ausgehandelten Tarifvertrag sprechen zu wollen. Die HBV brach daraufhin die Gespräche ab

Frankfurt. Am 16. Mai 1985 streikten 60 Angestellte des Interconti-Hotels von 10.00 bis 10.30 Uhr (siehe Bild), am 22. Mai streikten 30 Kellner, Handwerker und Köche im Canadian Pacific für 6,8% mehr Lohn und den Einstieg in die feste Jahressonderzahlung. Im hessischen Hotel- und Gaststättengewerbe (55000 Beschäftigte) besteht seit 1.2. 1985 tarifloser Zustand; die Kapitalisten boten 1,6% mehr. Die NGG fordert u.a. einen Ecklohn für Köche und Kellner von 1650 DM und Nachtzuschläge. — (rst)

und erklärte, Kampfmaßnahmen seien unausweichlich. Der Landesbezirksvorstand Westberlin der HBV beantragte folgerichtig am 16.5. beim Hauptvorstand die Einleitung einer Urabstimmung über Streik für die Verlage Julius Springer, Cornelsen, Velhagen und Klasing und de Gruyter. Die Beschäftigten des Bibliographischen Instituts in Mannheim verlängerten am 16.5. die Frühstückspause zur Beratung und beschlossen eine Betriebsversammlung direkt nach Pfingsten. Unter dem Eindruck dieser Vorbereitungen haben die Westberliner Verlagskapitalisten daraufhin am 22.5. Verhandlungen für Mitte Juni angeboten. — (pel)



**Keine Anwendung des
Besch.förd.gesetzes!**

Bochum. Der Bezirksvorsteher des mit 187521 Mitgliedern größten ÖTV-Bezirks, Nordrhein-Westfalen II, Hans Liersch, hat die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung aufgefordert, das von CDU und FDP im Bundestag beschlossene "Beschäftigungsförderungs"- und das Zeitvertragsgesetz nicht auf die Beschäftigten des Landes anzuwenden. Er begründete dies damit, daß befristete Arbeitsplätze keinem Arbeitslosen einen Arbeitsplatz brächten. Es gehe vielmehr um leichtere Entlassung und weniger Schutz am Arbeitsplatz. — (wof)

**Bestes Ergebnis
der DPG**

Hannover. Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) hat bei den Personalratswahlen im Mai ihr bisher bestes Ergebnis erzielt. Auf Bundesebene gewann sie 27 der 31 Sitze und damit zwei mehr als 1982. Die gemeinsame Liste aus "Deutscher Postverband" und "Christlich-demokratische Postgewerkschaft" verlor zwei Sitze und ist nunmehr nur noch mit vier Mitgliedern im Hauptpersonalrat vertreten. Bei leicht gestiegener Wahlbeteiligung (78,46%) konnte die Deutsche Postgewerkschaft 21000 Stimmen dazugewinnen und kam auf 323174 Stimmen. Von den 6111 Sitzen in den örtlichen Personalräten errang die DPG 5462 Sitze. Das sind 89,38%. Von den 546 Sitzen in den 18 Bezirkspersonalräten errang die DPG

471 Sitze. Das sind 86,26%. Leider nimmt die DPG dieses Ergebnis nur zum Anlaß, vom Bundespostminister zu fordern, "sein Verhältnis zu den Personalräten und zur DPG endlich vernünftig zu ordnen". — (kar)

**Vogel-Verlag:
dritte Schicht**

Würzburg. 20.5.85 Kurz nachdem die Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitverkürzung abgeschlossen war, hat die Geschäftsleitung dem Betriebsrat mit Entlassungsdrohungen unterbreitet, daß sie jetzt generell die dritte Schicht in der Bogenmontage, Plattenkopie, Rollenoffset, Bogenoffset und Buchbinderei einführen will. Und zwar in der Weise, daß die Arbeiter in jeder fünften Woche eine Nachschicht fahren müssen. Gegen die Einführung der dritten Schicht haben etwa 180 Arbeiter, die große Mehrheit von Vogel-Druck, auf einer vom VLK organisierten Unterschriftenliste unterschrieben. — (nir)

**BASF expandiert
in den USA**

Ludwigshafen. Innerhalb eines Monats hat die BASF zwei US-Chemiefirmen für insgesamt 3,5 Mrd. DM aufgekauft: die Celanese-Corp. (Kunststoffe) für 450 Mio. DM und die Immont-Gruppe (Lacke) für 3 Mrd. DM. BASF ist damit in den USA größter Druckfarben- und zweitgrößter Lackhersteller. Schon ohne diese Zukäufe erzielte die BASF 1984 59% ihres Umsatzes im Ausland, bei Hoechst waren es 75% und bei Bayer gleich 79%. — (sth)



Südafrika/Azania: An der Beerdigung des Gewerkschaftsfunktionärs Andries Raditsela (Bild) beteiligten sich in Tsakane 25 000. Raditsela war am 4.5. unter der Anklage, die "innere Sicherheit zu gefährden", von der Polizei festgenommen worden. Er starb am 6.5. an Schädelverletzungen, nachdem die Polizei ihn im Gefängnis zusammengebrüllt hatte. Raditsela war Funktionär der Chemiearbeitergewerkschaft CWIU und stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes FOSATU für die Region Transvaal. Allein in der ersten Maiwoche hat das Regime drei politische Häftlinge, die in Vorbeugehaft waren, gefoltert und ermordet. — (gba)

Medzinstudenten**Streik und Aktionen gegen
Physikumsnoten und AO-Novelle**

Freiburg. Am 13. und 14. Mai haben die Medzinstudenten einen bundesweiten Streik durchgeführt. Die Fachtagung Medizin der Vereinigten Deutschen Studentenschaften hatte die Durchführung von Urabstimmungen an den Medizinerfachbereichen beschlossen, nachdem beim Physikum (Zwischenprüfung) 42% im Bundesdurchschnitt mit nicht bestanden bewertet worden waren. Der Medzinstudenten richten sich mit dem Streik gegen dieses Prüfungsergebnis, gegen die Änderung der Approbationsordnung für Ärzte, in der die Prüfungen geregt sind, und gegen die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes.

Schon in den vergangenen Semestern haben die Mediziner Aktionen gegen die AO-Novelle und die damit verbundene Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen durchgeführt. An zwei bundesweiten Demonstrationen haben 10000 bzw. 5000 Studenten teilgenommen. Die inzwischen beschlossene 4. Änderung der AO verlangt von den Medizinern nach zwölfsemestrigem Studium und dem "Praktischen Jahr" zwei weitere Jahre Ausbildung, in denen der "Arzt im Praktikum" für einen Lohn von ca. 800 DM pro Monat volle Arbeit leisten muß. Die Ärzte können sich ihren Arbeitsplatz dabei nicht wählen, sondern werden den Krankenhäusern zugewiesen.

Die inhaltliche Gestaltung der zwei Jahre "Arzt im Praktikum" soll mit der 5. Novelle der Approbationsordnung erfolgen. Geplant sind u.a. die Streichung von 5000 Assistenzarztstellen. Gegenwärtig wären nur für ca. 50% der Studenten nach dem Praktischen Jahr auch Stellen als "Arzt im Praktikum" vorhanden.

Die Physikums-Prüfungen werden im ganzen Bundesgebiet einheitlich durchgeführt, die Prüfungsfragen werden zentral vom Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz gestellt. Bei den Prüfungen müssen die Studenten im Multiple-choice-Verfahren Antworten ankreuzen. Die Durchfallquote beim März-Physikum schwankt erheblich nach Hochschulorten. In Hannover fielen 80% durch, in Aachen und Bochum 70%, in Würzburg 22%. Schon während des Verlaufs hatten 10% die Prüfung abgebrochen.

In der bürgerlichen Presse werden inzwischen richtungsweisende Interpretationen des Ergebnisses geliefert, die allerdings mehr die Interessen der Verfasser verraten, als für sachliche Richtigkeit sprechen. Die FAZ kommentiert das Ergebnis: "Eine erste Auswertung fördert erstaunliche Fakten zutage ... je zügiger einer studiert, je schneller er oder sie sich zur Prüfung gemeldet hat, desto erfolgreicher war er. Von den Prüfungsteilnehmern mit vier Fachsemestern haben nur 21,9% die Prüfung nicht bestanden, von denen mit fünf Fachsemestern dagegen 50,4%." (FAZ 13.5.)

Über die tatsächlichen Gründe ließ der Erlanger Studiendekan durchblicken, daß durch das bekannte Multiple-choice-Verfahren mit nicht revidierbaren Antworten insbesondere 'ältere' Studenten (über 25) und ausländische Studenten schlecht abschnitten. Doppelte Verneinungen und an-

dere sprachliche Fallen würden ihnen zum Verhängnis. Das hätten langjährige Untersuchungen ergeben. Das IMPP in Mainz macht im übrigen gar keinen Hehl daraus, daß das Prüfungsergebnis vorher geplant wird: "Wir können die Durchfallquote bis auf 1% vorbestimmen." (Institutschef Krämer)

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat die Revision des Prüfungsergebnisses verlangt. Die niedersächsische Landesregierung hat angekündigt, den Staatsvertrag zwischen den Bundesländern, der die Grundlage für die bundeseinheitlichen Prüfungen bei den Medizinern ist, zu kündigen und will zukünftig die Medizinerprüfungen auf Landesebene selbst regeln. Von bürgerlicher Seite wird zunehmend der "Zentralismus" bei den Medizinerprüfungen kritisiert. Statt dessen sollen die Professoren die Prüfungen durchführen. Damit würde aber die Abhängigkeit des einzelnen Studenten vom jeweiligen Professor verstärkt und die kollektive Interessenvertretung der Studenten in Studien- und Prüfungsangelegenheiten erschwert. Die VDS-Fachtagung Medizin fordert deshalb Beibehaltung der zentralen Prüfungen bei Kontrolle des IMPP. — (chf)

Gründe für den Medizinerstreik
Flugblatt der Freiburger Medizinerfachschafft

"Dieses Skandalphysikum ist jedoch erst der Anfang. In die gleiche Richtung zielen:

- Die geplante 5. Novellierung der Approbationsordnung sieht die Einführung zusätzlicher mündlicher Prüfungen, einmalige Wiederholbarkeit und zusätzliche Prüfungen in Praktika vor.
- Die geplante Veränderung des Hochschulrahmengesetzes, das unter anderem Steilkurse mit besonders guten Studienbedingungen vorsieht, in denen eine kleine Minderheit studieren soll, während die große Masse eine wesentlich schlechtere Ausbildung erhält.
- Die Verlängerung des Studiums auf mindestens acht Jahre durch die zweijährige "Arzt im Praktikum"-Zeit. Diese Maßnahmen auf zentraler Ebene gehen einher mit Verschlechterungen der Kursbedingungen und Erschwerung der Prüfungen in Praktika und Kursen ... Anstatt also endlich die Mediziner-Ausbildung im Interesse der Patienten zu verbessern und sinnvolle Praxis ins Studium einzuführen, wird auf allen Ebenen selektiert."

Forderungen der Medzinstudenten
Flugblatt der Semestergruppe Medizin Uni Heidelberg

"Gegen die geplante Ausgestaltung der 'AiP-Zeit' durch die 5. Novelle zur Approbationsordnung:

- Stellengarantie für den 'Arzt im Praktikum'
- Keine Streichung von Assistenzarztstellen
- Angemessene Bezahlung
- Möglichkeit zur Weiterbildung während der 'AiP-Zeit'
- Gegen die geplanten Prüfungsverschärfungen:
- Keine neuen Prüfungen
- Keine Einschränkung der Wiederholungsmöglichkeit von Prüfungen
- Keine Lehrinhalte, die der Kriegsvorbereitung dienen können
- Gegen das 'Katastrophenphysikum mit 42% Durchfallquote (real über 50%, da über 10% nach dem ersten Tag aufgegeben haben)':
 - Nachbesserung des Physikums
 - Wegfall aller Fragen, die von weniger als 25% richtig beantwortet wurden (Ratequote!)
 - Vorläufige Übernahme aller Durchgefallenen ins 1. klinische Semester
 - Abfragen von Basiswissen anstelle von spitzfindigen Fragen, die der Selektion dienen."

Flugblatt der Fachschaft Medizin Freiburg:
"Wir fordern: ..."

- Keine Anrechnung auf die Wiederholbarkeit und die BAFöG-Höchstdauer!
- Mehr Prüfungszeit und Erlaubnis zur Benutzung von Wörterbüchern für ausländische Kommilitonen! ..."



Unternehmen

(III) Typische "Multis" in verschiedenen Branchen und Ländern

Als Unterscheidungsmerkmale zwischen Monopolunternehmen und übriger großer Industrie hatten wir bisher gefunden:

– Monopolunternehmen bilden eine deutlich abgesetzte Größenklasse sowohl bei Beschäftigtenanzahl als auch Kapitalausstattung;

– Monopolunternehmen basieren zwar auf einem nationalen Markt, aber sie entwickeln sich erst in Bezug auf den Weltmarkt zum Monopolunternehmen; sie sind daher typisch für imperialistische Länder.

Bei der Untersuchung der Unternehmensstatistik in der BRD fiel auf, daß nicht alle Branchen als Basis für die Herausbildung von Monopolunternehmen geeignet scheinen. Die entsprechende Untersuchung der Branchenbasis der "Multis" anhand der Statistik über die umsatzstärksten Industrieunternehmen der kapitalistischen Welt nach Kapital- und Beschäftigtengröße (s. Schaubilder) liefert ähnliche Ergebnisse: In allen Branchen bildet sich eine Gruppe von "Branchenführern" und oft auch "marktbeherrschenden" Unternehmen; große "Multis", also

Unternehmen mit weltmarktbeherrschender Stellung, scheinen aber nur mit bestimmten Branchen als Stammbasis möglich.

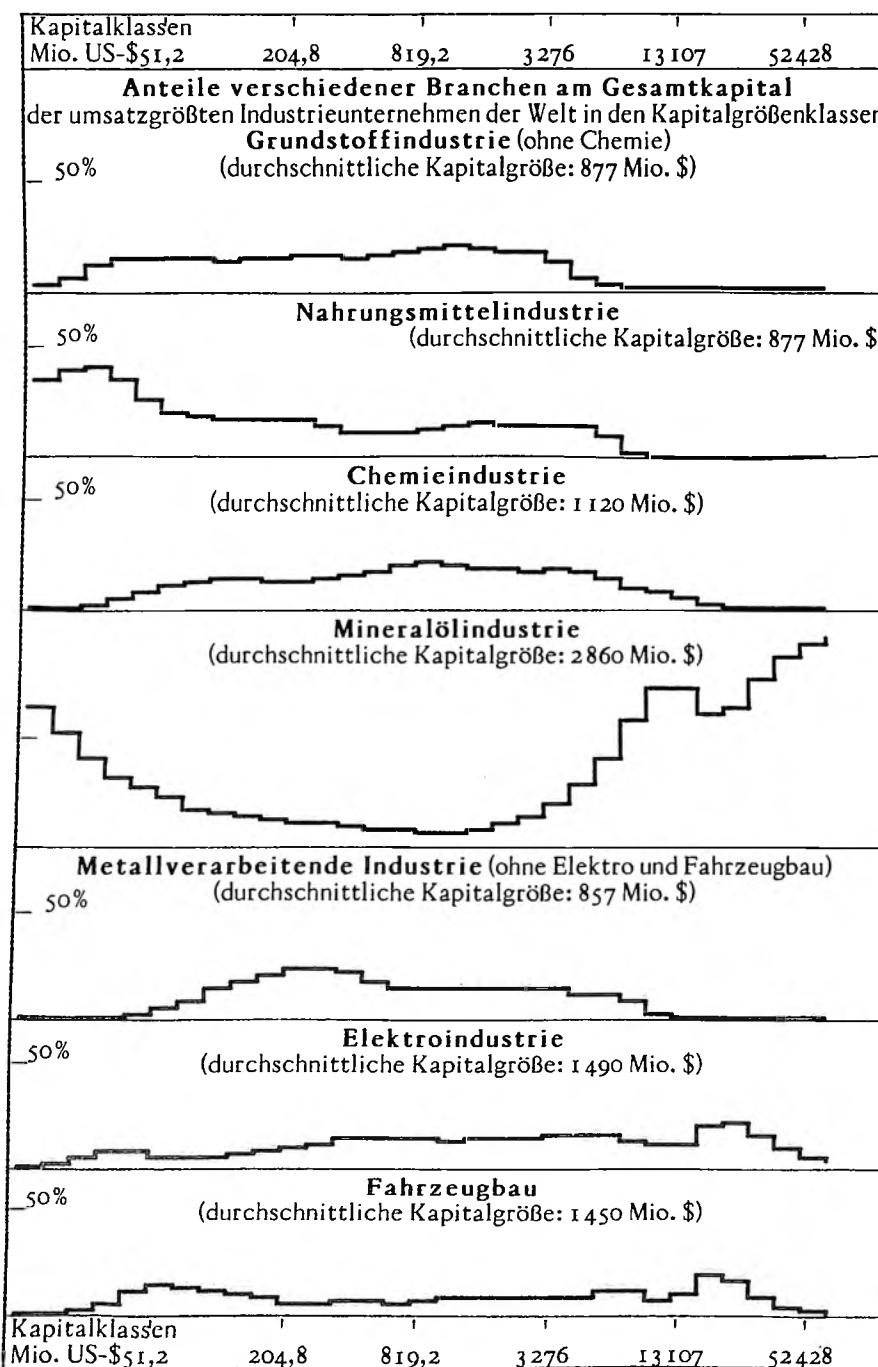
Eine Betrachtung der einzelnen Branchen ergibt ein genaueres Bild vom typischen Monopolunternehmen.

Grundstoffindustrie: Charakteristisch sind im Bergbau und der Metallherstellung Kolonial-Unternehmen oder Konzerne kolonialen Ursprungs. So gehören zu den nach ihrem Kapital Größten: Broken Hill Proprietary (Australien, Stahl u.ä.), De Beers (Südafrika, Bergbau), Rio Tinto (Großbritannien, Bergbau vor allem in Afrika). Zum anderen sind unter den größten Unternehmen dieser Branche häufig solche in Staatsbesitz oder mit großen staatlichen Anteilen wie z.B. IRI (Italien, Stahl), National Coal Board (Großbritannien) oder die Ruhrkohle AG. Bemerkenswert: Der nach der Beschäftigtenzahl größte nichtstaatliche Stahlkonzern ist die westdeutsche Thyssen AG.

Nahrungsmittelindustrie: Ein großer nationaler Markt verschafft US-Konzernen wie Pepsi Co. (Getränke) oder Reynolds (Zigaretten) eine bedeutende Stellung auch auf dem Weltmarkt. Außer in US-Besitz sind die größten Unternehmen dieser Branche oft britisch, oder sie liegen in ehemaligen britischen Kolonien; ihre Stellung beruht auf dem Kolonialmarkt. Typisch hierfür ist z.B. die Barlow Rand (Südafrika). Dieser Konzern besitzt neben Produktionsstätten für Nahrungsmittel Gold-, Kohle- und Chrombergwerke. Ähnlich große Konzerne, die neben dem konstanten Kapital zugleich bedeutende Teile des variablen Kapitals einer Kolonie bzw. eines kolonial abhängigen Landes beherrschen, findet man noch in Südkorea (Elektronik, Schiffbau einerseits und Nahrungsmittel sowie Textilien andererseits).

Chemieindustrie: Eine Branche, in der das deutsche Kapital (traditionell) eine führende Stellung hat. Zu den Monopolen mit der größten Anzahl von Beschäftigten gehören alle drei IG-Farben-Nachfolger: Hoechst (Nr. 1), Bayer (Nr. 2) und BASF (Nr. 7).

Mineralölindustrie: "Der typische Multi", wie ihn die bürgerliche Publizistik darstellt; ist in dieser Branche tätig. Den Schaubildern ist zu entnehmen, daß der Kapitalgröße nach betrachtet die Anlage in der Ölförderung und -verarbeitung tatsächlich die Basis für die Herausbildung der im Schnitt größten Konzerne abgibt. Die Beschäftigtenzahlen der Öl-Multis sind allerdings erheblich geringer. So beutet die Exxon, mit 29



Mrd. US-\$ weltweit der Konzern mit dem größten Kapital, 156000 Beschäftigte aus; dagegen hat der nach Beschäftigten größte Konzern, General Motors, mit 20 Mrd. \$ Kapital 691 000 Beschäftigte.

Der überdurchschnittliche Anteil der Mineralölindustrie bei den Unternehmen in den unteren Beschäftigtenklassen ist durch die beschränkte Datenauswahl verursacht: So erscheinen dort solche Konzerne, die zwar ein verhältnismäßig großes Kapital besitzen und hohe Umsätze machen, aber wie z.B. Raffinerien nur wenige Beschäftigte benötigen. Der hohe Anteil von Mineralölkonzernen in den unteren Kapitalklassen kommt durch die zahlreichen Staatskonzerte mit niedrigem Eigenkapital und hoher Verschuldung zustande.

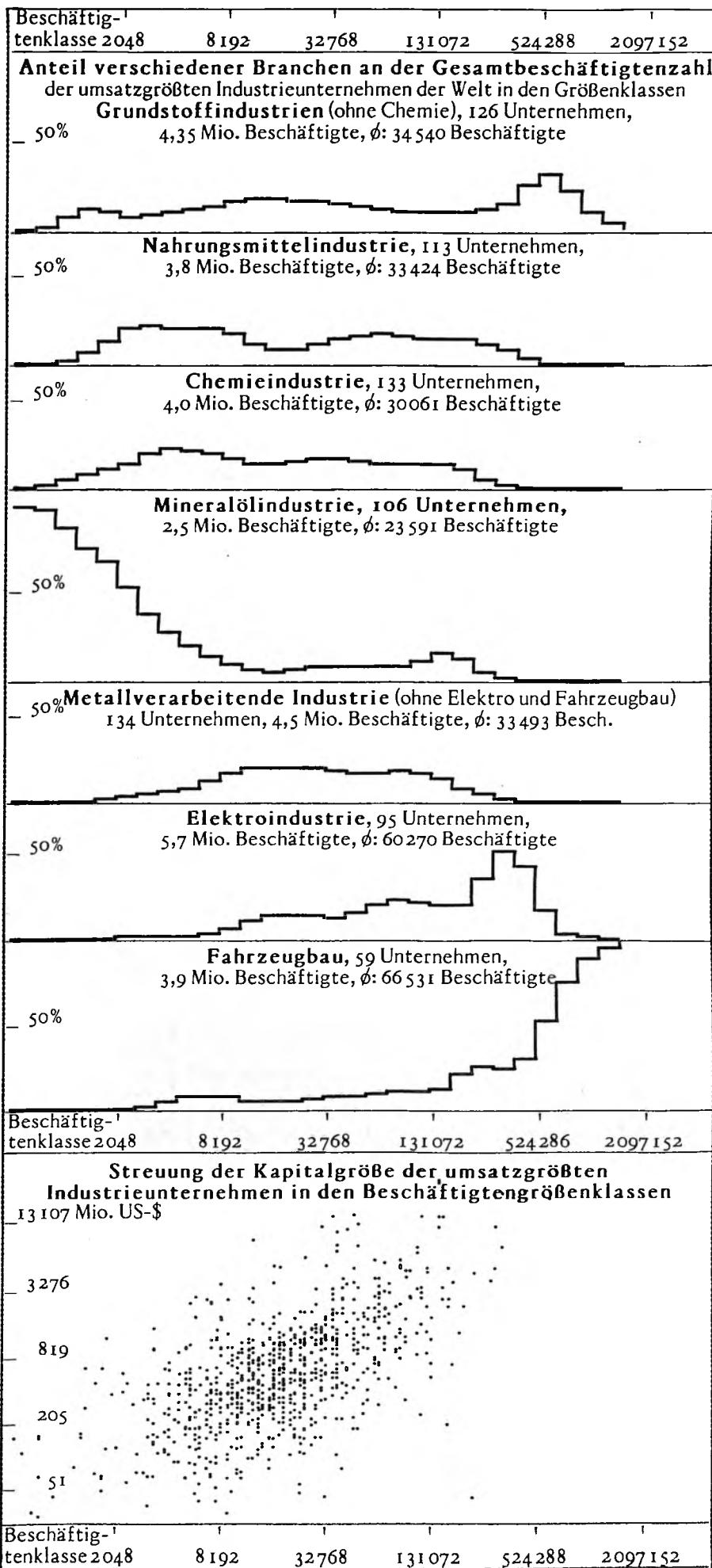
Die getrennte Betrachtung der Bedeutung eines Unternehmens nach Kapital und nach Beschäftigtenanzahl ist jedenfalls nötig, wie auch das Schaubild Seite 31 unten zeigt. Zwar steigt im großen und ganzen mit der Beschäftigtenanzahl auch die Kapitalgröße, jedoch ist die Streuung beträchtlich: Unterschiedliche organische Zusammensetzung der Kapitale je nach Branche sind hierfür ebenso ein Grund wie der unterschiedliche Grad der "Eigenkapitalausstattung" einzelner Unternehmen.

Metallverarbeitende Industrie: Die Monopole in dieser Branche sind im Durchschnitt eher kleiner; sie sind stärker den "nationalen" Märkten verhaftet. Die größten Unternehmen sind in der Rüstungsindustrie (z.B. United Technologie, USA) und dem Maschinen- und Anlagenbau (Mannesmann, BRD) zu finden.

Elektroindustrie, einschließlich Büromaschinen und EDV: Hier wie im Fahrzeugbau finden sich typische "Multis". Der nationale Markt ist weit überschritten; ein beträchtlicher Teil der Kapitalanlagen befindet sich im Ausland. Zu den größten Monopolen gehören: IBM (USA), Philips (Niederlande), General Electric (USA), Siemens (BRD), alle mit mehr als 300000 Beschäftigten weltweit.

Fahrzeugbau: Wie auch in der Elektroindustrie scheint das innenmarktähnliche Wirtschaftsgebiet der EG in den "modernen" Branchen die Herausbildung von solchen Monopolen gefördert zu haben, die mit den US-Konzernen konkurrieren können. Unter den beschäftigungsgrößten zehn Automobilkonzernen sind zwei US-Monopole (GM und Ford), drei aus der BRD (VW, Daimler, Bosch), zwei französische (Renault und Peugeot) sowie ein japanischer Konzern (Nissan).

Ein genauerer Vergleich der Stärke der Monopole der verschiedenen imperialistischen Staaten bedarf allerdings noch weiterer Untersuchung. Quellenhinweis: Fortune, 30.4., 20.8. 1984 – (alk, maf, rül)



Film: "Reise nach Indien"

Warum reist David Lean nach Indien?



Was bewegte den britischen Regisseur David Lean dazu, 1984 den Kolonialschinken "Passage to India" von E.M. Forster aus dem Jahre 1924 zu verfilmen, was die Filmfirma, den Auftrag zu erteilen, was die Presse, das Resultat, ein sich drei Stunden dahinquelendes Drama, einhellig zu loben?

Lean liegt im Trend. In Großbritannien leben immerhin vier Millionen Einwanderer, die Mehrzahl indisches oder pakistanischer Herkunft, und um ihre Rechte bzw. Unterdrückung gibt es kräftigen Krach. Die "Reise nach Indien" ist ein Stück reaktionärer Kolonialgeschichtsschreibung. Aber noch mehr. Versteckt hinter einer oberflächlichen Kritik an arroganten Kolonialbeamten, betreibt der Film selbst Beschönigung des Rassismus. Der Widerspruch zwischen englischen Ausbeutern und indischen Ausgebeuteten wird zum Widerspruch zwischen Europa und Asien. Der geheimnisvolle Osten steht dem unverständigen Westen gegenüber (die Inder in England weigern sich ja auch, sich "integrieren" zu lassen), und als vernünftige Menschen aus dem Westen die trennende Kluft überbrücken wollen, stellt sich heraus, das dies praktisch unmöglich ist.

Hauptfiguren sind die junge Engländerin Adela Quested und der indische Arzt Dr. Aziz. Adela Quested

reist zwecks Verheiratung mit einem britischen Kolonialrichter ins britisch rechte Indien.

Unter dem "Einfluß Indiens", darunter muß man sich Hitze, orientalische Philosophien, freizügige sexuelle Darstellungen an verfallenen Tempeln vorstellen, entwickelt Adela Quested Gefühle, die ihr aus England ganz unbekannt sind. Verlobter Ronny (der Richter) bleibt dagegen britisch-kühl.

Weil sie, gegen Ronnys Widerstand, "die Inder" kennenlernen will, unternimmt sie einen Ausflug mit dem indischen Arzt Dr. Aziz zu den Höhlen von Marabar.

Der Film läßt bewußt unklar, ob Dr. Aziz Adela Quested in einer Höhle vergewaltigt, oder ob sie sich das einbildet. Jedenfalls beschuldigt sie ihn der Vergewaltigung, der Arzt wird festgenommen, der Prozeß zur politischen Angelegenheit. Im Zeugenstand wideruft Adela Quested die Aussage. Der Prozeß ist geplatzt, die Kolonialverwaltung erbost, und auch Aziz vergibt "den Engländern" erst Jahre später.

Die offene Frage "Was geschah in der Höhle?" gibt der Darstellung eine besondere Dreistigkeit. In jedem Fall, ob eingebildet oder wirklich vergewaltigt: Der Osten ist so anders, unverstanden, triebhaft. Er hätte sie vergewaltigt haben kön-

nen, und das hätten doch auch alle verstanden, nicht wahr?

Der angebliche Antikolonialismus des Films ist dünne Tünche. "Wir sind hier, um den Frieden zu bewahren", sagt Richter Ronny, und im ganzen Film bleibt er unwidersprochen. Die kolo-

niale Ausbeutung gibt es nicht, nur der Arzt Aziz kann nicht standesgemäß wohnen. Die antikoloniale Bewegung besteht aus aufgeputzten Massen, deren Führer eitle Pfauen sind. Kein Wunder, daß die Bourgeoisie diesen Film liebt. – (hef)

Oberst Redl

Zum treuen Dienst erzogen – vom Dienstherrn umgebracht

Der ungarische Regisseur Szabó schildert in dem Film "Oberst Redl" das Offizierskorps in der österreichischen Armee kurz vor dem ersten Weltkrieg. Der Bauernjunge Redl kommt auf Empfehlung des Dorflehrers in die kaiserliche Schule für Offiziersanwärter.

Redl kann nur aufsteigen, weil er jeden adeligen Offizier in Loyalität und Treue zur Monarchie übertrifft, nach oben kriecht und nach unten tritt. Schließlich wird er Chef des militärischen Geheimdienstes. Aber auch seine emsige Arbeit kann die Zersetzung im Offizierskorps nicht verhindern. Die Kämpfe der im Vielvölkerstaat eingezwängten Völker gegen die Unterdrückung durch die habsburgische Monarchie wirken bis ins Offizierskorps. Der Erzherzog will ein Exempel statuieren und das Offizierskorps kriegsfähig machen, um mit einem Krieg das Vielvölkergefängnis wieder zu festigen. Ein Offizier soll in einem Schauprozess des Hochverrats überführt und entsprechend verurteilt werden. Die Generalität

sieht Redl dafür vor, weil er kein Österreicher, sondern Ruthene ist, außerdem nicht adlig ist und homosexuelle Neigungen hat. Redl wird gezwungen, sich zu erschießen, damit sein angeblicher Verrat verbreitet werden kann.

Der Film ist defätistisch. Keiner der Offiziere wird sympathisch dargestellt. Der Aufsteiger muß seine



Redl schnüffelt auf einem Maskenball

Buckelei bitter bezahlen, Nationalität, Herkunft und persönliche Neigungen dienen der Monarchie als Vorwand, ihn zu vernichten. – (uld)

"Die dritte Generation"

Fernannexion Westpolens durch Fernsehen

Leider frei und unzensiert durfte Günther Geisler für das ZDF die polnischen Westgebiete bereisen und unter dem Vorwand, das Lebensgefühl junger Polen zu erkunden, CDU-geformte Lügen über die Rechtsverhältnisse in die Sendung schwemmen. Nachdem der

Zuschauer sich überzeugen konnte, daß das Jagdhaus von Geislers Großvater noch so aussieht wie vor 40 Jahren, bekommt er Glogow vorgeführt, das noch in den letzten Kriegstagen zu 90% zerstört wurde, weil die Nazisoldaten die Festung verteidigten. Hier sei nun wirk-

lich etwas Neues, sagt Geisler. Früher habe hier der Barockdichter Gryphius die "Tränen des Vaterlandes" gedichtet. Jedoch Arnold Zweig (DDR), auch hier geboren, kennzeichne einen "radikalen Wechsel". Man fragt sich, wieso, erhebt doch die DDR keine Gebietsansprüche auf Westpolen. Die unterlegte Melodie von "Ach wie ist's möglich dann" bringt über die Schleichwege des Gefühls nahe, daß Deutsche nichts lassen können, was sie sich jemals unter den Nagel gerissen haben, und sei es auch

erst unter Preußen und nicht alles "seit dem 13. Jahrhundert Brandenburger Land". Soweit die jungen Polen zu Wort kommen, halten sie dazu her, ihre geschichtliche Ahnungslosigkeit zu kontrastieren mit den Greuelgeschichten der Älteren, die Unmenschliches nur von den Russen erfahren haben und "zwangsumgesiedelt" wurden. Sie wissen eben, was Vertreibung heißt. Müssen sie nicht Verständnis haben für Besucher, die wie Geisler "ihre Häuser und die jetzigen Besitzer" inspizieren? – (anl)

Der Bundespräsident im Fernsehen

"Integrationsfigur" für reaktionäre Volksgemeinschaft

Scharfe Angriffe der Reaktion auf die Arbeiterbewegung bewirken keineswegs eine Abschwächung der politischen Strömung nach Klassenversöhnung. Ja, man kann feststellen, daß die Reaktion in demagogischer Weise solche Tendenzen fördert, nämlich in Form der "Volksgemeinschafts"-Ideologie. Zu einer solchen "Integrationsfigur", die keine Parteien, nur noch Deutsche kennt, hat sich die Reaktion Richard von Weizsäcker erwählt, einen Mann, "der es mit allen Bürgern könne". Aus Anlaß des sog. Verfassungstages am 23. Mai strahlte das ZDF zwei Sendungen aus, die dieses Bildes vom alle gesellschaftlichen Konflikte versöhnenden Präsidenten pflegten. Nachmittags eine halbe Stunde "Jugend beim Bundespräsidenten": Die Reportage brachte eher zusammenhangslose Bruchstücke – der Präsident diskutiert mit Gewerkschaftsjugendlichen über Arbeitslosigkeit, mit Dritte-Welt-Gruppen über Entwicklungshilfe usw. –, wobei die politischen Aussagen hinter dem gefühligen Eindruck verschwanden, v. Weizsäcker habe ein offenes Ohr für alles und jeden. In den Nachtstunden dann als Direktsendung zwei Stunden "Bürger fragen Bundespräsident Richard von Weizsäcker", eine Diskussion mit (vorher sorgsam ausgelese-

nen) ausländischen "Mitbürgern" in Westberlin. Der Wortschwall von "gegenseitigem Verständnis" (wobei er auf konkrete Forderungen wie das kommunale Wahlrecht nicht einging) rückte v. Weizsäcker keineswegs von der Regierungspolitik ab und wiederholte rassistische Drohungen, wie sie auch von Zimmermann stammen könnten: Die Ausländer müßten verstehen, daß in der deutschen Bevölkerung Ängste entstünden, wenn in manchen Schulen mehr ausländische als deutsche Kinder seien. Vielleicht sollte mancher, der von diesem Präsidenten einen mäßigenden Einfluß auf die reaktionäre Unionspolitik erwartet, sich daran erinnern, daß er als Regierungschef von Westberlin die Polizeiknüppel Lummers dirigierte. – (alk)



Richard v. Weizsäcker in geliebter Pose

Arbeitsdienst vor 1933

'Sozialpädagogisches' zur Wiederherstellung der Kriegsfähigkeit

Die Arbeitsdienstpflicht wurde von der deutschen Bourgeoisie nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg verstärkt diskutiert. Drei Problemkreise standen im Mittelpunkt der Debatte: 1. Überwindung der wirtschaftlichen Krise; 2. Ausgleich der sozialen Gegensätze; 3. Wiedereinführung der Wehrpflicht.

1. Der spätere SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller schrieb 1936 über den 1931 eingeführten "Freiwilligen Arbeitsdienst" (FAD): "Das Bild der kapitalistischen Depression... ließ den Gedanken, die nationalen Produktivkräfte in einer grundsätzlich neuen Form zu einem Werkprozeß wieder zusammenzuführen, in Gestalt des Arbeitsdienstes aufleben." Im Vorwort heißt es: "Die Arbeitsbeschaffung... ist auch, wie schon ihre Zusammenhänge mit der Verkehrs-, Siedlungs- und Wehrpolitik zeigen, der wichtigste Durchgangs- und Knotenpunkt, den die Schaffung einer neuen deutschen Wirtschafts- und Raumordnung überhaupt voraussetzt."

2. Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht erhofften sich, dem "durch die Revolution zerrissenen deutschen Volk wieder den inneren Frieden zu geben". Die Arbeitsdienstpflicht wurde als Konkretisierung der Synthese von Nationalismus und Sozialismus gefordert.

3. Der ehemalige Großadmiral Tirpitz stellte fest: "Die von der allgemeinen Wehrpflicht in das gesamte deutsche Leben ausströmenden Energien sind durch den Versailler Frieden in Fortfall gekommen. Wir können die dadurch entstandenen Nachteile jetzt schon deutlich sehen in der Verlotterung eines großen Teils unserer Jugend, dem Untergraben jeder Art von Autorität, in dem protzigen Verlangen nach Rechten und dem Zurückstellen der Pflichten... Das Problem einer wirtschaftlichen Dienstpflicht drängt sich da von selbst in den Vordergrund."

1923 legte Oberst Hierl, Chef der Heeresleitung, später Reichsarbeitsführer der NSDAP, eine Denkschrift vor, in der er den Arbeitsdienst als "vor dem Krieg fehlende, notwendige Ergänzung der Wehrpflicht" forderte. 1924 brachte die Deutschnationale Volkspartei im preußischen Landtag eine Gesetzesvorlage zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht ein, 1926 in Bayern der Generalstaatskommissar Kahr, jedoch ohne Erfolg. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, forderte 1924 einen Volksentscheid zur Einführung des Arbeitsdienstes zwecks Kultivierung von Ödland im Osten. Seit 1926 rührten der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, und die NSDAP verstärkt die Trommel. Auch kirchliche Gruppen waren früh aktiv. Probst Heinrich Grüber bekannte sich 1927 das erste Arbeitsdienstlager aufgebaut zu haben. "Den Arbeitsdienst verstand ich ausschließlich als sozialpädagogische Maßnahme." 1930 gründeten 60 Organisationen aus dem Bereich der "Vaterländischen Verbände" die "Reichsarbeitsgemeinschaft für Deutsche Arbeitsdienstpflicht" (RArbeitsdienstA). Sie propagierte, den AD nach dem Sturz des "Weimarer Systems" auf Millionengröße zu erweitern. Das erste Gesetz zur Einführung des FAD schließlich beauftragte 1931 die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung mit dem Projekt. Die Bedingungen: Nur unterstützungsberechtigte Arbeitslose waren zur Teilnahme am FAD berechtigt; die Tätigkeit begründete kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts; die Arbeiten mußten gemeinnützig und zusätzlich sein (vergl. die Arbeitsleistung nach dem Bundessozialhilfegesetz!).

Im November 1931 waren schon 197 Maßnahmen bewilligt, im Februar 1932 waren im FAD 18.821 Erwerbslose tätig, davon 10.081 Jugendliche unter 21 Jahren. Träger des FAD waren zu 51,4% Turn- und Sportvereine sowie Kirchen und Caritasverbände, die sich v.a. in der Lagerführerschu-

lung hervortaten. Nach langer interner Auseinandersetzung betrieb der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) 1932 die Gründung der "Reichsarbeitsgemeinschaft sozialer Dienst – Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend", die mit dem FAD zusammenarbeitete. Mitglieder waren u.a. ADGB, AWO, SAJ, Reichsbanner. Stellvertretender Vorsitzender wurde Erich Ollenhauer. Reichskanzler Schleicher zog verstärkt NSDAP und Stahlhelm zu "loyaler Mitarbeit" heran. Ende 1932 schnellte die Zahl der FAD-Teilnehmer auf 285 000 hoch.

Starkes Interesse am FAD hatten die Gemeinden. 1932 wurde durch Aufhebung der Teilnahmebeschränkung den Gemeinden ermöglicht, mittels FAD ihren Finanzhaushalt aufzubessern. Das führte oft zur faktischen Aufhebung der Freiwilligkeit, da die Gemeinden den Wohlfahrts-Erwerbslosen bei Nichtteilnahme am FAD mit Entzug der Unterstützung drohten.

Quellenhinweis: H. Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland, Berlin 1967. Karl Schiller, Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland, Berlin 1936. – (and)

Wirtschaftspolitik Späths

Mobilmachung des Staats für die imperialistische Expansion

Lothar Späth hat mit seiner Wirtschaftspolitik Konjunktur in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Technologieparks, Süd-Nord-Wirtschaftsgefälle in der BRD, Mehrheitsübernahme von Dornier durch Daimler-Benz unter Landesbeteiligung waren einige der Schlagzeilen der letzten Zeit. Das Lob für Späth fällt, wenn auch nicht ungeteilt, so doch in der Regel kräftig aus. Schon nach der Landtagswahl 1984 in Baden-Württemberg galt Späth manchem Leitartikler als "Mann nach Kohl". Nach der Wahl in NRW haben ihn die Medien dann reihenweise als möglichen künftigen Kanzlerkandidaten der Union gehandelt.

Was will Späth in der Wirtschaftspolitik? Im Unternehmerkreis wird er da offen: Er will "... dem modernen Unternehmertum die besten Start- und Entwicklungschancen bieten" mittels "... einer möglichst konformen Wellenlänge zwischen Wirtschaft und Politik". (1) In den öffentlichen Erklärungen wird dieses Ziel freilich als gesellschaftliches Gesamtinteresse dargestellt: staatliche Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Interesse von Wohlstand und Arbeitsplätzen.

Nach Späths Konzept und in der Praxis der baden-württembergischen Landesregierung spielt der Staat bei der Förderung neuer Technologien, sogenannter Hochtechnologien, eine aktive Rolle. Gemeint sind Mikroelektronik, Computertechnologie, Fertigungsautomatisierung, Gen- und Biotechnologie, Werkstofftechnik. Diese Bereiche, die die Finanzbourgeoisie mit hohen Profiterwartungen verbindet, sollen mit staatlicher Hilfe maximal entwickelt werden. Der Staat soll dabei die Strategien ausarbeiten, die die westdeutschen Unternehmen bei ihrer Expansion auf dem Weltmarkt einheitlich verfolgen:

"Vielmehr muß sich die Wirtschaftspolitik dahingehend umorientieren, daß sie in den Kriterien der internationalen Arbeitsteilung denkt, die weltweiten wirtschaftlichen und technischen Entwicklungsprozesse sorgfältig registriert, analysiert und soweit als möglich in die Zukunft hinein projiziert und daraus nationale wirtschaftspolitische Strategien ableitet." Für die BRD seien die Handlungsstrategien "... nicht die Massenproduktionen, bei denen die Stückzahl den Preis und der Preis den Absatz bestimmt, sondern es sind die maßgeschneiderten High-Technology-Produkte mit hohem Servicekomfort. Ich gebrauche in diesem Zusammenhang gelegentlich das Bild, daß die Bundesrepublik am Weltmarkt als Fachgeschäft auftreten muß und nicht den Ehrgeiz haben sollte, einen Kaufhauskonzern spielen zu wollen". (1)

Als Mittel der staatlichen Förderung der Kapitalisten unterstützt Späth zunächst das Instrumentarium der neoklassischen Wirtschaftspolitik, der monetaristischen Angebotspolitik. Also die Kürzung konsumtiver, in die Reproduktion der Lohnabhängigen eingehender Staatsausgaben. Eine Steuerpolitik, die die Bildung von Kapital für neue Technologien forciert. Die Bereitstellung einer Kommunikationsinfrastruktur, die Ausrichtung der Forschung sowie der Bildung und Weiterbildung entsprechend den strategischen Zielen der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Darüberhinaus fordert und praktiziert Späth ein Bündel direkter Förderungsmaßnahmen, die in dieser Zeitschrift verschiedentlich dargestellt wurden und deshalb hier nur kurz angedeutet werden sollen:

- Technologie-Parks nach US-Vorbild (Silicon Valley, Kalifornien) mit staatlichen Hilfen für Kapitalisten im hochtechnologischen Bereich.
- Technologietransferzentren für eine maximale Ausrichtung und Ausnutzung universitärer Forschung für die Bedürfnisse von Kapitalisten.
- Förderung der Gründung neuer Unternehmen.
- Exportförderung in Form von Industrieausstellungen im Ausland und "Entwicklungshilfe", die vor allem "Schwellenländer" in die internationale imperialistische Arbeitsteilung hineinziehen und in Abhängigkeit von der BRD bringen soll (z.B. die Einführung von REFA in Argentinien).

Akkumulationsinteressen der Kapitalisten

Für die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation ist Späths Politik günstig. Mit der Anschaffung moderner Anlagen mit neuer Technologie treiben die Kapitalisten den für die Produktionsmittel verwandten Teil des Kapitals in die Höhe auf Kosten des Kapitalteils für den Kauf von Arbeitskraft. Dem daraus folgenden Druck auf die Profitrate begegnen sie mit dem Versuch, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu steigern und den Kapitalumschlag zu beschleunigen. Verschärfter Ausbeutung soll die Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsrecht dienen. Späth hat sie vor zwei Jahren als einer der ersten programmatisch formuliert. Dem beschleunigten Umschlag des Kapitals und der Erzielung von Extraprofit dienen staatliche Bereitstellung von Kommunikationsinfrastruktur und Technologieförderung. Öffentliche Mittel werden hier zur Senkung von Kapitalkosten und zur Erhöhung der Profitrate eingesetzt.

Entgegen der Behauptung Späths, diese Politik diene besonders dem Mittelstand, sind vor allem die Konzerne die Profiteure. Konzerne wie Daimler-Benz oder Bosch verlangen öffentliche Kommunikationsinfrastruktur für den schlagkräftigen Verbund ihrer Unternehmensteile und Zulieferer, Vertragshändler, Serviceunternehmen usw. Sie sind vielfach Auftraggeber und Nutznießer der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in mittelständischen Betrieben.



ELTRO

know how und Partnerschaft



Langjährige Forschung und Entwicklung, erfolgreicher Know-How-Transfer und partnerschaftliche Mitarbeit in nationalen und internationalen wahrtechnischen Programmen garantieren Spitzenleistungen in der Optik.

- Festkörper-, Halbleiter- und Gaslaser für Entfernungsmessung, Zielbeleuchtung und Zielerfassung
- Wärmedetektionsgeräte
- IR-Flugkörperlenkung

 ELTRO GmbH, Gesellschaft für Strahlungstechnik Postfach 102120, 6900 Heidelberg 1/W.-Germany

Aus der Anzeige eines Rüstungsunternehmens. Rüstungsforschung, -produktion und Kriegsvorbereitung: nur hier erwartet Späth noch technologischen Fortschritt.

Die Landesregierung sei eine Tochterfirma von Daimler-Benz, räumte Späth einmal ein. Und wie es sich für die Tochterfirma gehört, holt sie sich ihre Aufträge von der Konzernmutter. Seine Davoser Rede (1) stimmt bis in Details mit einem Vortrag des Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz wenige Monate zuvor auf dem 38. Deutschen Betriebswirtschafter-Tag in Westberlin überein. (2)

Entgegen der Behauptung Späths, seine Politik sei Voraussetzung für allgemeinen Wohlstand, ist eine scharfe soziale Differenzierung bezieht: einerseits eine Stärkung der Kräfte des Eigentums, Existenzgründungsförderung, Perspektive der Selbständigkeit für hochbezahlte Fachkräfte – andererseits eine Schwächung der organisierten Kräfte der Lohnarbeit, wie sie vielleicht am krassesten in der wüsten Entretung der ausländischen Arbeiter zum Ausdruck kommt.

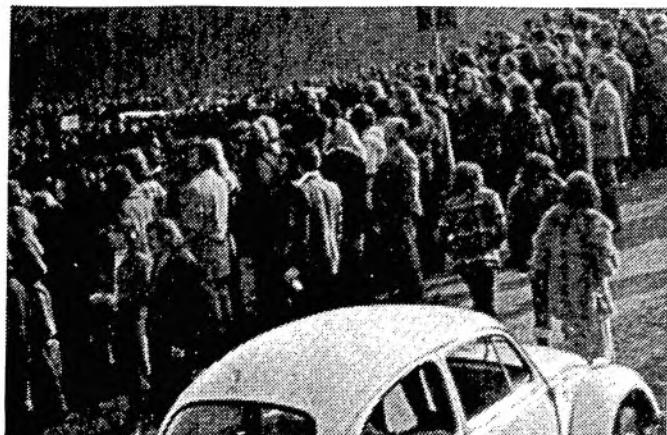
Späths Konzept von Wirtschaftspolitik ist eng mit Rüstungskonjunktur und Kriegsvorbereitung verbunden. Es geht unausgesprochen davon aus, daß in den imperialistischen Ländern heute eine Entwicklung der sachlichen Produktivkräfte im wesentlichen nur über militärtechnologische Forschung und Entwicklung möglich ist. Nicht zufällig führt Späth an, daß der erste programmgesteuerte Computer in Deutschland 1941, also im Krieg, gebaut worden sei. (1) Und er hat die Erfahrungen des Silicon Valley vor Augen, wo seit der Gründung des ersten Technologie-Parks Anfang der 50er Jahre immer eine enge Verknüpfung der Forschung mit Rüstungsaufträgen bestand. Das erklärt auch die Anstrengungen der baden-württembergischen Landesregierung, Daimler-Benz eine starke Rüstungskomponente zu verschaffen (MTU, Dornier), offensichtlich mit dem Gedanken der Beteiligung am US-Weltraumwaffenprogramm, die Späth nachdrücklich verlangt.

Späth contra "weniger Staat"?

Wie verträgt sich Späths Politik mit der Lösung der Kapitalistenverbände und der konservativ-liberalen Politik nach "weniger Staat"? Soweit damit der Angriff auf Ansprüche der Lohnabhängigen auf staatliche Leistungen gemeint ist, trägt Späth diese Politik voll und ganz. Übereinstimmung besteht im bürgerlichen Lager auch darüber, daß der Staat Wirtschaftsförderung mit indirekten Mitteln ("Rahmenbedingungen setzen", "Entbürokratisierung") treiben soll. Also keine Rede, daß sich der Staat etwa prinzipiell aus der Förderung der kapitalistischen Wirtschaft zurückziehen soll. Gegenstand der Diskussion im bürgerlichen Lager ist allerdings, wie weit der Staat mit direkten Mitteln, mit gezielter Förderung bestimmter Kapitale, eingreifen soll. Hier gibt es Stimmen bei Liberalen und Konservativen, die Zurückhaltung verlangen, z.B. unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsgleichheit. (3) Die Finanzbourgeoisie entwickelt aber in Zeiten längerer Krisen und bei Kriegsvorbereitung zunehmendes Interesse an immer stärkeren direkten Eingriffen des Staatsapparats in das Wirtschaftsleben, also Interesse an einer wirtschaftspolitischen Richtung, wie sie heute etwa von Späth oder Strauß verfolgt wird.

Auch die historische Erfahrung 1929 und danach zeigt, daß die Finanzbourgeoisie durchaus zunächst mit der Lösung "weniger Staat" Ansprüche der Lohnabhängigen bekämpft, um im nächsten Schritt zu einer, schließlich faschistischen, staatlichen Ordnung des Wirtschaftslebens überzugehen.

Es wird häufig gefragt, ob Späth nicht Elemente sozialdemokratischer oder grüner Politik aufnehme. Tatsächlich stellt sich jedoch die Frage, ob seine Politik nicht vielmehr der Vorbereitung faschistischer Wirtschaftspolitik dient. Ankläge an nationalsozialistische Wirtschaftspolitik sind nicht zu übersehen. Z.B. an die Vorstellung, der Staat müsse bei Garantie des Privateigentums und der Unternehmerinitiative die Wirtschaft im übergeordneten nationalen Interesse so führen, daß alle Kräfte der Nation bei der imperialistischen Expansion einheitlich zur Geltung gebracht werden. Jedenfalls ist ganz abwegig, die Politik Späths etwa für friedfertiger oder weniger arbeiterfeind-



Kein KKW in Wyhl! Zumindest für geraume Zeit wird nicht gebaut. Späths Wirtschaftsförderungspolitik wurde hier eine Niederlage beigebracht.

lich zu halten als etwa die Kohls oder Bangemanns.

Die Haltung der parlamentarischen Opposition, gemeint sind hier SPD und Grüne, ist demgegenüber gefährlich und schädlich. Die SPD sieht sich mit Späths Politik über weite Strecken einig. Sie unterstützt ausdrücklich eine direkte Steuerungsfunktion des Staats bei neuen Technologien und vermißt lediglich beschäftigungspolitische Begleitmaßnahmen und Arbeitszeitverkürzungen. SPD-Glotz z.B. meint: "Wir werden uns von Späth und Biedenkopf ... nur unterscheiden, wenn wir der Innovation eine Perspektive geben: dem Menschen disponibile Zeit (André Gorz) zu verschaffen." (5)

Die SPD kommt zu dieser faktischen Sachkoalition, weil sie wie Späth Kapitalakkumulation ("Wachstum") und eine aktive Rolle des Staats dabei will. Sie akzeptiert die Wettbewerbsfähigkeit des westdeutschen Kapitals als ein übergeordnetes Ziel, von dem die Durchsetzung von Arbeiterinteressen abhängt. Das muß dem Widerstand gegen den Angriff auf Interessen der Lohnabhängigen schaden, denn Sachzwänge im Interesse der allseits gewünschten Wettbewerbsfähigkeit finden das Finanzkapital und Späth allemal.

Den Grünen kommt Späth mit der Theorie bei, die staatliche Technologieförderung sei der beste Weg zu ökologischer Politik: "Wir alle haben doch inzwischen erkannt, daß wir unsere ökologischen Probleme nur bewältigen, wenn wir unsere Technologie verändern ... Notfalls müssen wir eben materiell etwas weniger aufwendig leben, aber dafür ökologisch vernünftiger." (6) Dabei nutzt Späth aus, daß die Grünen bisher wenig Kritik an den Umweltschäden durch neue Technologien entwickelt haben (Silicon Valley z.B. hat verschiedene neue Umweltschädigungen hervorgebracht). Er nutzt besonders aus, daß die Grünen bei ihrer ökologischen Politik materielle Interessen der Lohnarbeit vernachlässigen oder sogar mit Füßen treten.

Dringend nötig ist eine stärkere Kritik und Bekämpfung der reaktionären Späthschen Politik vom Interessenstandpunkt der Lohnabhängigen aus. Also vor allem die Abwehr des Angriffs auf die materielle und rechtliche Lage der Lohnabhängigen (Entretung der ausländischen Arbeiter z.B.) und der immer stärkeren Verwendung öffentlicher Mittel zur Förderung der Kapitalisten. Die Beschlüsse der Gewerkschaften sollte der politischen Opposition dafür eigentlich Anhaltspunkte geben.

Quellenhinweis: (1) Rede Späths vor dem EMF-Symposium, Davos, 4.2.1985; (2) in: Informationsstelle Wirtschaft Baden-Württemberg 1/85; (3) siehe z.B. Rede Bangemanns auf der Hannover-Messe, Handelsblatt 17.4.1985; (4) siehe z.B.: Gottfried Feder, Wirtschaftsführung im Dritten Reich, Rede vor dem bremischen Haus der Hanse, 1934; (5) Peter Glotz, Die Arbeit der Zusitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken; (6) aus: Hans-Peter Schütz, Gefragt: Lothar Späth. -- (rok)

Lehrplanrevision

Die Kapitalisten betreiben immer offensichtlicher eine Verschlechterung der Ausbildung

Die Unterrichtsrichtlinien werden derzeit in allen Bundesländern revised oder sind es schon. Die "Bildungsreform"-Lehrpläne aus den 60er und 70er Jahren waren nicht mehr maßgeschneidert auf die Kapitalinteressen und wurden von den Kapitalisten seit Ende der 70er Jahre zunehmend schärfer kritisiert. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die alten Pläne seinerzeit durchaus den Interessen des Kapitals entsprochen hatten. Die damaligen Richtlinien konnten noch Anhaltspunkte dafür bieten, das Kapitalinteresse ließe sich mit den Ausbildungsinteressen der Massen in Übereinstimmung bringen. Mit den neuen Richtlinien läßt sich diese Sozialpartnerschaftsideologie nicht mehr verbreiten.

In der 1982 erschienenen Schrift "Zukunftsauflage Bildung" hat der BDI programmatisch seine Forderungen an das Bildungswesen dargelegt. Die Notwendigkeit zur Revision wurde so begründet: Zu Zeiten, da die Wachstumsgrenzen sichtbar würden, "müssen Forschung, Wissenschaft und Bildung als Antriebskräfte der wirtschaftlichen Entwicklung umso intensiver genutzt werden. Sie sind entscheidende Einflußfaktoren der nationalen Leistungskraft und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes" (ebd., S.9). Das Bildungs-

system müsse "flexibel genug sein, um den technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel mitgestalten zu können. Dies setzt eine bestmögliche Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem insbesondere hinsichtlich der Ausbildungsinhalte voraus. Sie liegt zugleich auch im Interesse des einzelnen, da sie die berufliche Flexibilität erhöht und das Arbeitsplatzrisiko vermindert" (ebd., S. 14). Wann immer der BDI von den "Interessen des einzelnen" spricht, sind damit nicht Ausbildungsinteressen gemeint, sondern immer nur der Zwang, einen Aufkäufer der Arbeitskraft zu finden.

Tiefgreifende Korrekturen verlangt der BDI in folgenden Punkten: In den Mittelpunkt der Schulbildung soll die Anerziehung der "Werte unserer freiheitlich-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" (S. 15) gestellt werden. Die Ausbildungskosten sollen durch eine Kürzung der Ausbildungszeiten in allen Bildungszweigen gesenkt werden. Ein zehntes Hauptschuljahr kommt für die Kapitalisten nicht in Frage. In der beruflichen Bildung sind Kürzungen bereits weitgehend durchgesetzt. Der Unterricht soll unwissenschaftlich sein und die in der kapitalistischen Produktion verlangten Fertigkeiten andrillen. So dann fordert der BDI "Chancengleichheit", d.h. "differenzierten Be- gabungen müssen auch differenzierte Entwicklungsmöglichkeiten entsprechen" (S. 16). Der BDI stellt überdies fest, "daß die Qualifikationen der Schulabgänger den in der beruflichen Bildung und im Beruf an sie gestellten Anforderungen weitgehend entsprechen", bemängelt aber, "daß unsere Schulen die sprachlichen Fähigkeiten der Schüler weit stärker fördern als die rechnerischen Fähigkeiten und die abstrakte Vorstellungskraft" (S. 20). Letzteres meint arbeiten nach nicht zu hinterfragenden Anweisungen.

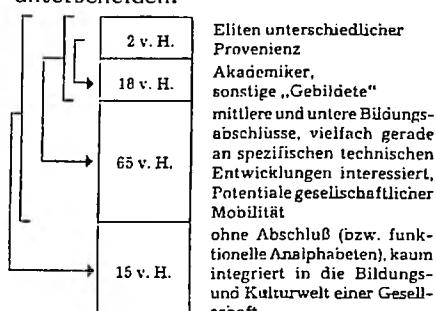
Genau an den Punkten, an denen die Kapitalisten heute die reaktionäre Ausrichtung verlangen, hatten viele zur Zeit der Bildungsreform Ansprüche formuliert. Die Kinder sollten viel lernen und entsprechend länger zur Schule gehen, egal, was das kostet. Schule sollte sich orientieren an den eigenen Interessen. Der Unterricht sollte wissenschaftlich sein, d.h. die praktische Herleitung und Anwendung des Gelernten war zu reflektieren. Und schließlich sollte das sprachliche und schriftliche Ausdrucksvermögen der Kinder optimal gefördert, Defizite sollten durch kompensatorische Maßnahmen abgebaut werden. Gegen die im dreigliedrigen Schulwesen betriebene Konkurrenz der Schüler untereinander wurde das Prinzip

CDU-Kommission für kapitalistische Arbeitsteilung: 15% "funktionelle Analphabeten"

Lassen die Lohnabhängigen den Kapitalisten bei der Rationalisierung mittels neuer Technologie freie Hand, wird sich die Brutalität kapitalistischer Arbeitsteilung wie unten abgebildet entfalten. Vertreter der CDU in der Enquete-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" verfechten diese Entwicklung und eine entsprechende Anpassung des Bildungswesens. Vertreter der SPD vertreten hingegen die Ansicht, "daß eine bildungspolitische Orientierung, die bestimmten Bevölkerungsgruppen Außenseiterrollen im Bildungssystem zuweise und kein Bemühen zeige, die bildungspolitische Unterprivilegierung dieser Gruppen zu beseitigen, nicht akzeptiert werden könne". "Beträchtliche medien- und sozialpädagogische Beratungsleistungen" seien erforderlich. Im folgenden ist die CDU/CSU-Stellungnahme zitiert:

"Die häufig vertretene These von der 'zunehmenden Wissenskluft' 'knowledge gap' suggeriert ein

dichotomisches (zweigeteiltes, d.V.) Informationsmodell der Gesellschaft. Tatsächlich sind mindestens vier Bildungs-/Informationsgruppierungen zu unterscheiden:



Gruppe 4 steht aufgrund ihrer Bildungs- und sonstigen Bedingungen weitgehend außerhalb der soziokulturellen Gemeinschaft. Diese Gruppe wird die neuen Technologien, wenn überhaupt, gewiß nicht in einer bildungswirksamen Weise verwenden. Sie verwendet allerdings überhaupt nichts in einer gesellschaftlich gesehen konstruktiv bewerteten Weise.

Diese Gruppe ist in ihren verschiedenen Außenseiterrollen derart verfestigt, daß sie sich in ihrem negativen Status nicht weiter verschlechtern kann.

Von Angehörigen der Gruppe 2 und 3 ist dagegen sehr wohl anzunehmen, daß sie die Kommunikationstechnologien bildungswirksam nutzen werden, um den Vorsprung der ihnen jeweils voranliegenden Gruppen aufzuholen.

Während sich also für eine kleine gesellschaftliche Schicht, deren Außenseiterposition ohnehin kaum veränderbar erscheint, der 'knowledge gap' tatsächlich vergrößern wird, gewinnen andere, große Gruppierungen die Möglichkeit, Informations- und Bildungsdefizite zu verringern. Neue Kommunikationstechnologien tragen deshalb tendenziell zur 'Demokratisierung der Bildungs- und Informationslandschaft' bei."

Quelle: Zwischenbericht der Enquete-Kommission der Bundesregierung "Neue Informations- und Kommunikationstechniken", Bundestagsdrucksache 9/2442 vom 28.3. 1983, S. 116 ff.

"Fördern statt Auslesen" in der Gesamtschule angestrebt. Die Bewegung um die Bildungsreform hat diese Ansprüche erhoben, ohne sie in Schulgesetzen und Lehrplänen in nennenswerter Weise positiv verankern zu können. Weil seinerzeit die Kapitalisten mehr und besser geschulte Fachkräfte benötigten, mußte die übliche Unterdrückung im Bildungswesen gelockert und den Ansprüchen Spielraum gegeben werden. So konnte die Idee entstehen, diese Ansprüche ließen sich gemeinsam mit den Kapitalisten verwirklichen – wenn man nur wolle!

Davon kann heute keine Rede mehr sein, wo wieder eine schärfere Unterdrückung an den Schulen praktiziert werden soll. Heftigen Widerstand gegen den reaktionären Kurs der Länderregierungen gibt es nicht. Das liegt nicht etwa daran, daß Eltern, Schüler und Lehrer diese Ansprüche aufgeben würden. Es ist aber erforderlich, sich deutlich von den Kapitalisten und den Anforderungen des kapitalistischen Arbeitsmarktes abzugrenzen.

Die Lehrplanrevision umfaßt sämtliche Unterrichtsfächer. Weitreichende Auswirkungen hat die beabsichtigte Reduzierung des Sprachvermögens auf das Fach Deutsch. Sprache und Denken haben sich durch die Anforderungen der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt. "Die Ausbildung der Arbeit (trug) notwendig dazu bei, die Gesellschaftsglieder näher aneinanderzuschließen, indem sie die Fälle gegenseitiger Unterstützung, gemeinsamen Zusammenwirkens vermehrte und das Bewußtsein von der Nützlichkeit dieses Zusammenwirkens für jeden einzelnen klärte. Kurz, die wendenden Menschen kamen dahin, daß sie einander etwas zu sagen hatten." (Engels, MEW 20, S. 446) Mittels Sprache wird Wirklichkeit erfahren, geordnet und geklärt. Entwicklung des Sprachkönnens ist Voraussetzung individueller und gesellschaftlicher Emanzipation.

Die neuen Deutsch-Lehrpläne für die Grund- und Hauptschulen sehen vor, das Sprachvermögen der Schüler auf ein so geringes Niveau zu drücken, daß diese eingeordnet werden können. Für die Hamburger Hauptschüler wird als oberstes Lernziel formuliert: "Sicherheit im Sprechen, Lesen und Schreiben gewinnen." Bei den verschiedenen Sprechanlässen wird durchgehend das Reflektieren über Sprache ausgeblendet. Nachdenken etwa über die Absicht eines Sprechers, die Erwartungen des Hörers, in welchem Sach- und Situationszusammenhang sie stehen, welche gesellschaftlichen Abhängigkeiten und Bedingungen vorliegen, ist nicht erwünscht. Statt dessen soll der Schüler sich gedankenlos eine "standardsprachliche Sprechweise" aneignen und "Sprechkonventionen einhalten". Hamburg empfiehlt für die Hauptschüler, "sich telefonisch zu entschul-



An der Christopherusschule in Braunschweig werden seit 1981 ca. 30 "Hochbegabte" aus dem gesamten Bundesgebiet in einer Sonderklasse unterrichtet. Kennzeichnend für den Unterricht sind Lerntempo und -intensität. 46 Arbeitsgemeinschaften werden angeboten, die theoretische, praktische und künstlerische Arbeitsgebiete umfassen. Jedem Schüler wird ein 'Pate' vermittelt, der ihn besonders fördern soll. In wissenschaftlichen Betrieben o.ä. werden zum Schuljahresende "Vertiefungsphasen" durchgeführt. Im Sommer 1984 z.B. arbeiteten vier "Hochbegabte" (s. Foto) bei der DFVLR (Forschungsanstalt für Raum- und Luftfahrt), wo sie Unterricht über flugmechanische Grundkenntnisse erhielten und mit einem Ingenieur ein Flugmodell bauten, um die erarbeiteten aerodynamischen Effekte zu demonstrieren.



Schüler leben und lernen unter ganz unterschiedlichen Bedingungen. Hausaufgaben werden an einem von der Zeitschrift "Eltern" empfohlenen Schreibtisch sicher besser erledigt, als unter der Theke einer Kneipe.

Eine Fragebogenaktion, durchgeführt mit Schülerinnen und Schülern einer Grund-, Haupt- und Realschule in einem Hamburger Arbeiterwohnviertel, ergab, daß 20% der Schüler morgens nicht geweckt werden, weil die Eltern schon weg sind zur Arbeit. Ein Frühstück ist zubereitet für 43%, 26% müssen es sich selber machen, 18% frühstücken gar nicht, und 13% kaufen sich etwas. Wenn die Kinder mittags nach Hause kommen, ist bei 13% gar niemand zu Hause.

Das schulische Soll am Nachmittag kann praktisch von den meisten nicht erfüllt werden. 58% der Grundschüler, 37% der Hauptschüler und 16% der Realschüler haben keinen eigenen Arbeitsplatz. Ein Teil der Schüler verstand dabei auch den Küchen- oder Wohnzimmertisch als Arbeitsplatz. 30% der Schüler geben an, daß sie nicht ungestört arbeiten können. Hilfe bei den Hausaufgaben haben nur 28%, bei den Hauptschülern sind es sogar nur 14%.

Außerschulische Verpflichtungen, wie Zeitungsauftragen, haben täglich bzw. mehrmals die Woche 38% der Schüler.

Mathematikunterricht: unwissenschaftliche Rechnerei und stärkere Differenzierung

Der 1974 in Hamburg erschienene Lehrplan für den Mathematikunterricht an der Beobachtungsstufe (Klassen 5/6) der Volksschule wurde 1984 durch einen neuen Lehrplan abgelöst.

Im alten Lehrplan wird u.a. betont, daß dem Schüler "ein besseres Verständnis der häufig unanschaulichen Zusammenhänge der modernen Industriegesellschaft ermöglicht" werden soll. "Eine wissenschaftliche Grundbildung" soll "im Hinblick auf weiterführende Bildungsgänge" "wenigstens im bescheidenen Umfange" verabreicht werden. "Wenigstens einen ersten Einblick" soll der Schüler "in den deduktiven Charakter der Mathematik" haben. So wurde die Mengentheorie und die Mengensprechweise in den Klassen 5/6 eingeführt, um u.a. die Entstehung und Bedeutung der natürlichen Zahlen (0, 1, 2 ...) zu erklären. Solch ein strukturierter Aufbau sollte zu Zeiten der Bildungsreform einen individuellen Aufstieg in "weiterführende Bildungsgänge" ermöglichen.

Mit Argumenten wie "man kann keinen Hauptschullehrplan erstellen, indem man einfach einen gymnasialen Lehrplan reduziert und vereinfacht" oder "Mengenlehre macht krank" wurde öffentlich zum Halali auf Ansprüche, wie auf ein Mindestmaß an Wissenschaftlichkeit und auf Vermittlung mathematischer Zusammenhänge, geblasen und die Revision eingeleitet. Im neuen Lehrplan heißt es: "Die Öffentlichkeit erwartet von jedem Schulabgänger, daß er mathematische Probleme des Alltags lösen kann." Mit der Anbindung des Unterrichts an den "Alltag" wird die Mathematik so deformiert, daß sie dem Hauptschulabgänger lediglich bei seinen rechnerischen Problemen hilft. Dieser soll nämlich seinen kargen Lohn einteilen, Schulden ausrechnen, einkaufen können. Fähigkeiten, die Eigenschaften von Dingen zu erkennen und diese Dinge dann zu ordnen, zu vergleichen und zu einer Menge zusammenzufassen, also Handlungen, die man alltäglich vollführt, werden in dem Unterricht nicht ausgebildet. Zusammenhänge werden auseinandergerissen: Z.B. wurde die Mengentheorie und die Mengensprechweise (sog. Umgangssprache in der Mathematik) ganz aus dem Lehrplan gestrichen. Die Mengentheorie ist aber eine Grundlage der Mathematik. Die natürlichen Zahlen, die in Klasse 5 ein Schwerpunkt sind, stehen in einer ganz engen Beziehung zur Theorie der endlichen Mengen. Bedeuteten etwa 2

Kühe = Muuh, 1 Hund = Wau, 2 Schafe = Mäh, so erwies es sich im Zuge der Ausdehnung der Handelsbeziehungen als notwendig, die Anzahl von den übrigen Eigenschaften der Menge abzulösen (2 = 2, aber Kuh ungleich Schaf). Mit der Zeit konnten Mengen, die gleichmächtig sind, z.B. (1,2) und (a,b) – jeder Zahl läßt sich ein Buchstabe zuordnen und umgekehrt –, durch eine natürliche Zahl charakterisiert werden. In unserem Fall ist die Zahl 2. Die Mengen sind also etwas Grundlegenderes, die Zahlen schon eine Abstraktion. So werden im Alltag andauernd Operationen vorgenommen, die sich auf Mengen konkreter Dinge beziehen. Es werden Mengen gebildet, Mengen werden vereinigt, von einer Menge wird etwas weggenommen usw. Widerspiegelung dieser Operationen sind in der Zahlenlehre die Grundrechenoperationen. Die Gesetze der Rechenoperationen können aus denen der Mengenoperationen gewonnen werden. Im Lehrplan existieren die Zahlen einfach, eine Entwicklung wird dem Schüler genauso vorenthalten wie das Erlernen der mathematischen Sprache: "Es ist für den Schüler meist sinnvoller, die Handlungsanweisungen als den allgemeinen Satz zu kennen ... Die Bearbeitung von Einzelbeispielen führt ohne abstrakte sprachliche Formulierung zu allgemeinen Verfahren." Im Gegensatz dazu legt z.B. die DDR Wert auf mathematisches Sprechen und Argumentieren. Ein Vergleich: DDR-Schulbuch (Klasse 5): "Die Division $o \div o$ ist nicht ausführbar, weil es viele Zahlen a gibt, für die $a \cdot o = o$ ist." BRD-Schulbuch: "Merke: man kann nicht durch 0 dividieren." Die "Grundsätze" des Hamburger Lehrplans sind die "Reaktivierung von Fertigkeiten", die "Beschränkung auf wenige mathematische Verfahren". Für den Unterricht heißt das: "Wiederholende Übungen eingeschliffener Verfahren (z.B. Kopfrechnen) können auch als 'Wettkämpfe' durchgeführt werden." Oder aber auch "Türme" rechnen bis zum Umfallen – wer kennt das nicht? Der teilweise spielerisch daherkommende Drill auf Verfahren impft dem Schüler ein, wie "praktisch" die Mathematik sei, versteckt sich der Drill doch hinter Aufgaben wie Einkaufen beim Kaufmann usw. Die Auswirkungen dieses Unterrichts werden u.a. dann sichtbar, wenn einige auf die Idee kämen, sich fortzubilden, was ihnen versperrt wäre, genauso wie der Zugang zu manchen Facharbeiterausbildungsgängen.

digen und zu bedenken sowie telefonisch um eine Auskunft oder um einen Termin zu bitten (zielgerichtetes Sprechen unter Anwendung von Höflichkeitsformeln) und sich beim Einstellungsgespräch sprachlich angemessen zu verhalten". Die Meinungsbildung der Schüler wird unterdrückt. In Baden-Württemberg dürfen Schüler erst ab der dritten Klasse sich eine

was noch keinem geschadet hat:

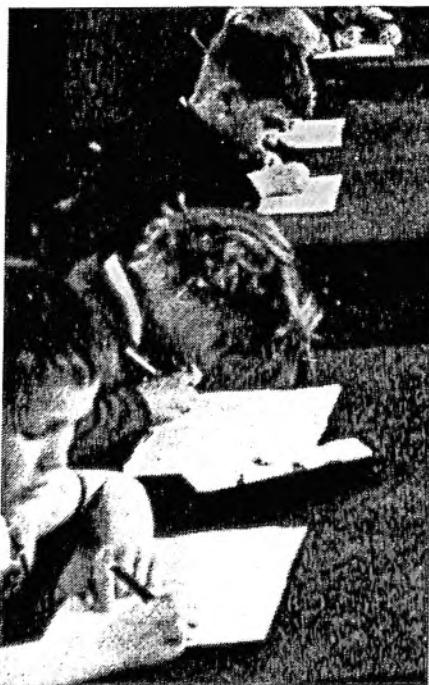


"eigene Meinung anbahnen", also noch nicht eigentlich haben, geschweige denn äußern oder durchsetzen. Der Hamburger Schulbehörde ist wichtig, daß die Schüler im Deutschunterricht lernen, "zur Zusammenarbeit mit anderen bereit zu sein" und "auch andere Auffassungen zu akzeptieren". Des Weiteren soll gelernt werden, "bei Streitgesprächen die Grenze zwischen sachlicher Argumentation und persönlichem Angriff immer neu einzuschätzen". Den Kapitalisten als Ausbeuter zu kennzeichnen, ist demnach doch glatt eine "6" wert.

Das Schreiben eignet sich besonders zum Drill der Schüler. "Schreiben lernt man nur durch Schreiben", heißt das im Hamburger Lehrplan. Verlangt wird, täglich "die Schreibfertigkeit und das Führen von Heften zu üben". Der eigentliche Hauptzweck des Schreibens, eigene Gedanken und Überlegungen festzuhalten und sie anderen verfügbar machen, wird ersetzt durch stumpfsinniges Abschreiben. Beim Verfassen eigener Texte wird das natürliche Mitteilungsbedürfnis der Schüler systematisch unterdrückt. Baden-württembergische Schüler haben bis zur vierten Klasse im Bereich "Texte verfassen" lediglich gelernt: folgerichtiges Erzählen, z. B. als Zeuge, Anfertigen von Notizen und Briefeschreiben. Wie man eine selbstdachte Erzählung schreibt, lernt man erst im 5./6. Schuljahr, die Erörterung ist erst im neunten Schuljahr vorgesehen, in Hamburg fehlt sie völlig.

Im Literaturunterricht wird deutlich, daß sich das Fach Deutsch wie

kaum ein anderes zur Indoctrination eignet. Zu den Textempfehlungen heißt es im Hamburger Lehrplan: "Sie bieten den Schülern Hilfe zur Orientierung und Lebensführung, die sie von ihrer Umwelt nicht immer erhalten." Es ginge darum, "ethische Werte zu stärken". Texte von Verfassern fremder Kulturregionen fehlen in beiden Ländern. Hamburg, das einen hohen Anteil türkischer Hauptschüler hat, macht nicht eine einzige Textempfehlung für einen türkischen Autor. Statt dessen wird den baden-württembergischen Schülern "die Liebe zu Volk und Heimat" gepredigt, und die Hamburger Schüler sollen sich mit Plattdeutsch befassen. Was die Analyse von Texten betrifft, geht es dem Hamburger Plan vor allem darum, beim Schüler das "Gefühl für künstlerisch gestaltete Sprache ... zu stärken". In den baden-württembergischen Plänen für die Grundschule taucht an erster Stelle stets das Auswendiglernen von Texten auf.



In der GEW-Presse wird die Lehrplanrevision kritisch verfolgt. In der Hamburger Lehrerzeitung z.B. haben sich GEW-Fachausschüsse mit Einzel Lehrplänen auseinandergesetzt, z.T. mit Unterstützung der jeweiligen Fachdidaktiker der Universität. Das hat dazu beigetragen, daß die Pläne auch im engen wissenschaftlichen Sinn z.T. ziemlich diskreditiert sind. Auch das spricht gegen die Lehrplaner, wenn diese z.B. im Deutsch-Lehrplan fälschlicherweise Analogiebildung (Tor/Moor, Kran/Kahn) anstelle von Wortverwandtschaften (Räuber, rauben, räuberisch) bei der Rechtschreibung empfehlen. Quellenhinweis: BDI, Zukunftsaufgabe Bildung, Köln 1982; Hamburger Lehrerzeitung 5/85; Deutsch-Lehrpläne Baden-Württemberg und Hamburg – (rad, stg, sul, usm, ves)

Englisch für Hauptschüler? Kann abgewählt werden!

Wenn Gewerkschafter fordern, daß auch Hauptschüler in einer Fremdsprache ausgebildet werden sollen, dann wird von überhöhten Erwartungen an die "Möglichkeiten der Schulart" gesprochen. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein arbeitet in dieser Frage schon lange in die Richtung, die der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wie folgt angibt: "Englisch sollte durchaus als Pflichtfremdsprache angeboten werden. In Fällen, in denen jedoch über längere Zeit jeglicher Erfolg ausbleibt, könnte diese Verpflichtung entfallen und ein anderes Fach des Wahlpflichtbereiches gewählt werden."

Ein Vergleich der Stundentafeln und Lehrpläne von Haupt- und Realschule ergibt: Obwohl an beiden Schularten in der fünften und sechsten Klasse (Orientierungsstufe, die Durchlässigkeit garantieren soll) fünf Stunden Englischunterricht erteilt werden, werden unterschiedliche Ziele angestrebt. So sollen z.B. die Orientierungsstufenschüler der Hauptschule "Verben" kennenlernen, während sich die Schüler in der Real-

schule mit den "Zeitstufen der Verben" auseinandersetzen sollen, was auch unbedingt nötig ist, wenn man die Sprache jemals richtig verstehen und anwenden will.

Zur Leistungskontrolle sagt der Hauptschullehrplan: "Klassenarbeiten sollen nicht nur aus Diktaten bestehen", während in der Realschule "Klassenarbeiten in reiner Diktatform... nicht zulässig" sind.

Größer werden die Unterschiede mit Beginn der siebten Klasse. Realschüler haben ab dann vier Stunden Englisch in der Woche, Hauptschüler werden bis zum Ende der neunten Klasse mit zwei Wochenstunden abgespeist. Die Kenntnisse, die sie am Ende ihrer Schulzeit besitzen sollen, werden von Realschülern am Ende der siebten Klasse verlangt.

Seit 1978 gilt außerdem die Bestimmung, daß Hauptschüler ab Klasse 7 von der Teilnahme am Englischunterricht entbunden werden können. Die Entscheidung fällt die Klassenkonferenz. Geübt werden soll stattdessen deutsche Rechtschreibung. Man sieht – in Schleswig-Holstein ist die BDI-Forderung bereits in die Praxis umgesetzt.

Grüne Bildungspolitik: uneinheitlich und nach rechts offen

Eine entwickelte, einheitliche grüne Bildungspolitik gibt es nicht. Im 43 Seiten starken Bundesprogramm der GRÜNEN ist eine Seite dem Thema "Bildung und Forschung" gewidmet. An der gegenwärtigen Bildung wird kritisiert, daß sie den "Typ des angepaßten Bürgers und Technokraten fördert". Die Westberliner AL kritisiert "Leistungssteigerung und Effektivierung zum Wohle der internationalen Konkurrenzfähigkeit ... verbunden mit zunehmender Reglementierung und Auslese, die mit den alten Schlagwörtern von natürlichen Begabungsunterschieden und geborenen Eliten begründet wird". Zentrale Forderung für das Schulwesen ist "ein einheitliches, integriertes Schulwesen, d.h. alle Jugendlichen werden bis zur zehnten Klasse ausgebildet, alle erhalten einen einheitlichen Abschluß, zu dem hin sie individuell gefördert werden." (Bundesprogramm) Ob dies in staatlichen Schulen oder in freien, alternativen Schulen geschehen soll, ist bei den

GRÜNEN umstritten. Im Bundesprogramm wird "Gleichberechtigung aller Schulen" gefordert sowie die erleichterte Einrichtung von Alternativschulen. Die Hauptkritik am gegenwärtigen Schulwesen wird festgemacht am Charakter der Schule als staatlicher Einrichtung. Gegen "bürokratische Kontrolle und ideologische Gängelung" verlangt die Westberliner AL die "Einschränkung und Dezentralisierung staatlicher Aufsicht und Kontrolle". Privatschulen und Dezentralisierung würden aber die schon bestehende Ungleichheit der Bildungsmöglichkeiten eher noch verschärfen. Noch weniger einverstanden kann man sein, wenn die AL meint, es müsse überprüft werden, "ob die Schulen als besondere Einrichtungen überhaupt notwendig sind". Reaktionär ist es, wenn sogar die Abschaffung der Schulpflicht gefordert wird, wie z.B. auf dem ersten Bildungspolitischen Kongreß der GRÜNEN in Niedersachsen.



CDU/CSU angeschlagen?

In der öffentlichen Diskussion herrscht der Eindruck vor, die Regierungsparteien, insbesondere CDU und CSU, seien durch die Wahlniederlage in NRW ideologisch geschwächt und gäben jetzt der politischen Opposition nach. Hoffnungen, diese Regierung setze Reformen in Gang, die Arbeiterinteressen berücksichtigen, sind

ungebrach! Der Streit in der Union um "Beschäftigungsmaßnahmen" wird ausgehend von den wirtschaftsliberalen Grundsätzen der bisherigen Politik geführt: "Leistung muß sich wieder lohnen", "Stärkung der Investitionskraft der Unternehmen" u.ä. Schon sind Vorschläge zu hören, mit einem weiteren Beschäftigungsförderungsgesetz müßten noch mehr Tarifrechte bereitgestellt werden.

Gründe der vietnamesischen Besetzung Kampuchea

Seit der Jahreswende 1978/79 stehen vietnamesische Truppen in Kampuchea, verwickelt in einen schwer zu gewinnenden Krieg gegen die Guerillaverbände der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Welche Absichten verfolgte die KP Vietnams mit der Invasion? Zielt die Besetzung Kampuchea auf die Etablierung Vietnams als südostasiatische Großmacht, deren Expansion – immer gestützt auf die SU – ganz Südostasien bedroht? Oder ging es der KP Vietnams darum, durch die Herstellung einer engen Kooperation der indochinesischen Staaten die Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in diesen Staaten zu verbessern und so die chinesische Großmachtspolitik zu durchkreuzen?



Radio Dreyeckland

Am 20.4. hat Radio Dreyeckland seinen Sendebetrieb (zuvor aus Colmar) erstmals aus Freiburg aufgenommen, nachdem die Landesregierung Baden-Württemberg die Vergabe einer Lizenz ablehnte. Seitdem werden die Träger des Radios und Gruppen und Personen, die das Projekt durch Beiträge unterstützen, von der Staatsan-



waltschaft verfolgt, um durch Kriminalisierung die politischen Zielsetzungen des Radios und die politisch motivierte Ablehnung des Projekts durch die Landesregierung zu vertuschen. Ca. 16 Organisationen haben jetzt dadurch ihre Unterstützung für das Radio bekundet, daß sie ihre Räumlichkeiten für den Sendebetrieb zur Verfügung stellen bzw. eigene Livebeiträge senden.

Südafrika/Azania: Über die Ziele des National Forum

Das National Forum (NF) ist ein Zusammenschluß von azanischen Organisationen und Personen, die interessiert sind am Aufbau einer antikapitalistischen Befreiungsfront in Südafrika/Azania. Es entstand im Sommer 1983, kurz darauf gründeten andere Organisationen und Personen die Vereinigte Demokratische Front (UDF), die sich auf die Freiheitscharta bezieht. Neville Alexander, ein führendes Mitglied des NF, erläutert in einem Interview mit der Informationsstelle Südliches Afrika, welche Unterschiede zur UDF bestehen, welche Ziele das NF verfügt und welche Möglichkeiten zur Einigung der Kräfte des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania er sieht.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:
Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.